

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Autorengemeinschaft

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland
in den Jahren 1999 und 2000

33. Jg./2000

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-Heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1999 und 2000

Autorengemeinschaft*

- Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sind derzeit gut. Gleichwohl gibt es auch Unsicherheiten und Schattenseiten. Deshalb liegt unserer Arbeitsmarktprojektion 2000 eine *Bandbreite* von Annahmen für das reale Wirtschaftswachstum zugrunde. Die nachstehende Übersicht enthält die Eckdaten dieser Alternativrechnungen. Die Grundzüge dieser Vorausschau wurden im IAB-Kurzbericht Nr. 1/2000 veröffentlicht.
- Die größte Eintreffenswahrscheinlichkeit geben wir heute der *mittleren Variante* (BIP + 2,5 %). Dies dürfte eine Wende des bisherigen Beschäftigungstrends herbeiführen (vgl. Schaubild 3a im Text). Der allmähliche, beschleunigte Anstieg der Erwerbstätigenzahl wird unterstützt durch den Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit. Wir rechnen mit einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 0,4 % bzw. + 160.000 im Jahresdurchschnitt. Anders als im Vorjahr, in dem die Beschäftigung übers Jahr stagnierte und sich der jahresdurchschnittliche Anstieg allein aus einem statistischen Überhang ergeben hatte, folgt die Zunahme 2000 ganz aus der Dynamik im Jahresverlauf. Die Belegung der Arbeitskräftenachfrage konzentriert sich allerdings auf die alten Bundesländer. Die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik dürften sich auf etwas niedrigerem Niveau einpendeln. Sie bilden aber nach wie vor eine starke Stütze des ostdeutschen Arbeitsmarkts.
- Der Arbeitsmarkt wird in West und Ost erneut auf der Angebotsseite entlastet, denn das Erwerbspersonenpotenzial nimmt um insgesamt 0,2 Mio. Personen ab. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Verlauf des Jahres 2000 tendenziell weiter abnehmen und um 225.000 auf rd. 3,88 Mio. im Jahresdurchschnitt sinken (vgl. Schaubild 3b im Text). Ein vorläufiger Ausblick auf das Jahr 2001 lässt die Fortsetzung dieser Tendenz erwarten.
- Ein Blick über die nationalen Grenzen hinaus zeigt, dass sich aus dem verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeld wieder positive Impulse für Konjunktur und Arbeitsnachfrage in Deutschland ergeben dürften. Eine vertiefende Komponentenanalyse des Erwerbspersonenpotenzials unterstreicht die entlastende Wirkung demografischer Veränderungen auf der Angebotsseite. Schließlich werden produktivitäts- und beschäftigungsstabilisierende Effekte aus der zunehmenden Flexibilisierung durch Arbeitszeitkonten abgeleitet.

Gliederung

- 1 Ausgangslage: Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktbilanz im Jahr 1999
- 2 Perspektiven: Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktbilanz im Jahr 2000
 - 2.1 Alte Bundesländer
 - 2.2 Neue Bundesländer
 - 2.3 Arbeitsmarktpolitik - nach Rückgang Verstetigung auf hohem Niveau angestrebt
 - 2.4 Gesamtbetrachtung: Besserung in Sicht
- 3 Einzelne Aspekte der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt
 - 3.1 Exportnachfrage treibt wirtschaftliches Wachstum
 - 3.2 Abnehmendes Erwerbspersonenpotenzial entlastet Arbeitsmarkt
 - 3.3 Flexible Arbeitszeiten stabilisieren Beschäftigung
- 4 Zusammenfassung und Ausblick

Methodische Anmerkungen

Tabellenanhang

1 Ausgangslage: Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktbilanz im Jahr 1999

Nach einem schwachen Beginn hatte die Konjunktur in Deutschland erst im Lauf des zweiten Halbjahres 1999 wieder Fahrt aufgenommen. Insgesamt war deshalb im Jahr 1999 nur ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5 % zu verzeichnen.

Die Impulse gingen, wie schon in früheren Jahren, im Wesentlichen von der Auslandsnachfrage aus (näheres siehe Abschnitt 3.1). Nachdem die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten überwunden waren, die wirtschaftlichen Krisen in einigen Entwicklungs- und Schwellenländern ihren Tiefpunkt durchschritten hatten und die Konjunktur in den Industrieländern in Schwung gekommen war, zogen die Exporte Deutschlands wieder an. Das Wirtschaftsklima in Deutschland wurde von Jahresbeginn an immer besser. Ausgehend vom Stimmungstief am Jahresanfang haben sich die Lagebeurteilungen und die Zukunftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft vor allem in Westdeutschland von Monat zu Monat nahezu stetig verbessert (vgl. Schaubild 1a und 1b).

Im Ganzen hatten günstige Angebotsbedingungen – moderate Lohnabschlüsse, niedrige Zinsen, günstiger Wechselkurs u.a. – in den vergangenen Jahren die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gestärkt, sodass sie erneut überproportional an der Expansion des Welthandels teilhaben.

Seit dem Jahr 1993 sinken die realen Lohnstückkosten in Deutschland stetig. Bis 1999 war ein Rückgang um insgesamt 5,6 % bei einer moderaten Preisentwicklung zu verzeichnen.

* Hans-Uwe Bach, Susanne Koch, Hans Kohler, Emil Magvas, Leo Pusse, Eugen Spitznagel sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluss: 31. März 2000.

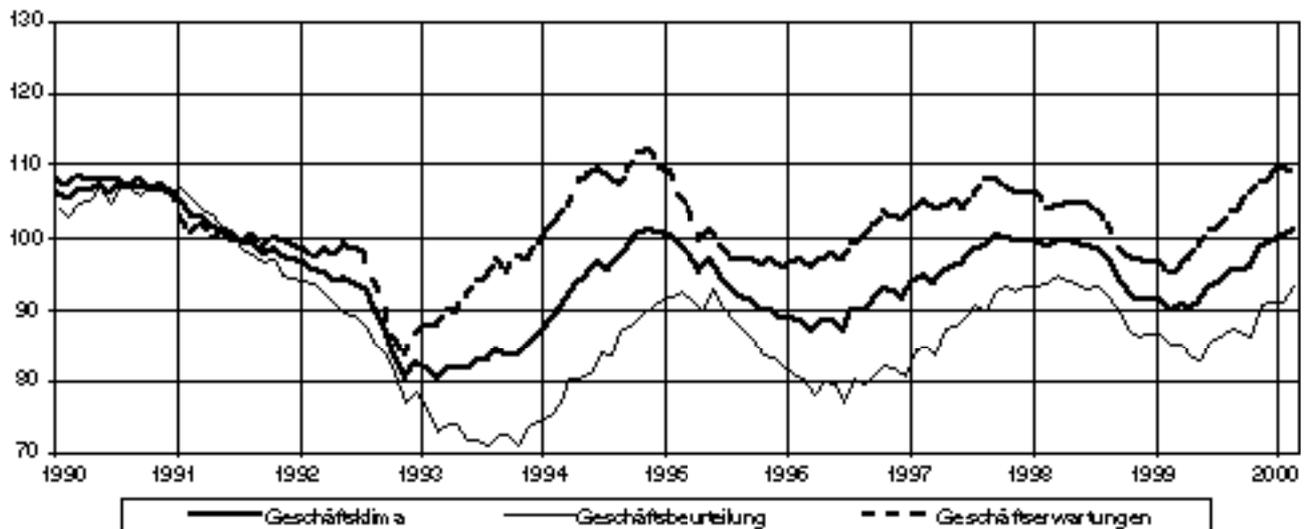
		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000		
										Var. I	Var. II	Var. III
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften												
Bruttoinlandsprodukt (real) (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	West	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,0
	Ost	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,5
	Insg.	+ 2,2	- 1,1	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,0
Stundenproduktivität	West	-	-	-	-	-	-	-	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,0
	Ost	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,8	+ 2,5	+ 3,4	+ 3,6
	Insg.	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,2
Arbeitsvolumen	West	+ 1,8	- 2,8	- 1,2	- 1,8	- 1,4	- 0,4	+ 0,9	+ 0,8	- 0,8	- 0,4	- 0,0
	Ost	- 3,0	- 1,6	+ 1,0	- 0,5	- 2,2	- 2,8	+ 0,6	- 0,2	- 1,5	- 1,4	- 1,0
	Insg.	+ 0,8	- 2,4	- 0,2	- 1,3	- 1,5	- 0,7	+ 0,9	+ 0,6	- 1,0	- 0,6	- 0,2
Durchschnittliche Jahresarbeitszeit	West	+ 0,2	- 1,3	- 0,4	- 1,1	- 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	- 1,1	- 0,9	- 0,7
	Ost	+ 11,8	+ 1,4	- 1,2	- 2,8	- 0,8	- 0,1	+ 0,9	- 0,0	- 1,5	- 1,4	- 1,2
	Insg.	+ 2,2	- 0,8	- 0,6	- 1,2	- 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	- 1,2	- 1,0	- 0,6
dav. Arbeitszeit-Effekt	West	+ 1,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,5	+ 0,6	- 1,2	- 1,3	- 1,2
	Ost	+ 1,4	+ 0,4	- 0,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,5	+ 1,2	+ 0,8	- 1,8	- 1,8	- 1,6
	Insg.	+ 1,4	+ 0,1	- 0,6	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,9	+ 0,6	- 1,3	- 1,3	- 1,3
Tägliche Arbeitszeit	West	- 1,1	- 1,4	- 0,0	- 0,7	- 0,6	+ 0,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8
	Ost	+ 10,8	+ 0,9	- 0,8	- 1,8	- 0,6	+ 0,4	- 0,6	- 0,8	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4
	Insg.	+ 0,8	- 1,0	- 0,1	- 0,8	- 0,6	+ 0,3	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6
Erwerbstätige (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	West	+ 1,2	- 1,2	- 0,8	- 0,4	- 0,8	- 0,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,7
	Ost	- 13,1	- 2,9	+ 2,2	+ 1,5	- 1,4	- 2,2	- 0,0	- 0,2	- 0,2	0,0	+ 0,2
	Insg.	- 1,5	- 1,6	- 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	+ 368	- 381	- 288	- 133	- 188	- 145	+ 136	+ 121	+ 120	+ 180	+ 280
	Ost	- 993	- 184	+ 138	+ 93	- 88	- 142	- 1	- 14	- 10	0	+ 10
	Insg.	- 604	- 269	- 121	- 37	- 277	- 207	+ 136	+ 107	+ 86	+ 180	+ 210
(Jahresdurchschnitte in 1000)	West	30.778	30.389	30.128	29.989	29.806	29.699	29.799	29.820	30.820	30.980	30.120
	Ost	6.285	6.197	6.390	6.432	6.343	6.291	6.200	6.186	6.176	6.186	6.196
	Insg.	37.163	36.586	36.498	36.428	36.149	35.994	35.999	36.006	36.996	37.166	36.316

B. Das Angebot an Arbeitskräften												
Erwerbspersonenpotenzial (Jahresdurchschnitte in 1000)	West	33.938	34.058	34.182	34.294	34.385	34.412	34.578	34.516	34.223	34.223	34.223
	Ost	8.804	8.700	8.818	8.833	8.823	8.880	8.218	8.118	8.054	8.054	8.034
	Insg.	42.742	42.758	42.999	43.127	43.208	43.292	42.796	42.634	42.277	42.277	42.257
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	+ 458	+ 245	+ 68	+ 102	+ 81	+ 47	- 34	- 62	- 63	- 63	- 63
	Ost	- 181	- 125	- 81	- 118	- 80	- 124	- 84	- 100	- 82	- 82	- 82
	Insg.	+ 309	+ 123	+ 8	+ 13	+ 2	- 77	- 119	- 162	- 175	- 175	- 175
davon: Demographie	West	- 90	- 112	- 188	- 180	- 182	- 135	- 225	- 179	- 216	- 216	- 216
	Ost	- 28	- 27	- 30	- 48	- 45	- 39	- 21	- 32	- 26	- 26	- 26
	Insg.	- 118	- 139	- 197	- 228	- 227	- 169	- 141	- 207	- 242	- 242	- 242
Verhaltenskomponente	West	- 11	+ 29	+ 81	+ 72	+ 80	+ 77	+ 77	+ 67	+ 67	+ 67	+ 67
	Ost	+ 14	- 113	- 84	- 75	- 81	- 88	- 44	- 44	- 36	- 36	- 36
	Insg.	+ 3	- 84	+ 7	- 3	+ 10	- 11	+ 33	+ 43	+ 62	+ 62	+ 62
Wanderungsgewinn und Produktivität	West	+ 881	+ 331	+ 183	+ 215	+ 183	+ 180	+ 0	+ 26	+ 26	+ 26	+ 26
	Ost	- 197	+ 15	+ 2	+ 8	+ 26	- 7	- 19	- 24	- 21	- 21	- 21
	Insg.	+ 444	+ 346	+ 185	+ 219	+ 180	+ 83	- 11	+ 2	+ 16	+ 16	+ 16

C. Die Arbeitsmarktbilanz												
Registrierte Arbeitslose (Jahresdurchschnitte in 1000)	West	1.838	2.279	2.066	2.586	2.798	3.021	2.904	2.768	2.616	2.662	2.625
	Ost	1.170	1.148	1.148	1.347	1.909	1.384	1.378	1.344	1.325	1.314	1.302
	Insg.	2.978	3.418	3.266	3.912	3.968	4.365	4.278	4.100	3.941	3.976	3.927
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	+ 118	+ 482	+ 285	+ 8	+ 231	+ 282	- 117	- 148	- 140	- 164	- 251
	Ost	+ 267	- 21	- 7	- 88	+ 122	+ 168	+ 11	- 31	- 19	- 50	- 42
	Insg.	+ 375	+ 441	+ 279	- 80	+ 363	+ 480	- 106	- 179	- 159	- 224	- 273
Arbeitslosenquoten (in % aller Erwerbspersonen)	West	5,9	7,3	6,8	8,1	9,1	8,8	8,4	8,8	8,4	8,2	8,1
	Ost	18,4	18,1	18,2	14,0	18,7	18,1	18,2	17,8	17,4	17,3	17,1
	Insg.	7,7	8,0	8,0	8,4	9,4	11,4	11,1	10,8	10,1	10,6	10,8
Stille Reserve (Jahresdurchschnitte in 1000)	West	1.260	1.427	1.487	1.723	1.781	1.728	1.875	1.840	1.887	1.881	1.876
	Ost	1.278	1.363	1.148	1.034	811	735	640	585	532	534	586
	Insg.	2.538	2.790	2.637	2.757	2.592	2.463	2.515	2.425	2.419	2.416	2.462
davon: Stille Reserve in angrenzten Binn	West	802	826	1.012	1.208	1.237	1.289	1.286	1.212	1.178	1.172	1.160
	Ost	68	172	238	343	438	383	347	288	280	287	280
	Insg.	870	1.006	1.249	1.552	1.675	1.672	1.633	1.500	1.458	1.459	1.440
Stille Reserve in Maßnahmen	West	458	601	475	514	544	439	489	490	490	490	490
	Ost	1.210	1.191	888	642	472	362	293	287	277	277	277
	Insg.	1.668	1.692	1.363	1.156	996	814	702	710	767	767	767

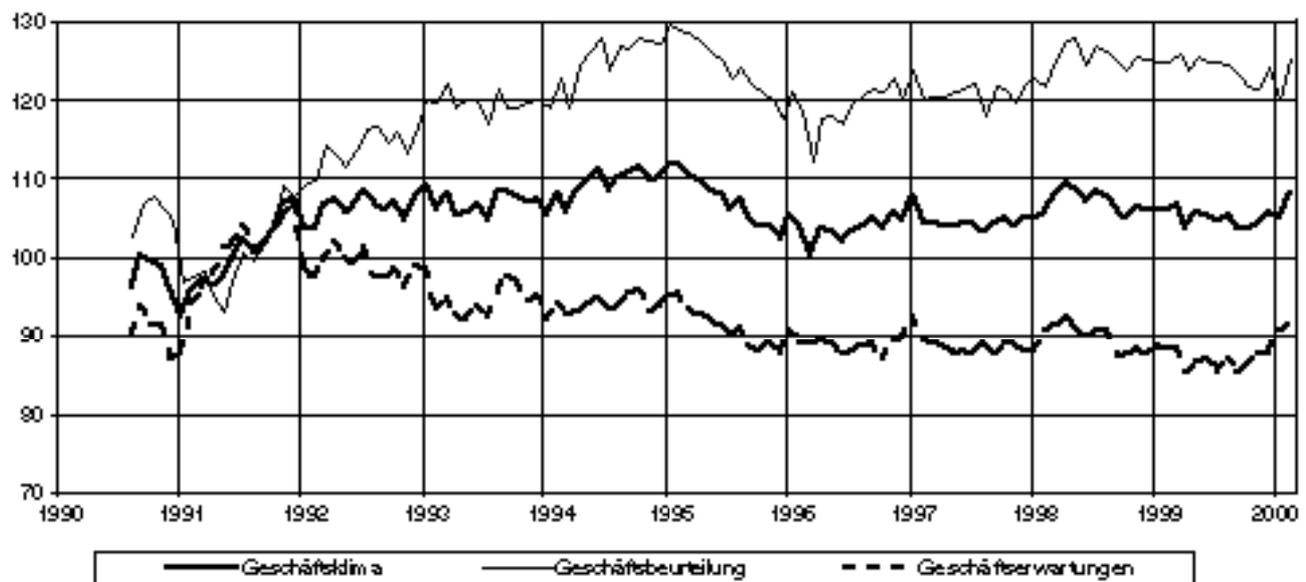
Quelle: Berechnungen des IAB

Schaubild 1a: Geschäftsklima, Lagebeurteilung und Erwartungen der Gewerblichen Wirtschaft ¹⁾
 – Westdeutschland –



¹⁾ Saisonbereinigt
 Quelle: ifo-Konjunkturtest

Schaubild 1b: Geschäftsklima, Lagebeurteilung und Erwartungen der Gewerblichen Wirtschaft ¹⁾
 – Ostdeutschland –



¹⁾ Saisonbereinigt
 Quelle: ifo-Konjunkturtest

Insgesamt ist festzustellen, dass durch die Entwicklung der Lohnstückkosten die volkswirtschaftlichen Angebotsbedingungen in den letzten Jahren spürbar verbessert worden sind. In den letzten Jahren spiegeln auch die nominalen Lohnstückkosten diese Tendenz wider, wenn auch abgeschwächt (vgl. Schaubild 2).

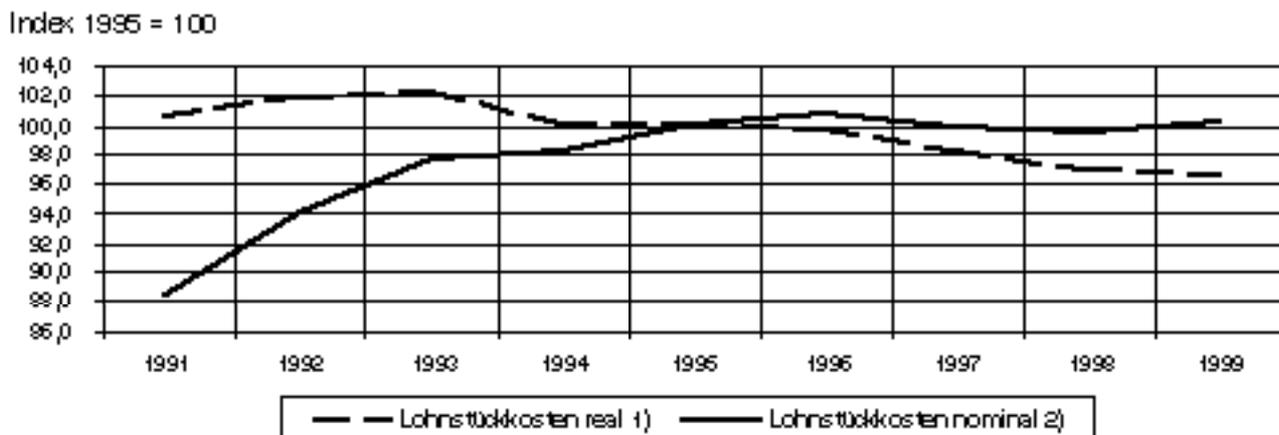
Nach zunächst verhaltener Entwicklung im ersten Halbjahr hat sich allmählich auch die Binnennachfrage belebt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen 1999 allerdings im Jahresdurchschnitt nur schwach zu und die Ausrüstungsinvestitionen kamen erst nach vorübergehend langsamer Gangart wieder in Schwung. Die Talfahrt der Bauinvestitionen scheint zwar beendet zu sein, eine durchgreifende Bes-

serung ist dennoch nicht in Sicht. Im ostdeutschen Baugewerbe überwiegen nach wie vor die rezessiven Einflüsse.

Die konjunkturelle Entwicklung ist 1999 allerdings nur in Westdeutschland spürbar besser geworden. In Ostdeutschland wurden die expansiven Kräfte im Verarbeitenden Gewerbe durch dämpfende Einflüsse, vor allem im Baugewerbe geschwächt. Im Ganzen dürfte das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft 1999 erneut hinter der Entwicklung in Westdeutschland zurückgeblieben sein.

Die durchschnittlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen ist leicht angestiegen (+ 0,2 %). Dies ergab sich aus teils gegenläufigen Entwicklungen der einzelnen Arbeitszeit-

Schaubild 2: Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland 1991 – 1999



1) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen

2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IAB

komponenten. Maßgebend war ein auf Verlängerung wirkender Arbeitstageeffekt (+ 0,6 %). Bei der tariflichen Arbeitszeit gab es keine größeren Veränderungen. Allein in Ostdeutschland waren in kleinen Bereichen Verkürzungen der tariflichen Wochenarbeitszeit zu verzeichnen. Die Teilzeitarbeit hat weiter zugenommen. Konjunkturbedingt gab es etwas mehr Kurzarbeiter als im Vorjahr. Je Arbeitnehmer wurden im Jahresdurchschnitt etwa so viele Überstunden geleistet wie 1998. Der Krankenstand hat leicht zugenommen. Für die tägliche Arbeitszeit ergaben die einzelnen Komponenten per Saldo einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %. Die Pufferfunktion der Arbeitszeitkonten, die für immer mehr Arbeitnehmer eingeführt werden, dürfte die Beschäftigung stabilisiert haben (siehe Abschnitt 3.3).

Die *Beschäftigung* in Deutschland zeigte im Jahresverlauf 1999 zunächst fallende Tendenz. Aufgrund der konjunkturbedingt abnehmenden Auslastung des Personalbestands überwogen die Freisetzungen die Einstellungen. Erst im Herbst zeichnete sich eine Stabilisierung ab. Saisonbereinigt dürfte die Zahl der Erwerbstätigen erst zum Jahresende hin wieder gestiegen sein. Aufgrund des relativ hohen Niveaus am Jahresanfang lag sie in jahresdurchschnittlicher Rechnung dennoch um rd. 100.000 Personen (+ 0,3 %) über dem Vorjahr (vgl. Schaubild 3a).

Die saisonbereinigte Zahl der *Arbeitslosen* hatte im Jahresverlauf 1999 zunächst leicht zugenommen. Erst im letzten Quartal war sie wieder zurückgegangen. Aufgrund des relativ niedrigen Niveaus am Jahresanfang lag sie im Jahresdurchschnitt dennoch erheblich unter dem Vorjahresstand (vgl. Schaubild 3b).

Die hier und im Folgenden verwendete Definition der "registrierten Arbeitslosen" entspricht der in Deutschland derzeit gebräuchlichen Abgrenzung. Unterschiede zu den "Erwerbslosenzahlen" nach der Definition des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) werden im Anhang aufgezeigt.

2 Perspektiven: Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktbilanz im Jahr 2000

Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2000 sind derzeit gut. So ist mit einer

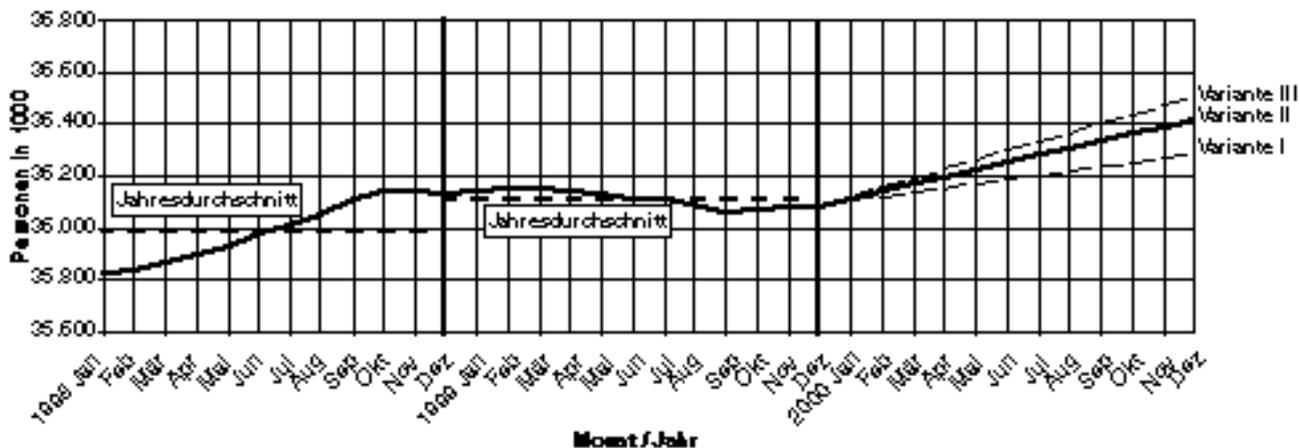
weiteren kräftigen Zunahme der Exporte zu rechnen, die vom weiter wachsenden Welthandel getragen wird, insbesondere von einer kräftigen konjunkturellen Expansion in Europa. Aus dem Zusammenspiel günstiger Faktoren auf der Nachfrage- sowie auf der Angebotsseite der Gütermärkte sind positive Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Sie werden zunächst unmittelbar das Verarbeitende Gewerbe begünstigen und mittelbar allmählich auch auf andere Wirtschaftsbereiche ausstrahlen.

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften etwa im Gleichschritt mit den verfügbaren Realeinkommen steigen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten aufgrund verbesserter Absatz- und Gewinnerwartungen stärker zulegen als im Vorjahr. Dagegen werden die Bauinvestitionen wohl keinen Beitrag zum realen Wirtschaftswachstum leisten. Leicht expansive Tendenzen in Westdeutschland könnten hier durch die anhaltende Baurezession in Ostdeutschland etwa ausgeglichen werden.

Zusammengenommen geben wir einem *Wirtschaftswachstum* von 2 1/2 % heute die *größte Eintreffenswahrscheinlichkeit*. Dennoch bestehen auch Unsicherheiten und Risiken. So gibt es keine letzte Sicherheit für eine kräftige und nachhaltige Erholung der Weltwirtschaft. Rückschläge können nicht ausgeschlossen werden. Andererseits bestehen auch Chancen auf eine schnellere und kräftigere Ausbreitung positiver Konjunkturimpulse über die volkswirtschaftliche Interdependenz der Binnenwirtschaft. So streuen denn auch die zu Jahresbeginn 2000 vorliegenden Wachstumsprognosen von anderen Instituten und Institutionen um diesen Wert, allerdings weniger stark als in früheren Jahren.

Angesichts gewisser *Unsicherheiten* ist bei der Annahme über den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) dennoch eine Bandbreite sinnvoll und notwendig: Sie reicht in unseren Alternativrechnungen von einer verhaltenen Entwicklung (BIP: + 2 %) bis hin zu spürbar beschleunigtem Wachstum (+ 3 %). Wir haben bei diesen *Alternativrechnungen* angenommen, dass Ostdeutschland in jedem Fall hinter der Entwicklung in Westdeutschland zurückbleibt. Das Wachstumsgefälle wird derzeit mit 1/2 Prozentpunkt veranschlagt. Da in Ostdeutschland erst ein Zehntel des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet wird, beeinflusst dies die Gesamtzuwachsrate nur geringfügig.

Schaubild 3a: Entwicklungstendenzen der Erwerbstätigkeit in Deutschland 1998 bis 2000*)



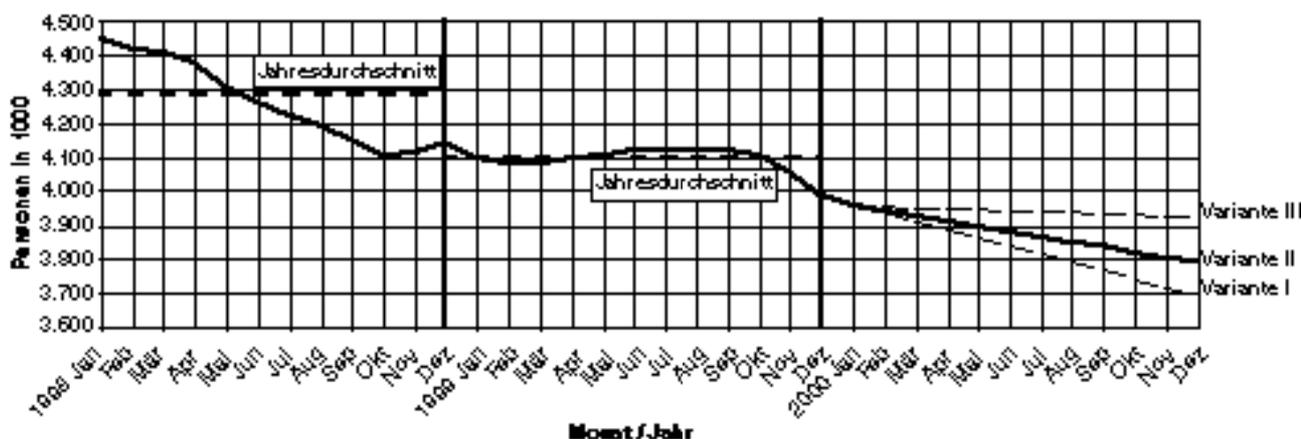
Bruttoinlandsprodukt	Variante I	+ 2,0 %
	Variante II	+ 2,5 %
	Variante III	+ 3,0 %

*) Saisonbereinigte Zahlen

Das Schaubild gibt die *Entwicklungstendenzen* der Erwerbstätigkeit im Jahr 2000 für die beschriebenen Szenarien wieder. Saisonbedingte sowie unterjährige konjunkturelle Einflüsse bleiben dabei außer Betracht. Die tatsächliche Entwicklung wird die Trendlinie überlagern.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Schaubild 3b: Entwicklungstendenzen der Arbeitslosigkeit in Deutschland 1998 bis 2000*)



Bruttoinlandsprodukt	Variante I	+ 2,0 %
	Variante II	+ 2,5 %
	Variante III	+ 3,0 %

*) Saisonbereinigte Zahlen

Das Schaubild gibt die *Entwicklungstendenzen* der Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 für die beschriebenen Szenarien wieder. Saisonbedingte sowie unterjährige konjunkturelle Einflüsse bleiben dabei außer Betracht. Die tatsächliche Entwicklung wird die Trendlinie überlagern.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Alle drei Varianten sind mit Blick auf die Arbeitsmarktwirkungen durchgerechnet (vgl. Tabelle 1). Im Folgenden werden die Wirkungen für die mittlere BIP-Variante (+ 2 1/2 %) skizziert. Die Chancen auf eine Entwicklung im oberen Bereich des Variantenspektrums schätzen wir höher ein als die Risiken, die eine Entwicklung im unteren Bereich herbeiführen könnten, zumal die Signale aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld auf eine anhaltende Aufwärtsbewegung hindeuten.

Im Folgenden wird zwischen alten Bundesländern (einschließlich Berlin-West) und neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) unterschieden. Derzeit liegen allerdings keine entsprechend gegliederten Erwerbstätigenzahlen

der amtlichen Statistik vor. Die vollständige Analyse der west- und ostdeutschen Arbeitsmarktbalancen machte deshalb die Schätzung dieser Zahlen erforderlich. Die Grundzüge der Schätzmethode sind in den methodischen Anmerkungen beschrieben.

2.1 Alte Bundesländer

Arbeitsnachfrage

In der mittleren Variante ist ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des *realen Bruttoinlandsprodukts* in Höhe von 2 1/2 % unterstellt. Diese Wachstumsrate ergibt sich nicht aus Überhängen, sondern folgt allein aus der Dynamik: Im Jahresver-

lauf ist mit einer stetigen konjunkturellen Aufwärtsbewegung zu rechnen, etwa mit dem im zweiten Halbjahr 1999 beobachteten Tempo.

Für die durchschnittlich geleistete *Jahresarbeitszeit* je Erwerbstätigen rechnen wir mit einem Rückgang (- 0,9 %). Anders als im Vorjahr wirkt der Arbeitstageeffekt 2000 arbeitszeitverkürzend (- 1,3 %). Bei der tariflichen Arbeitszeit zeichnen sich keine Veränderungen ab. Die Teilzeitarbeit wird weiter zunehmen, allerdings schwächer als zuletzt. Durch die steuer- und sozialrechtlichen Neuregelungen dürfte der Anstieg der Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, die zu den Teilzeitbeschäftigungen zählen, gebremst werden. Die bezahlten Überstunden dürften konjunkturbedingt wieder leicht steigen. Außerdem erwarten wir, dass auch die transitorischen Überstunden zunehmen und per Saldo mehr Guthaben auf Arbeitszeitkonten gebildet werden. Dadurch können zum Teil auch kalenderbedingte, saisonale und konjunkturelle Unregelmäßigkeiten ausgeglichen werden. Die Arbeitszeitausfälle durch Kurzarbeit werden leicht abnehmen und der Krankenstand dürfte konjunkturbedingt wieder leicht ansteigen. Insgesamt ergeben diese teils gegenläufigen Komponenteneinflüsse per Saldo einen leichten Anstieg der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit (+ 0,4 %), der den Kalendereffekt zum Teil kompensiert (vgl. Tabelle 1, Teil A).

Für die gesamtwirtschaftliche *Arbeitsproduktivität* (je Stunde) erwarten wir eine Zunahme um rd. 3 %. Aufgrund der Konjunkturschwäche des Vorjahres bestehen Auslastungsreserven, die im Zuge einer weiteren konjunkturellen Belegung mobilisiert werden und die Produktivitätsentwicklung beschleunigen. Wir schätzen diesen Effekt auf knapp 1/2 Prozentpunkt. Außerdem wird die kalenderbedingt geringere Zahl von Arbeitstagen gegenüber 1999 nicht in vollem Umfang durch andere Komponenten des Arbeitsvolumens (mehr Beschäftigte, mehr Überstunden, weniger Kurzarbeit etc.) ausgeglichen. So wie arbeitszeitverlängernde Faktoren z. T. die Produktivitätsentwicklung verlangsamen, dürfte diese durch den negativen Arbeitstageeffekt 2000 etwas beschleunigt werden. Wir schätzen seine Wirkung auf die Produktivitätsrate auf knapp 1/4 Prozentpunkt. Um diese Größenordnung fällt die Produktivitätszunahme 2000 deshalb höher aus als bei unveränderter Zahl von Arbeitstagen.

Aus diesen Gründen ist die erwartete effektive Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität je Stunde nur bedingt als Orientierungsgröße einer stetigen, mittelfristig ausgerichteten Lohnpolitik tauglich. Und zwar ebenso wenig, wie es der schwache, gedämpfte Produktivitätsanstieg im Vorjahr war. Eine Bereinigung der effektiven Produktivitätsrate 2000 um die genannten Sondereinflüsse führt zu einer *Rate von 2 1/2 %*. Als eine gesamtwirtschaftliche Orientierungsgröße könnte sie in den Lohnfindungsprozess einbezogen werden.

Bei dieser Konstellation von Produktions-, Arbeitszeit- und Produktivitätsentwicklung würde es im Jahresdurchschnitt 2000 in Westdeutschland zu einer weiteren Zunahme der *Erwerbstätigkeit* kommen (+ 0,5 % bzw. + 160.000 Personen). Im Jahresverlauf dürfte die Beschäftigung insgesamt spürbar ansteigen und frühzeitig den Vorjahresstand übertreffen. Die zunehmende Auslastung des Beschäftigtenbestands dürfte im Ganzen Freisetzungsvorgänge bremsen und Einstellungen fördern. Solche Bewegungen am Arbeitsmarkt sollen im Rahmen der nächsten Arbeitsmarktvorausschau näher betrachtet werden. Beschäftigungsschaffende Maßnahmen (ABM, SAM und jene aus dem Jugendsofortprogramm) spielen im Westen aufs Ganze gesehen nur eine geringe Rolle.

Arbeitsangebot

Nach unserer Einschätzung ist im Jahr 2000 in Westdeutschland per Saldo mit einer erneuten Abnahme des *Angebots an Arbeitskräften* (- rd. 90.000 Personen) zu rechnen (vgl. Tabelle 1, Teil B).

Ausschlaggebend dafür ist weiterhin die *demografische Komponente*. Langfristig wirkende Potenzialminderungen aufgrund der alternden deutschen Bevölkerung werden nicht durch Potenzialminderungen aus der vergleichsweise jüngeren ausländischen Bevölkerung aufgewogen. Per Saldo bewirkt die Bevölkerungsentwicklung (ohne Wanderungen) einen Potenzialrückgang um rd. 220.000 Personen.

Angebotserhöhend wirken sich demgegenüber weiterhin Veränderungen des *Erwerbsverhaltens* aus, v. a. die weiter steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen (+ rd. 90.000 Personen).

Aus den *Wanderungsbeziehungen* zu den neuen Bundesländern und zum Ausland ist im Jahr 2000 per Saldo in Westdeutschland eine Zunahme des Arbeitsangebots zu erwarten (Potenzialeffekt + rd. 30.000 Personen). Die Zuzüge von Ausiedlern und Asylbewerbern dürften gegenüber dem Vorjahr unverändert bleiben, wobei letztere zunächst ohne direkte Auswirkung auf das Arbeitsangebot bleiben. Bei den sonstigen Zuwanderungen aus dem Ausland nehmen wir an, dass die bisherige Entwicklungstendenz anhält (zu möglichen "Green-Card-Effekten" siehe Abschnitt 3.2). Die Rückkehr von Kriegsflüchtlingen dürfte die Fortzüge von Ausländern erhöhen. Nach den bisherigen Erfahrungen werden sich diese Abwanderungen allerdings auf einen längeren Zeitraum verteilen, als früher erwartet worden war.

Die Auspendler- und Einpendlerzahlen dürften sich nur wenig ändern – und damit auch der Pendlersaldo.

Arbeitsmarktbilanz

Die Entlastungen auf der Angebots- und auf der Nachfrage-seite der Arbeitsmarktbilanz würden unter den oben getroffenen Annahmen das Arbeitsmarktgleichgewicht in Westdeutschland spürbar verringern. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir für die mittlere Variante mit *2,56 Mio. Arbeitslosen*, das wären knapp 200.000 weniger als im Vorjahr (vgl. Tabelle 1, Teil C). Die Abbautendenz dürfte im Jahresverlauf anhalten und auch die *Stille Reserve im engeren Sinne* betreffen (rd. - 40.000 Personen). Zur Stillen Reserve im engeren Sinne gehören die Personen, die nicht arbeitslos oder erwerbstätig sind, aber unter den gegebenen oder günstigeren Bedingungen arbeiten möchten.

Bei der – weitgehend durch Entscheidungen über den arbeitsmarktpolitischen Mitteleinsatz bestimmten – *Stillen Reserve in Maßnahmen* rechnen wir mit einem leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Hier ist u. a. unterstellt, dass die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Sinne einer Verstetigung der Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2000 etwa auf dem im zweiten Halbjahr 1999 erreichten Stand gehalten werden. Die Stille Reserve in Maßnahmen umfasst die Personen, die weder arbeitslos gemeldet noch erwerbstätig, aber in arbeitsmarkt- oder sozialpolitischen Aktivitäten bzw. Regelungen verschiedener Art aufgefangen sind (Bildungsmaßnahmen, Vorruhestandsregelungen u. a.).

2.2 Neue Bundesländer

Arbeitsnachfrage

Die wirtschaftliche Entwicklung wird sich im Jahr 2000 auch in Ostdeutschland beleben. Der Produktionsanstieg dürfte aber erneut spürbar geringer ausfallen als in Westdeutschland. Das Verarbeitende Gewerbe wird in den neuen Bundesländern zwar weiter merklich wachsen, und auch vom Dienstleistungsbereich können wieder stärkere Impulse als bisher erwartet werden. Aber die Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe wird weiter schrumpfen, wenn auch nicht mehr so stark wie im Vorjahr.

Im Ganzen nehmen wir in unserer mittleren Variante für Ostdeutschland eine jahresdurchschnittliche Zunahme des realen *Bruttoinlandsprodukts* um 2 % an.¹

Die durchschnittliche *Jahresarbeitszeit* je Erwerbstätigen wird in den neuen Bundesländern alles in allem spürbar abnehmen (- 1,4 %). Noch stärker als in Westdeutschland schlägt hier wegen anderer Feiertagsregelungen der Kalendereffekt zu Buche (- 1,6 %). Die tarifliche Arbeitszeit nimmt im Durchschnitt aller Arbeitnehmer nur leicht ab. Der Trend zu mehr Teilzeitarbeit wird anhalten. Arbeitszeitausfälle infolge von Kurzarbeit und Krankheit könnten gegenüber dem Vorjahr etwa unverändert bleiben. Bei den durchschnittlichen (definitiven bezahlten sowie transitorischen) Überstunden rechnen wir mit einem leichten, konjunkturell bedingten Anstieg. Die teils gegenläufigen Veränderungen ihrer Komponenten führen in der Summe zu einem leichten Anstieg der täglichen Arbeitszeit (+ 0,2 %). Per Saldo schmälern diese Veränderungen den arbeitszeitverkürzenden Kalendereffekt ein wenig (vgl. Tabelle 1, Teil A).

Für die *Arbeitsproduktivität* (je Stunde) erwarten wir eine deutlich stärkere Zunahme als im Vorjahr. Hier wirken mehrere kurz- und langfristige Einflüsse zusammen: Generell dürfte ein in erster Linie technologisch bedingter Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland bestehen.² Außerdem sind in der Vergangenheit die Löhne im Durchschnitt der Produktivitätsentwicklung vorausgeeilt, sodass die Betriebe weiterhin bemüht sind, den Kostendruck durch Produktivitätssteigerung zu mildern. Zusätzlich kann erwartet werden, dass der kalenderbedingte Arbeitstageeffekt die Produktivitätsentwicklung etwas beschleunigt. Außerdem mobilisiert das kräftigere Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion Auslastungsreserven, die den Produktivitätszuwachs verstärken dürften. Unter Berücksichtigung dieser letztgenannten Sondereinflüsse schätzen wir die Zunahme der Arbeitsproduktivität im Jahresdurchschnitt 2000 auf 3,4 %.

Bei dieser Konstellation von Wirtschaftswachstum, Produktivitäts- und Arbeitszeitentwicklung erwarten wir in jahresdurchschnittlicher Rechnung für 2000 eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Zahl von *Erwerbstätigen*.

Wie in den Vorjahren wird die ostdeutsche Beschäftigungsentwicklung auch im Jahr 2000 vom Umfang der *ABM* und *SAM* beeinflusst (vgl. Schaubild 4b). Der Haushaltsplan der BA lässt Raum für eine Verstetigung der Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau. Wir nehmen deshalb an, dass sich die Teilnehmerzahlen in ABM und SAM etwa auf dem Stand des zweiten Halbjahres 1999 halten (rd. 0,3 Mio. Personen). Die Rückführung der Teilnehmerzahlen auf ein niedrigeres, verstetigtes Niveau würde dann in 2000 allmählich auslaufen. Das *Jugendsofortprogramm* wird fortgesetzt. Jahresdurchschnittlich kann deshalb zusätzlich mit rd. 20.000 Plätzen allein in beschäftigungsschaffenden Maßnahmen für Jugendliche gerechnet werden.

Bei dieser gesamtwirtschaftlichen Perspektive könnte der jahrelange Abbau der Beschäftigung außerhalb arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in 2000 allmählich auslaufen. Aufgrund des anhaltenden Rückgangs im Verlauf des Vorjahres drückt sich dies aber nicht in einem spürbaren jahresdurchschnittlichen Zuwachs aus.

Unter diesen Voraussetzungen könnte sich die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland insgesamt im Jahresverlauf stabilisieren. Positive Impulse dürften allerdings erst allmählich zum Tragen kommen. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1999 erwarten wir keine Änderung.

Arbeitsangebot

Auch in den neuen Bundesländern setzt sich die Tendenz zum *Rückgang des Arbeitsangebots* 2000 fort. Damit hält die Entlastung des Arbeitsmarkts von Seiten des Arbeitsangebots weiter an (näheres vgl. Abschnitt 3.2). Die drei wesentlichen Komponenten, die das Erwerbspersonenpotenzial bestimmen, wirken dabei in die gleiche Richtung. Aus der demografischen Entwicklung – der Wirkung aufgrund von Veränderungen in Zahl und Altersstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung – resultiert eine Abnahme um 25.000 Personen. Des Weiteren führt die leicht abnehmende Erwerbsbeteiligung, insbesondere der Frauen, zu einer Reduzierung um 35.000 Personen. Hierzu ist anzumerken, dass zahlreiche Untersuchungen zur Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen den beständig hohen Stellenwert der Berufstätigkeit auch in einem radikal veränderten wirtschaftlichen und sozialen Umfeld belegen.³ Ergebnisse des Mikrozensus deuten auf eine leichte und differenzierte Abnahmetendenz der Erwerbsquoten hin. Insgesamt scheint es sich bei der Angleichung der ostdeutschen an die steigende westdeutsche Erwerbsbeteiligung um einen längerfristigen Prozess bei Fortbestand regionaler Unterschiede zu handeln.

Die Wanderungsbeziehungen zu Westdeutschland und zum Ausland lassen insgesamt eine Potenzialminderung von rd. 20.000 Personen erwarten. Der Ost-West-Pendlersaldo dürfte sich gegenüber dem Vorjahr wenig ändern.

Arbeitsmarktbilanz

Auf der Nachfrageseite der Arbeitsmarktbilanz gleichen sich positive und negative Impulse im Jahr 2000 etwa aus. Lediglich die Entlastung auf der Angebotsseite (- rd. 80.000) bewirkt einen bescheidenen Abbau des großen Ungleichgewichts in der ostdeutschen Arbeitsmarktbilanz. Wir rechnen mit einem leichten Rückgang der *Arbeitslosenzahl* auf jahresdurchschnittlich rd. 1,3 Mio. (- rd. 30.000 Personen). Auch die *Stille Reserve* im engeren Sinne dürfte abnehmen (- rd. 40.000 Personen).

¹ Das Wachstumsgefälle zwischen West und Ost in den Jahren 1999 und 2000 wird z. B. vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) auf rd. 1/2 Prozentpunkt geschätzt. Vgl. Arbeitskreis Konjunktur: Deutschland 2000 – Aufschwungpfad wieder erreicht, in: Wirtschaft im Wandel, Heft 1, 2000, S. 5.

² Vgl. Ragnitz, Joachim: Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen für den Konvergenzprozess, in: Konjunkturpolitik, Heft 3, 1999, S. 165 ff.

³ Vgl. z. B. Engelbrech, G., Gruber, H., Jungkunst, M.: Erwerbsorientierung und Erwerbstätigkeit ost- und westdeutscher Frauen unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, in: MittAB 1/1997, S. 150 - 169.

Schaubild 4a: Zur Entwicklung ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Westdeutschland

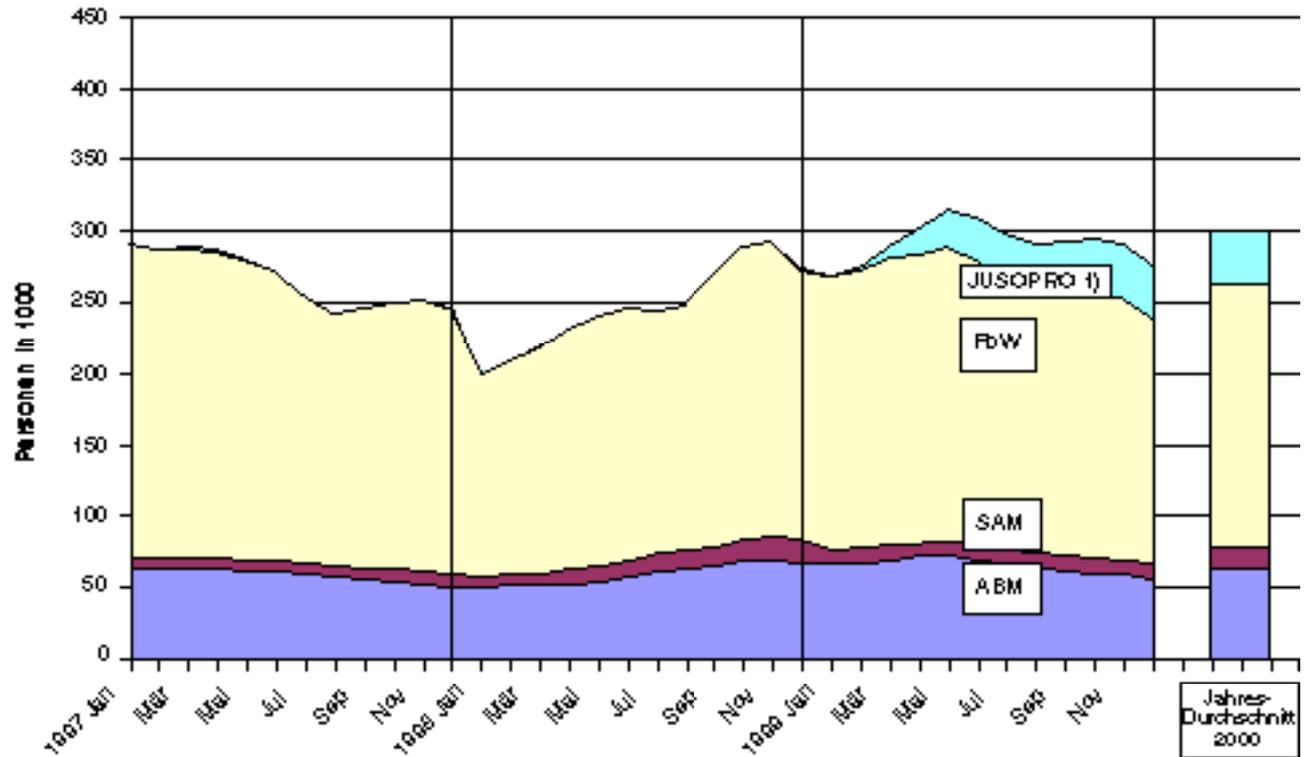
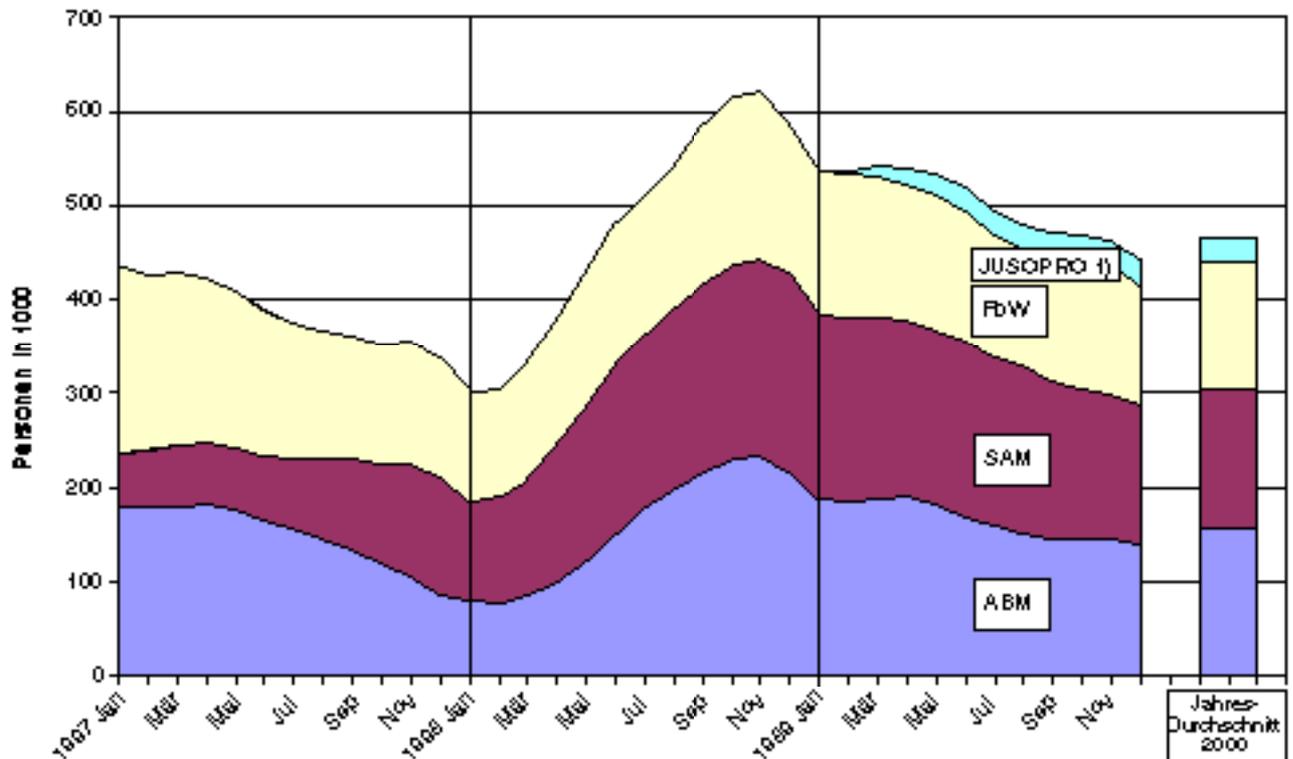


Schaubild 4b: Zur Entwicklung ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Ostdeutschland



FbW = Förderung der beruflichen Weiterbildung (nur Vollzeit)

ABM = Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung

SAM = Strukturanpassungsmaßnahmen (§§ 272 - 279, 415 SGB III)

1) Artikel 7 (FbW), Artikel 8 (LKZ) und Artikel 9 (Quali-ABM)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

Die Zahl der *Arbeitslosen* wird dann im Jahresverlauf saisonbereinigt tendenziell weiter abnehmen. Die um die Jahreswende beobachteten kräftigen Rückgänge dürften allerdings im Mittel nicht erreicht werden.

2.3 Arbeitsmarktpolitik – nach Rückgang Verstetigung auf hohem Niveau angestrebt

In Deutschland fehlen im Jahr 1999 rd. 7 Mio. Arbeitsplätze. Für uns ist unstrittig, dass die Wege zum Abbau eines Arbeitsplatzdefizits dieser Größenordnung vorrangig über den ersten Arbeitsmarkt führen und dass das Ziel nicht in wenigen Jahren zu erreichen ist.

Angesichts der Beschäftigungsperspektiven haben die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der BA nach wie vor große Bedeutung, vor allem im Hinblick auf den sicherlich langwierigen wirtschaftlichen Annäherungsprozess der neuen an die alten Länder. Nach den Wechsellagen der letzten Jahre – Rückgang im Jahr 1997, Anstieg in 1998, erneuter Rückgang in 1999 – ist für 2000 eine allmähliche Stabilisierung der Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik zu erwarten (vgl. Schaubilder 4a und 4b).

Für die sog. Ermessensleistungen der Arbeitsförderung im Haushalt der BA stehen den Arbeitsämtern im Jahr 2000 insgesamt 27,8 Mrd. DM zur Verfügung (1998: 25,3 Mrd. DM, 1999: 27,4 Mrd. DM). Sie können die Maßnahmen im Rahmen eines einzigen Eingliederungstitels der jeweiligen regionalen Problemlage entsprechend mischen und so Zielgenauigkeit, Effektivität und Effizienz der Arbeitsmarktpolitik steigern. Da es außer bundesweiten Orientierungen keine quantitativen Vorgaben für die *einzelnen* Instrumente auf Arbeitsamtssebene gibt, können wir die voraussichtliche Inanspruchnahme der verschiedenen Maßnahmen nur äußerst vorläufig abschätzen (vgl. Tabellen 4a bis 4c).

In *Westdeutschland* hat sich die Arbeitsmarktpolitik im Jahr 1999 etwa auf dem zum Ende 1998 hin erreichten Niveau bewegt. Dies gilt mehr oder weniger für alle hier einbezogenen Instrumente. Aufs ganze Jahr 1999 gesehen, ergibt sich (überhangbedingt) gleichwohl eine etwas höhere Wirkung als 1998. Wir schätzen die Entlastungseffekte der Arbeitsmarktpolitik für die Arbeitslosigkeit auf knapp 0,48 Mio. gegenüber 0,45 Mio. im Jahr 1998. Für das Jahr 2000 erwarten wir insgesamt und bei den einzelnen Maßnahmen keine wesentliche Änderung. Dieser Rechnung liegt die Annahme zugrunde, dass die Maßnahmen nicht zu Lasten anderer beschäftigungswirksamer Aktivitäten finanziert werden.

In *Ostdeutschland* gingen im Verlauf des Jahres 1999 die Teilnehmerzahlen v. a. bei den Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen (ABM und SAM) zurück. Der Trend zur Teilzeit-ABM hielt an. Inzwischen sind 90 % der Geförderten teilzeitbeschäftigt, allerdings überwiegend mit Wochenarbeitszeiten, die um 10 - 20 % unter Vollzeit liegen. Aber auch die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) waren rückläufig. Aufgrund des sprunghaften Anstiegs der Teilnehmerzahlen im Jahr 1998 ergab sich aufs ganze Jahr gesehen (überhangbedingt) mit 0,53 Mio. dennoch eine etwas größere Gesamt-Entlastungswirkung als im Vorjahr (0,52 Mio).

Neben diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der BA trat im Jahr 1999 das „Sofortprogramm für Jugendliche“. Es ist schnell angesprungen, und durch den Einsatz von Finanzmitteln in Höhe von 2 Mrd. DM, die noch aus anderen Haushalten aufgestockt wurden, waren im Lauf des Jahres 219.000

Eintritte in zusätzliche Beschäftigungs- und Bildungsmaßnahmen mit unterschiedlicher Dauer zu verzeichnen. Von den Geförderten waren 90 % vorher arbeitslos. Im Jahresverlauf gab es 112.000 Austritte. Der jahresdurchschnittliche Bestand belief sich auf rd. 86.000 Personen.

Die quantitative Entlastung des Arbeitsmarktes durch dieses Programm ist besonders schwer zu beziffern. Ungewiss sind das Ausmaß möglicher Substitutionsbeziehungen, z. B. zu regulären betrieblichen Aktivitäten oder zu anderen arbeitsmarktpolitischen Alternativen, sowie mögliche Mobilisierungseffekte, denn es sollten ausdrücklich auch „entmutigte“ Jugendliche auf den Arbeitsmarkt zurückgeholt werden. Alles in allem schätzen wir die *durchschnittliche* Entlastung der Arbeitslosigkeit im Jahr 1999 unter der Voraussetzung, dass keine Substitution stattgefunden hat und die Maßnahmen nicht zu Lasten anderer beschäftigungswirksamer Aktivitäten finanziert worden sind, der Größenordnung nach auf 40 - 50.000 Personen. Für das Jahr 2000 wird der Entlastungseffekt auf rd. 60.000 veranschlagt. Im Hinblick auf die *längerfristigen* Programm-Wirkungen, wie z. B. Dauerhaftigkeit des Integrationserfolgs und Verwertbarkeit der vermittelten Inhalte, sind derzeit freilich noch keinerlei Einschätzungen und Voraussagen möglich.

2.4 Gesamtbetrachtung – Besserung in Sicht

Im Jahr 2000 wird die *Arbeitslosigkeit in Deutschland* unter den Annahmen der *mittleren Variante* dieser Alternativrechnungen um 225.000 auf rd. 3,88 Mio. Personen im Jahresdurchschnitt zurückgehen. Es ist zu erwarten, dass die (saisonbereinigte) Zahl der Arbeitslosen nach einem zeitweiligen Anstieg im Vorjahr im Jahresverlauf 2000 weiter spürbar abnimmt und zum Jahresende 2000 hin deutlich unter dem prognostizierten Jahresdurchschnitt liegen wird (vgl. Schaubild 3b). Anders als 1999, das von stagnierender Beschäftigung und von Entlastung allein durch abnehmendes Angebot geprägt war, kommen im Jahr 2000 zunehmend auch positive Wirkungen auf der Nachfrageseite der Arbeitsmarktbilanz zum Tragen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um 160.000 Personen (+ 0,4 %) zunehmen. Allerdings beschränkt sich die Belegung der Arbeitskräftenachfrage auf Westdeutschland. In Ostdeutschland werden positive Entwicklungen durch dämpfende Einflüsse kompensiert. Gleichwohl dürfte sich der jahrelange Rückgang regulärer Beschäftigung außerhalb von ABM und SAM nicht mehr fortsetzen.

Für die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland bestehen auch im Jahr 2000 *Unsicherheiten*, die sowohl Chancen als auch Risiken bergen:

- Eine Entwicklung im *oberen Bereich* der Alternativrechnungen (*Variante III*) steht im Einklang mit der Erwartung einer kräftigen Belegung der Arbeitsnachfrage und beschleunigt zunehmender Beschäftigung im Verlauf des Jahres 2000. Dies setzt voraus, dass die positiven konjunkturellen Impulse stark und nachhaltig sind und sich über die volkswirtschaftliche Interdependenz schnell selbst verstärken (Multiplikator- und Akzeleratorprozesse). Unter diesen Annahmen könnte die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 210.000 (+ 0,6 %) zulegen und die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um 270.000 auf 3,83 Mio. Personen abnehmen. Bei der Stillen Reserve insgesamt wäre mit einem Rückgang um rd. 110.000 zu rechnen.
- Eine Entwicklung im *unteren Bereich* der Alternativrechnungen (*Variante I*) würde mit verhalten steigender Beschäftigung im *Verlauf* des Jahres 2000 einhergehen. Insbesondere

Übersicht 1: Bruttoinlandsprodukt - und Außenhandelsdaten für ausgewählte Länder und Ländergruppen

	Reales Bruttoinlandsprodukt			Deutsche Ausfuhr *)			Deutsche Einfuhr *)		
	(Vorjahresvergleich in %)			Anteil in %	(Vorjahresvergleich in %)		Anteil in %	(Vorjahresvergleich in %)	
	1999	2000	2001		1999	1998		1999	1999
EU	2,1	3,0	3,0	56,9	9,4	3,7	55,3	6,5	0,7
EWU	2,1	2,9	2,9	43,7	9,9	4,1	44,4	7,3	0,4
Deutschland	1,5	2,6	2,7	X	7,5	3,0	X	7,3	3,0
Frankreich	2,5	2,9	3,0	11,5	12,2	6,6	10,8	9,6	0,9
Großbritannien	1,8	3,4	3,6	8,5	8,5	2,4	6,9	4,3	4,8
Italien	1,1	2,2	2,5	7,5	8,4	4,0	8,0	5,6	- 1,8
USA	3,8	2,8	2,5	10,2	17,1	12,4	8,1	15,7	4,2
Japan	1,3	1,6	2,1	2,1	- 10,6	11,7	5,0	9,5	2,3
Ostasiatische Schwellenländer	5,6	5,0	.	3,4	- 22,3	4,2	4,3	6,1	3,2
MOE-Länder	3,0	4,2	.	9,9	12,1	- 5,9	9,9	13,8	11,1
darunter: Rußland	2,0	1,0	1,0	1,0	- 11,7	- 31,8	1,8	- 12,3	8,5
Lateinamerika	0,0	2,9	.	2,7	16,7	- 0,4	2,0	2,4	- 1,4
darunter: Brasilien	- 4,0	2,5	3,5	0,9	6,1	- 6,8	0,8	5,8	- 5,8

*) Spezialhandel (in jeweiligen Preisen)

Quellen: Europäische Kommission: Europäische Wirtschaft, Beiheft A. Wirtschaftsanalysen, Nr. 10/11-Okt/Nov 1999

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 1999

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Aktualisierte unveröffentlichte Außenhandelsdaten

re wenn die außenwirtschaftlichen Impulse schwächer als derzeit allgemein erwartet ausfallen und wenn die binnenwirtschaftliche Entwicklung dies nicht ausgleicht, wird der Wachstumspfad flacher verlaufen. Unter diesen Annahmen wäre ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl um nur 90.000 (+ 0,2 %) zu erwarten. Unter Berücksichtigung des Angebotsrückgangs würde dann die Zahl der Arbeitslosen um 160.000 auf rd. 3,94 Mio. Personen abnehmen.

• Unsicherheit besteht außerdem im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in *Ostdeutschland*. So werden verschiedentlich Standortschwächen z. B. bei global handelbaren Gütern vermutet. Wenn deshalb die positiven konjunkturellen Impulse nur zum kleinen Teil und erst zeitverzögert auf die neuen Bundesländer übergreifen, könnte deren wirtschaftliches Wachstum noch weiter hinter dem Westdeutschlands zurückbleiben, als in diesen Alternativrechnungen unterstellt ist.

Im Ganzen geben wir aber derzeit einer Entwicklung im oberen Bereich des Projektionsspektrums die *höhere* Eintreffenswahrscheinlichkeit gegenüber einer im unteren Bereich.

3 Einzelne Aspekte der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Die Darstellung von Grundlinien und Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung in diesem Rahmen kann der Vielfalt des Arbeitsmarktgeschehens bei weitem nicht gerecht werden. Im Folgenden untersuchen wir deshalb zumindest ausgewählte Elemente näher. Sie wurden in der bisherigen Analyse schon in gebotener Kürze angesprochen, sie stehen aber auch für sich und sind aus analytischen wie beschäftigungspolitischen Gründen bedeutsam.

⁴ Spezialhandel. Hier handelt es sich um die Ein- bzw. Ausfuhr ausschließlich von Waren. Abweichungen von dieser Definition werden im Text vermerkt. Zu den numerischen Angaben vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 7, Reihe I.

Im Zusammenhang mit den Perspektiven im Jahr 2000 wird zunächst der Blick auf Entwicklungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in anderen Weltregionen gerichtet, v. a. auf die Länder der Europäischen Union, die USA und Ostasien. Es schließt sich eine vertiefende Komponentenanalyse der Potenzialentwicklung in Deutschland an. Ihr folgt eine Untersuchung von Wirkungen der zunehmenden Flexibilisierung durch Arbeitszeitkonten.

3.1 Exportnachfrage treibt wirtschaftliches Wachstum

Weltweit haben sich die Aussichten für stärkeres Wirtschaftswachstum verbessert. Dies beruht wesentlich auf der raschen konjunkturellen Wiederbelebung in Ostasien, der positiven Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften und nicht zuletzt auf der (immer noch) anhaltenden Dynamik der US-amerikanischen Wirtschaft. Während zu Anfang des vergangenen Jahres zur Befürchtung Anlass bestand, im Sog der Regionalkrisen in Ostasien, Russland und Lateinamerika könnte sich eine weltweite Rezession entwickeln, ist nunmehr in Rechnung zu stellen, dass sich auf Grund der internationalen ökonomischen Interdependenz die nationalen Konjunkturschwünge gegenseitig verstärken können. Bedingt durch ihre intensive außenwirtschaftliche Verflechtung gilt dies namentlich für die Länder des europäischen Wirtschaftsraumes. So exportiert die deutsche Wirtschaft zu über 70% nach Europa.⁴

Der deutsche Außenhandel hat sich im Verlaufe des vergangenen Jahres deutlich belebt. Im Jahresdurchschnitt betrug bei Ex- und Import der Zuwachs zwar lediglich jeweils 3 % – nach 7,5 % bzw. 7,3 % im Jahre 1998 –, doch in der unterjährigen Entwicklung zeichnet sich eine große Dynamik ab. So stiegen im Dezember die Ausfuhren im Jahresvergleich um fast 12 % und die Einfuhren um gut 9 % an, während noch im Januar desselben Jahres die Ausfuhren um rd. 8 1/2 % und die Einfuhren um fast 14 % abnahmen. Für das Jahr 2000 reichen die Vorausschätzungen beim Export (Waren und Dienste) bis

zu 9 % und beim Import (Waren und Dienste) bis zu gut 7 %. Darüber hinaus wird für diese außenwirtschaftlichen Größen im Jahre 2001 ein deutliches Wachstum in ähnlichen Größenordnungen erwartet. Die außenwirtschaftlichen Aktivitäten wie Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen, kurz- und langfristiger Kapitalverkehr, Übertragungen, zu- und abfließende Faktoreinkommen haben große Bedeutung für die Ökonomie Deutschlands. So beträgt der Exportanteil am deutschen BIP rd. ein Viertel. Die Entwicklungstendenzen und zyklischen Schwankungen beeinflussen die deutsche Produktion, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit signifikant.⁵ Beim „Weltprodukt“ (Zusammenfassung der nationalen realen BIP-Größen) wird für das laufende Jahr 2000 und für 2001 mit einer Beschleunigung des Wachstums um bis zu 1 %-Punkt gerechnet. Gleichzeitig dürfte sich auch das Welt-handelsvolumen deutlich stärker ausweiten als 1999 – um bis zu 3 %-Punkten beim Exportvolumen und 2 %-Punkten beim Importvolumen.⁶

Entwicklung in ausgewählten Volkswirtschaften⁷

Im Jahre 1999 konnte die *US-amerikanische* Wirtschaft immer noch kräftig expandieren (+ 3,8 %). Die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde vor allem durch eine dynamische Konsumententwicklung sowie die Festigung und Expansion der weltweiten Nachfrage gestützt. Deutsche Ein- und Ausfuhr von bzw. nach den Vereinigten Staaten wiesen 1998 und auch 1999 positive Zuwachsraten auf, allerdings mit einer Abschwächung im letzten Jahr. Die Arbeitslosenquote sank 1999 weiter auf 4,2 %. Bei weiterhin hoher Kapazitätsauslastung dürfte der bisherige Preisauftrieb anhalten, sodass die amerikanische Zentralbank wohl mit Anhebungen der Leitzinsen reagieren wird. Vor allem diese Straffung der Geldpolitik würde sicherlich zu einer Dämpfung der US-Wachstumsraten auf knapp über 3 % in 2000 und doch merklich unter 3 % in 2001 führen.

Erheblicher privatwirtschaftlicher Verschuldungsstand, zunehmendes Leistungsbilanzdefizit, angespannte Arbeitsmarktlage und anziehende Inflationsraten stellen die Hauptrisiken für die weitere US-Konjunktorentwicklung dar – mit möglichen negativen Folgen insbesondere für die Attraktivität von Anlagen in amerikanische Finanztitel sowie den Außenwert des Dollar, was das längerfristige Zinsniveau und den Inflationsdruck ansteigen lassen könnte. Letztlich würde sich so in den USA eine nachhaltige Konjunkturschwäche einstellen, die das Wachstumstempo auch in Europa – namentlich über einen Anstieg von Zinsniveau und Euro-Außenwert – verlangsamen würde.

Gleichwohl erscheint auf Grund offenbar günstiger Wachstumsvoraussetzungen wie z. B. anhaltend hoher (Arbeits-)

Produktivitätsraten bei hohem Beschäftigungsstand ein auf mittlere Sicht eher sanfter Rückgang der Konjunkturdynamik als die plausiblere Variante.

Die Drosselung der weltwirtschaftlichen Konjunktur bis in die erste Hälfte 1999 hinein war sicherlich wesentlich bedingt durch die Wirtschaftskrisen in *Ostasien, Russland und Lateinamerika*. Doch es lässt sich mittlerweile in diesen Problemregionen trotz berechtigter Unsicherheiten bzgl. seiner Nachhaltigkeit ein Erholungsprozess konstatieren. Dieser hat im Wesentlichen infolge währungs-, fiskal- und auch namentlich im Finanzbereich vorgenommener ordnungspolitischer Änderungen und Eingriffe eingesetzt.

Im Zuge eines expansiven finanzpolitischen Kurses erholte sich *Japans* Konjunktur. Nach der Rezession im Jahre 1998 wurde im vergangenen Jahr ein positives, allerdings schwaches BIP-Wachstum erreicht. In Zukunft ist mit einem weiteren moderaten Wirtschaftswachstum zwischen 1 1/2 % und 2 % zu rechnen, für das nach den Staatsausgaben nunmehr der private Konsum immer mehr die wichtigste treibende Kraft sein wird.

Nach dem katastrophalen Rückgang der deutschen Exporte in die ostasiatischen Schwellenländer⁸ und nach Japan im Jahr 1998 hielt die Verminderung bzgl. der Schwellenländer die ersten Monate des Jahres 1999 weiter an; aber bzgl. Japan war in diesem Zeitraum bereits eine (leichte) Steigerung von 6,5 % zu verzeichnen. Dagegen nahmen von Januar bis Juli 1999 die Importe aus Japan und aus den ostasiatischen Schwellenländern ab, nachdem sie noch 1998 zulegen konnten. 1999 insgesamt waren für diese Länder die Veränderungsraten sowohl der Ex- als auch der Importe positiv.

Inzwischen hat sich offenbar auch größeres Vertrauen auf eine Fortsetzung der ökonomischen Aufwärtsentwicklung in den Krisenländern Ostasiens gebildet, was sich z. B. in der guten Verfassung der regionalen Aktienmärkte widerspiegelt. So wird wahrscheinlich das Wirtschaftswachstum in der Gesamtregion bis einschließlich 2001 an Stärke gewinnen.

Nach dem Einbruch der Produktion in *Russland* im Jahre 1998 befindet sich das BIP dort nunmehr offensichtlich auf einem positiven Wachstumspfad. Als verantwortlich dafür hat sich die Exportwirtschaft erwiesen. Mittlerweile hat sich auch der Rubel-Wechselkurs weitgehend stabilisiert. Doch trotz dieser eigentlich günstigen Vorgaben erscheint die Weiterentwicklung der ökonomischen Lage in Russland recht fragil. Der deutsche Export in dieses Land ging im ersten Halbjahr 1999 drastisch zurück, auch die Importe von dort lagen unter dem Vorjahreswert. Fürs ganze Jahr 1999 gesehen befand sich die Veränderungsrate der Ausfuhr im Minus, die der Einfuhr wieder im Plus.

Obwohl die Volkswirtschaften der Reformländer in *Mittel- und Osteuropa*⁹ unter den Auswirkungen der Russlandkrise erhebliche Wachstumseinbußen erlitten haben, ist dort mittlerweile wieder eine Belebung der Produktionsentwicklung zu beobachten. Wirkungsvoll war dabei vor allem die zunehmende Importnachfrage aus Westeuropa, namentlich aus Deutschland. Es ist davon auszugehen, dass sich die Wachstumschancen in dieser Region weiterhin realisieren lassen.

In den *südamerikanischen* Volkswirtschaften haben im vergangenen Jahr – infolge der Verschlechterung der internationalen Stimmung gegenüber dieser Region insgesamt – nachlassende Kapitalzuflüsse das Kreditkostenniveau offenbar weiter gesteigert. Dadurch verschärfte sich dort aber auch die konjunkturelle Abschwächung. So schrumpfte z. B. in Brasi-

⁵ Zum Zusammenhang zwischen Außenwirtschaft, Produktion und Beschäftigung vgl. Autorengruppe: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1998 und 1999, in: MittAB 1/99, S. 15 ff. Formale und empirische Analysen dazu finden sich in: Pusse, L.: Export als Bestimmungsfaktor der Beschäftigung, in: MittAB 1/98, S. 108 ff.

⁶ Vgl. z. B. OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 1999.

⁷ Zu den numerischen Angaben vgl. Übersicht 1, Tabelle 5 im Anhang sowie Statistisches Bundesamt: a. a. O. Die Daten für die deutschen Ein- und Ausfuhr – dies gilt insbesondere für Ländergruppen – wurden dankenswerterweise vom Mitarbeiterstab des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aktualisiert zur Verfügung gestellt.

⁸ Zu den ostasiatischen Schwellenländern zählen Hongkong (China), Malaysia, Südkorea, Singapur, Taiwan, Thailand. Vgl. dazu Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1999/2000, Tabelle 19, S. 86.

⁹ Darunter die EU-Beitrittskandidaten: Polen, Tschechische Republik, Estland, Ungarn und Slowenien. Ansonsten vgl. Sachverständigenrat: a. a. O., S. 86.

lien und in Argentinien das BIP um 1 % bzw. 4 %. Die deutschen Ein- und Ausfuhren bzgl. Lateinamerika nahmen 1998 noch zu, doch 1999 wurden für die Gesamtregion und speziell für Brasilien Rückgänge verzeichnet.

Aufgrund umgesetzter Strukturreformen – vor allem im regional dominierenden Brasilien –, die zu einem Zugewinn an Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der Exportwirtschaft sowie zu Zinssenkungspotenzialen führen dürften, könnten sich in Lateinamerika während der kommenden Jahre durchaus positive BIP-Wachstumsraten einstellen. Allerdings würden die Wachstumsaussichten in dieser Region z. B. durch eine Vernachlässigung der Reformpolitik oder durch eine in den USA forcierte Geldverknappungspolitik mit induzierten Zinserhöhungen stark gefährdet.

Im Folgenden sei die Konjunktursituation in den für den deutschen Außenhandel drei wichtigsten EU-Partnerländern Frankreich, Großbritannien und Italien eigens angesprochen.

In *Frankreich* findet seit dem Frühjahr 1999 ein Konjunkturaufschwung statt, der vom privaten Konsum, der privaten Investitionstätigkeit und Exportsteigerungen stimuliert wird. Ähnlich wie bzgl. des Euroraums insgesamt reduzierte sich die Zuwachsrate der deutschen Ausfuhr nach Frankreich, gleichzeitig nahm Deutschlands Einfuhr französischer Waren nur noch leicht zu.

Die Zahl der Beschäftigten in Frankreich stieg an, die Arbeitslosigkeit nahm ab. Aufgrund dieser günstigen Ausgangsbedingungen dürfte sich das Wachstum in den nächsten zwei Jahren noch auf etwa 3 % pro Jahr beschleunigen. Ermöglicht wird diese Entwicklung durch ein sehr gutes Konsumklima, den Aufschwung des Welthandels, insbesondere mit den Nachbarländern Deutschland und Italien. Mögliche binnenwirtschaftliche Risiken werden u. a. in der anstehenden Reform des Sozialsystems (insbesondere Renten-, Krankenversicherung) gesehen.¹⁰ Darüber hinaus werden die beschäftigungspolitischen Effekte der Umsetzung der jüngsten Arbeitszeitverkürzungsbeschlüsse kontrovers diskutiert.

Nur schwach und von kurzer Dauer war in *Großbritannien* der letzte Konjunkturabschwung. Die starke inländische Endnachfrage überkompensierte die schwächelnde Auslandsnachfrage und den z. B. gegenüber dem Euro generell hohen Wechselkurs. So nahm die deutsche Einfuhr aus dem Vereinigten Königreich gegenüber dem Vorjahresstand zwar ähnlich schwach wie 1998 um 4,8 % zu, die Ausfuhr Deutschlands dorthin allerdings wuchs nur geringfügig um 2,4 %. Letztlich ergab sich für 1999 eine insgesamt noch günstige Wirtschaftsentwicklung mit einem BIP-Wachstum von 1,7 %. Es verbesserte sich die Beschäftigungslage (+ 1,4 %), sodass die Arbeitslosigkeit abermals sank, und zwar auf 6,1 %. Insbesondere aufgrund einer günstigen Konsumententwicklung und guter Exportaussichten ist ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum für das laufende und kommende Jahr zu erwarten (+ 2,7 % bzw. 3,6 %). Die Hauptrisiken werden in der außenwirtschaftlichen Nachfrage sowie in Diskrepanzen zwischen Reallohnentwicklung und Produktivitätsfortschritt gesehen.

In *Italien* hat sich 1999 das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion weiter verlangsamt (auf 1,1 %), insbesondere durch ansteigende Importe (+ 3,3 %, Waren und Dienste) und sinkende Exporte (- 1,2 %, Waren und Dienste).¹¹

¹⁰ Vgl. OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 1999, S. 67.

¹¹ Ebenda, S. 71.

¹² Ebenda, S. 70.

Bzgl. Deutschland nahmen sowohl die Einfuhren von dort als auch die Ausfuhren dorthin in den ersten Monaten im Vorjahresvergleich ab; auf ganzes Jahr bezogen lagen die Einfuhren wieder über dem Vorjahreswert, während die Ausfuhren darunter blieben (- 1,8 %). So verbesserte sich bedingt u. a. durch diese außenwirtschaftliche Schwäche die Arbeitsmarktlage in Italien – gemessen an der Arbeitslosenquote – nur wenig von 11,9 % in 1998 auf 11,7 % in 1999.

Für die Jahre 2000 und 2001 wird zwar eine deutliche Belebung beim BIP-Wachstum um 1½ %-Punkten projiziert. Unübersehbare Unsicherheiten insbesondere hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit sind jedoch einzuräumen. Aufgrund z. B. unzureichender Produktivitätsfortschritte und überhöhter Lohnkostensteigerungen könnte sich nämlich der Inflationsdruck in Italien verstärken. Dabei beträgt das Inflationsgefälle zwischen Italien und z. B. Deutschland bereits 1 %-Punkt.¹² Ein infolge des festen Euro-Währungsverbunds auf diese Weise entstehender Wettbewerbsnachteil der italienischen Exportwirtschaft könnte sich künftig allerdings als makroökonomische Wachstumsbremse erweisen.

In der *Euro-Region* insgesamt verbesserte sich die konjunkturelle Entwicklung im Laufe des Jahres 1999 deutlich. Maßgeblich dafür waren im Wesentlichen externe Impulse aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld, der schwache Außenwert des Euro sowie das niedrige Zinsniveau. Als Stütze erwiesen sich Konsum und Investitionen. Zwar brach in den letzten Monaten 1999 der deutsche Export in die EU bzw. in die Euro-Region mit einem Rückgang um 0,1 % bzw. 0,4 % nahezu ein. Jedoch fürs ganze Jahr lagen die Veränderungsdaten bereits wieder bei + 3,1 % bzw. + 4,1 %. Auch die Einfuhren aus diesen Ländern nahmen 1999 zunächst deutlich ab, im Jahresvergleich 1999 zu 1998 indes waren die Veränderungen (leicht) positiv.

Allgemein wird eine Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs in der EU bzw. EWU um gut ¾ %- Punkte beim BIP-Wachstum sowohl für 2000 als auch für 2001 erwartet. Als treibende Kraft dürften die Exporte bzw. der Außenbeitrag fungieren.

Wenn der zu erwartende Preisanstieg unter der von der EZB als tolerierbar angesehenen Marke von (mittelfristig) 2 % liegen wird, dürfte er für sich genommen keinen Anlass für einschneidende geldpolitische Maßnahmen liefern, die das konjunkturelle Wachstum im Hinblick auf das Ziel der Vollbeschäftigung allzu sehr abbremsen könnten. Unter der Voraussetzung dieser günstigen Produktionsperspektiven und einer – wie bisher – moderaten Lohnentwicklung dürfte sich bis einschließlich 2001 in der EU bzw. EWU ein Beschäftigungsanstieg um über 1 % und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit – nicht zuletzt auch wegen demografischer Entlastungen – einstellen. Die EU-Kommission rechnet für 2000 und 2001 mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote um jeweils 0,6 %-Punkte (vgl. Tabelle 5).

3.2 Abnehmendes Erwerbspersonenpotenzial entlastet Arbeitsmarkt

Auf der Angebotsseite des deutschen Arbeitsmarkts trat Mitte der 90er Jahre eine Trendwende ein. Nach vorher kräftigen Anstiegen stagnierte das Erwerbspersonenpotenzial in den Jahren 1994 - 1996 und nahm in der Folgezeit kräftig ab.

Dabei zeigten sich im bisherigen Bundesgebiet und in den neuen Bundesländern unterschiedliche Tendenzen. So sind in den drei Jahren 1994 bis 1996 die Zunahmen des Erwerbspersonenpotenzials in Westdeutschland durch anhaltende Ab-

nahmen in Ostdeutschland in etwa ausgeglichen worden. 1997 hat der Rückgang im Osten den abgeschwächten Anstieg im Westen deutlich überwogen, und 1998 nahm erstmals auch das westdeutsche Arbeitskräfteangebot ab. Seitdem entlastet das rückläufige Erwerbspersonenpotenzial den deutschen Arbeitsmarkt spürbar. Dies dürfte aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren der Fall sein.

Die Gesamtveränderung des Arbeitsangebots ergibt sich als saldiertes Ergebnis seiner Einzelkomponenten, die wiederum aus der Ableitung einer Reihe von Einzelschritten gewonnen werden (vgl. Tabellen 2a und 2b). Im Folgenden wird nach einer Gesamtschau auf die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 1999 in West- und Ostdeutschland auf seine einzelnen Komponenten näher eingegangen. Dieses Jahr wurde gewählt, weil es dafür einigermaßen vollständige Daten gibt. Ein Ausblick auf das Jahr 2001 schließt diesen Abschnitt.

Gesamtschau

Das Erwerbspersonenpotenzial nahm 1999 in den alten Bundesländern mit 60.000 Personen im Jahresdurchschnitt etwa doppelt so stark ab wie 1998. An diesem Gesamtrückgang waren die einzelnen Komponenten folgendermaßen beteiligt (vgl. Tabelle 2a):

Demografische Entwicklung (ohne Wanderung)	- 175.000 Personen,
Erwerbsbeteiligung	+ 90.000 Personen,
Wanderung	+ 20.000 Personen,
Pendler	+ 5.000 Personen.

In den *neuen Bundesländern* setzte sich die seit dem Systemwechsel 1990 zu beobachtende Tendenz zur Abnahme des Arbeitsangebots auch 1999 fort. Im Jahresdurchschnitt nahm das Erwerbspersonenpotenzial um 100.000 Personen ab. Zu diesem Rückgang trugen alle Komponenten, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht bei (vgl. Tabelle 2b). Im Einzelnen ergab sich folgende Entwicklung:

Demografische Entwicklung (ohne Wanderung)	- 30.000 Personen,
Erwerbsbeteiligung	- 45.000 Personen,
Wanderung	- 20.000 Personen,
Pendler	- 5 000 Personen.

Demografische Entwicklung

Die Effekte aus der demografischen Entwicklung für die alten und neuen Bundesländer resultieren aus dem langfristigen Prozess der fortschreitenden Alterung der (deutschen) Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der höhere Zugänge in die älteren Altersgruppen als in die jüngeren bewirkt¹³. Damit nimmt das Gewicht der älteren Altersgruppen mit allgemein niedrigeren Erwerbsquoten tendenziell zu, was bei Ansatz konstanter Erwerbsquoten und unter Ausschluss der Wanderungsbewegungen zu der genannten demografisch bedingten Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials – alle Gruppen des

¹³ Vgl. Grünheid, E.; Schulz, R.: Bericht 1996 über die demographische Lage in Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 21, Heft 4/1996, S. 400 ff

¹⁴ Vgl. Bach, H.-U.; Thon, M.: Die Schätzung von Potential-Erwerbsquoten. Stiller Reserve und Erwerbspersonenpotential für die alten Bundesländer 1970 - 1995, IAB-Werkstattbericht Nr.8/1998

¹⁵ Vgl. Fuchs, J.: Arbeitsmarkt Ostdeutschland: Angebot an Arbeitskräften bleibt weiter hoch, IAB-Kurzbericht Nr.10/1998

erwerbsfähigen Alters vom 15. bis 64. Lebensjahr eingeschlossen – führt. Die aus dem vergleichsweise günstigeren Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung sich ergebenden positiven demografischen Effekte können wegen ihres geringeren Umfangs die genannte Grundtendenz nicht kompensieren. Der Anteil der Bevölkerung nichtdeutscher Staatsangehörigkeit ist in den neuen Bundesländern mit 2,3 % (Stand Ende 1998) ohnehin sehr gering, sodass ihr Einfluss auf das Arbeitsangebot entsprechend niedrig ist.

Erwerbsbeteiligung

In den *alten Bundesländern* entsprechen die Wirkungen aus der Erwerbsbeteiligung (Verhaltenskomponente) 1999 in ihrer Größenordnung denen der Vorjahre. Sie werden durch die tendenziell weiter steigende Erwerbsbeteiligung insbesondere der verheirateten Frauen verursacht. Die Erwerbsquoten der unverheirateten Frauen haben bereits ein relativ hohes Niveau erreicht, sodass ihre jährlichen Veränderungen nur noch gering sind. Die Potenzialerwerbsquoten der männlichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hingegen weisen hohe Werte auf, die seit Jahren keine wesentlichen Veränderungen mehr zeigen.¹⁴

Wie schon früher dominierten in den *neuen Bundesländern* die Effekte aus sinkender Erwerbsbeteiligung die Potenzialentwicklung. In längerfristiger Betrachtung nimmt ihr reduzierender Einfluss aber ab. Diese Wirkungen sind in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Annäherung der Bildungsbeteiligung der jüngeren Jahrgänge der Bevölkerung (Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Studium an Hochschulen/Universitäten, d. h. ohne die vom Arbeitsförderungsrecht geförderte berufliche Weiterbildung) mittlerweile sichtbare Fortschritte gemacht hat, sodass die inzwischen deutlich gesunkenen Potenzialerwerbsquoten in den Altersgruppen bis zum 25. Lebensjahr nur noch wenig abnehmen. Für die Quoten ab dem 25. Altersjahr wurde die Fortsetzung der sich seit 1991 andeutenden leichten Abnahmetendenzen angenommen. Dabei ist jedoch die in zahlreichen Untersuchungen konstatierte weiterhin hohe, nur allmählich abnehmende Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen, die immer noch deutlich über der westdeutscher Frauen liegt, berücksichtigt.¹⁵

Wanderungen

Während wir die Binneneffekte des Arbeitskräfteangebots (Einflüsse aus Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsbeteiligung) in ihrer Tendenz und Größenordnung als ziemlich sicher bewerten, bestehen in der Schätzung der Wanderungsbeziehungen zwischen den alten und neuen Bundesländern und mit dem Ausland erhebliche Unsicherheiten. Eine Rolle spielt hierbei der zeitliche Verzug in der Bereitstellung aktueller Wanderungsstatistiken. Die aus Wanderungen angesetzten Angebotseffekte stützen sich auf die entsprechende amtliche Statistik, deren Ergebnisse erst bis zum 2. Quartal 1999 vorliegen. In unserer Rechnung haben wir nun die Tendenzen aus dem Wanderungsgeschehen bis zum 1. Halbjahr 1999 auf das ganze Jahr 1999 fortgeschrieben, soweit für Teilgruppen nicht schon aktuellere Zahlen vorlagen (für Spätaussiedler und Asylbewerber).

Die zusammengefassten Einflüsse der verschiedenen Wanderungsströme auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot in *Westdeutschland* waren 1999 mit rd. + 20.000 Personen im Vergleich zum Beginn der 90er Jahre recht gering. Bis etwa 1995/1996 dominierten noch die positiven Nettoeffekte aus

der Migration das Ausmaß und die Entwicklungsrichtung des Arbeitskräfteangebots sehr deutlich. Seitdem haben die Zuwanderungen im Allgemeinen spürbar abgenommen, während die Abwanderungen auch zurückgingen, aber viel weniger. Insgesamt trat eine gewisse Beruhigung in den Wanderungsbeziehungen ein, die allerdings nicht gegen plötzliche Unterbrechungen gefeit ist, wie es die Erfahrungen aus der Kosovo-Krise in Jugoslawien 1998 lehrten.

In Bezug auf das Erwerbspersonenpotenzial ist jedoch zu beachten, dass die verschiedenen Gruppen von Zuwanderern nach ihrer Einreise gegebenenfalls nicht sofort Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Regelungen, die das Aufenthaltsrecht und das Arbeitsgenehmigungsrecht bestimmen, beeinflussen nämlich auch letztlich die Potenzialwirksamkeit dieser zuwandernden Menschen. Beispielsweise würde die Gruppe von IT-Fachkräften, deren Zuwanderung aus Ländern außerhalb der EU zur Behebung von akutem Fachkräftemangel in deutschen Unternehmen vorgesehen ist, nach Erteilung der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung sofort Bestandteil des Erwerbspersonenpotenzials, wenn auch mit geringer quantitativen Wirkung auf den Jahresdurchschnitt.

Im Einzelnen ergeben sich die Wanderungseffekte aus Wanderungsbeziehungen zu den neuen Bundesländern, aus Zuzügen von Spätaussiedlern und aus den übrigen Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland.

Die Zuzüge aus Ost- nach Westdeutschland stiegen 1999 wieder leicht an, während die Fortzüge dorthin etwa in gleichem Maß zunahm, sodass der innerdeutsche Wanderungssaldo seit 1998 zu Ungunsten Ostdeutschlands wieder anstieg. Es ist zu vermuten, dass die anhaltende Schwäche auf dem Arbeitsmarkt der meisten Regionen der neuen Bundesländer diese Entwicklung begünstigt hat.

Die Anzahl der *Spätaussiedler* überschritt mit rd. 105.000 für Deutschland nur geringfügig den Stand von 1998. 80 % von ihnen wurden den westlichen Bundesländern (einschl. Berlin) zugewiesen. Bei dieser Zuwanderungsgruppe ist seit einigen Jahren eine deutliche Verstetigung bei einer Gesamtgröße von rd. 100.000 Personen pro Jahr eingetreten. Die 1992 gesetzlich festgelegte Obergrenze für die jährliche Spätaussiedlerzahl von 225.000 Personen wird damit wiederum deutlich unterschritten, sodass im Bundesvertriebenengesetz diese Quote ab dem Jahr 2000 auf nunmehr 100.000 Personen festgelegt wurde. Als Hauptgründe für die niedrigeren Aussiedlerzahlen kommen in Frage: Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Herkunftsgebieten¹⁶, Nichtbestehen des obligatorischen Sprachtests sowie befürchtete Eingliederungsprobleme in Deutschland.

Aus der Zuwanderung von Spätaussiedlern resultierte für 1999 – unter Berücksichtigung von Altersstruktur und Erwerbsbeteiligung sowie der monatlichen Zugangszahlen – ein zusätzliches Arbeitsangebot von gut 40.000 Personen in den alten Bundesländern.

Die übrigen Zuzüge aus dem Ausland – hierin sind auch Kosovo-Flüchtlinge enthalten – könnten zwar nach unserer Einschätzung 1999 gegenüber 1998 zugenommen haben, sie wurden aber wahrscheinlich erneut von der Zahl der Fortzüge übertroffen, sodass wiederum ein Negativsaldo entstand, der jedoch im seinem Umfang deutlich kleiner ausfiel als im

Vorjahr. Bei diesen Zu- und Fortzügen über die deutschen Außengrenzen spielten 1999 die zeitweise Aufnahme von Kosovo-Flüchtlingen und ihre sowie die Rückkehr von weiteren Kriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina, die sich schon mehrere Jahre in Deutschland aufhielten, eine Rolle.

Die Zahl der neu eingereisten *Asylbewerber* nahm 1999 erneut leicht ab. Es wurden rd. 95.000 Asylsuchende für das Bundesgebiet registriert, von denen 80 % in Westdeutschland blieben. Als ausschlaggebend für diese Entwicklung kann die in Gang gekommene Befriedung im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere in Bosnien-Herzegowina, angesehen werden, die zu niedrigeren Bewerberzahlen aus dieser Region führte. Allein aus der Bundesrepublik Jugoslawien kamen 10 % weniger Asylsuchende als 1998. Dennoch stammte wie schon 1998 auch 1999 jeder dritte Asylbewerber aus diesem Land. Die Zahl der Asylsuchenden aus der Türkei, die an zweiter Stelle der wichtigsten Herkunftsländer steht, nahm 1999 zwar relativ noch stärker ab (- 25 %), aber sie war nur mit 10 % an allen Asylsuchenden beteiligt. Für das Arbeitsangebot ist wesentlich, dass seit Mai 1998 für neu eingereiste Asylbewerber zunächst keine Arbeitserlaubnisse mehr erteilt werden. Damit wurde das Arbeitsangebot aus Asylzuwanderungen auch 1999 nicht direkt erweitert.

In den *neuen Bundesländern* zielen die Effekte aus den Wanderungsbeziehungen zu Westdeutschland und dem Ausland in die gleiche Richtung wie die Verhaltenskomponente, d. h. sie reduzieren das Arbeitskräfteangebot. Unserer Einschätzung nach nahmen die Fortzüge nach Westdeutschland wie schon 1998 wieder zu, während die Zuzüge von dort weiter abnahmen. Sie beruht auf den bis zur Jahresmitte 1999 vorliegenden Ergebnissen der amtlichen Wanderungsstatistik. Diese Entwicklung hatte 1999 einen steigenden negativen Wanderungssaldo zur Folge, der zu einer entsprechenden Entlastung auf der Angebotsseite der Arbeitsmarktbilanz von rd. 20.000 Personen führte.

An der Zuwanderung von Spätaussiedlern nach Deutschland sind die neuen Bundesländer mit 20 % beteiligt, was für das Vorjahr einen Zugang von gut 20.000 Aussiedlern bedeutete. Bei einer Erwerbsquote von rd. 55 % und unter Berücksichtigung der monatlichen Zuzugszahlen ergab sich auf das ganze Jahr gerechnet ein Angebotseffekt von rd. 10.000 Personen, etwa genau soviel wie 1998 und nur noch halb soviel wie bis Mitte der 90er Jahre.

Pendler

Neben der Wanderung, die mit der Verlegung des Wohnsitzes bzw. des Lebensmittelpunktes verbunden ist und den Migranten zum Bestandteil der jeweiligen Wohnbevölkerung macht, wird das Erwerbspersonenpotenzial auch durch erwerbstätige Ein- und Auspendler beeinflusst, die ihren Wohnsitz jenseits oder diesseits der jeweiligen administrativen Grenzen während ihrer Beschäftigungsdauer beibehalten.

In den Pendlerbeziehungen der *alten Bundesländer* zu den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) bzw. dem Ausland hat es 1999 keine ins Gewicht fallenden Veränderungen gegeben. Der positive Pendlersaldo zum Ausland von rd. 60.000 Erwerbstätigen hat sich nach unserer Schätzung gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die Pendlerbeziehungen der *neuen Bundesländer* zum Altbundesgebiet (einschließlich Berlin-West) sind nach ihrer absoluten Größe auch weiterhin ein wichtiges Entlastungsmo-

¹⁶ Die wichtigsten Herkunftsgebiete sind seit 1992 die beiden Nachfolgestaaten der UdSSR Russische Föderation und Kasachstan. 1999 kamen gut 90 % aller Spätaussiedler aus diesen beiden Ländern.

ment des ostdeutschen Arbeitsmarktes. Mehr als 0,5 Mio. Erwerbstätige mit Hauptwohnsitz in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin-Ost) arbeiteten im Jahresdurchschnitt 1999 in den westlichen Bundesländern, während rd. 160.000 Erwerbstätige aus dem Westen ihren Arbeitsort im Osten hatten. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Veränderungen beider Pendlerströme aber gering, wenn auch beide auf leichte Zunahme gerichtet, sodass sie auch nur einen dementsprechend geringen Einfluss auf die Jahresveränderung des Arbeitsangebots haben.

Dennoch sei angemerkt, dass sich die Schere zwischen den Einpendlern aus Ostdeutschland (einschließlich Berlin-Ost) und den Auspendlern aus Westdeutschland (einschließlich Berlin-West) auch 1999 weiter geöffnet hat.

Der innerdeutsche *Pendlersaldo* beträgt nunmehr nach unserer Einschätzung im Jahresmittel 1999 etwa 370.000 Personen, die einerseits den ostdeutschen Arbeitsmarkt entlasten und andererseits den westdeutschen entsprechend belasten. Gut 40 % dieses Saldos entfällt auf Berlin-West. Bei der Bewertung der innerdeutschen Pendlerbewegung ist unbedingt zu berücksichtigen, dass die hierbei praktizierte Trennung zwischen West- und Ostberlin immer weniger gerechtfertigt erscheint und den wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten dieser Region nicht mehr gerecht wird. Diese Pendlerbeziehungen sind mittlerweile weitgehend zu normalen Arbeitsmarktbeziehungen innerhalb eines Wirtschaftsraumes bzw. zwischen einer Metropole, hier die Hauptstadt Berlin, und ihrem Umland geworden. Auf die wachsenden statistischen Erschwernisse einer exakten und aktuellen Ermittlung der hierzu erforderlichen Daten sei hierbei nur verwiesen.

Die Einpendlerzahlen enthalten auch *Saisonarbeitskräfte aus dem Ausland*, die vorrangig im Obst-, Gemüse- und Weinbau, aber auch im Schaustellergewerbe und in der Gastronomie eine Beschäftigung finden. Bei Staatsbürgern aus Nicht-EU-Ländern ist eine Arbeitserlaubnis erforderlich, die auf Arbeitnehmer beschränkt wird, die von der BA aufgrund einer Absprache mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes vermittelt werden. Diese Beschäftigung ist versicherungsfrei bei den deutschen Sozialversicherungen, wenn sie im Laufe eines Jahres auf höchstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt ist. Von den Arbeitgebern wurden 1999 mit rd. 200.000 ausländischen Saisonarbeitern etwa ebenso viele wie 1998 angefordert. Regulierungsversuche, die in der Vergangenheit zur Begrenzung dieser Saisonbeschäftigung eingeführt wurden (strengere Arbeitsmarktprüfungen in den Regionen vor Erlaubniserteilung, Einführung von Vermittlungsgebühren, Einführung einer sog. Arbeitnehmerhilfe nach § 56 SGB III für Arbeitslosenhilfebezieher, die sich für

derartige Saisontätigkeiten vermitteln lassen), haben die Anforderungen bisher nicht spürbar verringern können.

Das inländische Arbeitsangebot wird durch *ausländische Werkvertragsarbeitnehmer*, deren Beschäftigung insbesondere in der Bauwirtschaft von einiger Bedeutung ist, nicht vergrößert. Die Produktionsleistung dieser Beschäftigten geht in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Dienstleistungsimpport ein.¹⁷ Diese Arbeitnehmer zählen auch nicht als Einpendler und werden somit in unsere Arbeitsmarktbilanz nicht einbezogen. Dieses importierte Arbeitsvolumen wirkt sich aber auf dem inländischen Arbeitsmarkt insofern aus, als es Menge und Struktur der Arbeitsmöglichkeiten für inländische Arbeitsuchende beeinflusst. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bauwirtschaft (u. a. begrenzte Nachfrage nach Bauleistungen, Unterauslastung vorhandener Kapazitäten, Preisvorteile der ausländischen Bauleistungsanbieter) dürften beim Import dieser Dienstleistungsart Substitutionseffekte gegenüber Komplementäreffekten überwiegen.

Der Einsatz von Werkvertragsarbeitnehmern aus Nicht-EU-Ländern ist reglementiert. Er erfolgt auf der Grundlage von bilateralen staatlichen Vereinbarungen mit mittelosteuropäischen Ländern und der Türkei. Die Vereinbarungen enthalten jährliche, der wechselnden Arbeitsmarktlage angepasste Beschäftigungskontingente. Im Jahresdurchschnitt 1999 waren 39.900 Werkvertragsarbeitnehmer aufgrund von Regierungsvereinbarungen in Deutschland beschäftigt, 7.000 mehr als 1998. Gegenüber 1992, dem Jahr mit der höchsten Zahl von Werkvertragsarbeitnehmern aus MOE-Ländern, hat sich ihr Umfang damit nahezu halbiert. Der Anteil des Bauhauptgewerbes betrug rd. 40 %. Weitere Tätigkeitsfelder waren Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau und bauverwandte Bereiche wie Isolierungs- und Restaurationsarbeiten.

Zu dieser regulierten Werkvertragsarbeit kommt die Möglichkeit für Unternehmen aus EU-Mitgliedsländern, ebenfalls über Werkverträge mit deutschen Firmen ausländische Arbeitskräfte im Inland zu beschäftigen. Über das Ausmaß dieser Beschäftigung gibt es keine amtlichen Statistiken, sondern nur Schätzungen.¹⁸ Darüber hinaus wird auch immer wieder illegale Beschäftigung auf deutschen Baustellen aufgedeckt.¹⁹

Zusammenfassend kann für den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt konstatiert werden, dass im Jahresdurchschnitt 1999 das Erwerbspersonenpotenzial um rd. 160.000 Personen abgenommen hat. Für das Jahr 2000 erwarten wir einen etwas stärkeren Rückgang um 175.000 Personen, der sich zu etwa gleichen Teilen auf West- und Ostdeutschland verteilt. Die Entwicklung der das Potenzial im Einzelnen bestimmenden Komponenten ist aus den Tabellen 2a und 2b zu ersehen.

Erste Berechnungen zum Arbeitsangebot 2001 lassen eine weitere Entlastung erwarten, die aber mit rd. 120.000 Personen für Deutschland deutlich geringer als im laufenden Jahr sein wird (vgl. Schaubild 5).

3.3 Flexible Arbeitszeiten stabilisieren Beschäftigung

Instrumente flexibler Arbeitszeitgestaltung

„Mehr Flexibilität“ am Arbeitsmarkt wird häufig als das Rezept für mehr Wirtschaftswachstum und zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit angegeben. Eine Dimension dieser Flexibilität sind flexible Arbeitszeitregelungen. Fasst man diesen Begriff sehr weit, versteht man nämlich darunter alle vom Normalarbeitszeitstandard²⁰ abweichenden Arbeitszeit-

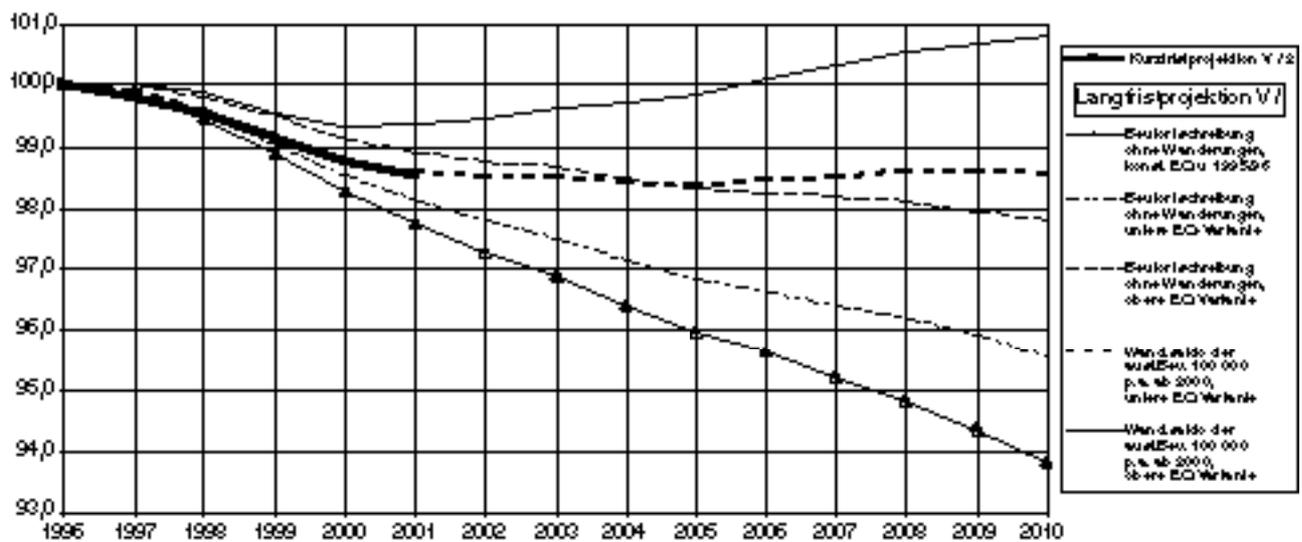
¹⁷ Der Saldo (Export minus Import) im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland in der Position „Bauleistungen / Montagen/ Ausbesserungen“ ist seit 1993 negativ. In den letzten Jahren betrug er: 1997: - 1649 Mio. DM, 1998: - 2505 Mio. DM, 1999: - 1255 Mio. DM. Vgl. Deutsche Bundesbank: Zahlungsbilanzstatistik März 2000, in: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3, S. 23

¹⁸ Für 1996 ging der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie von 210 000 Bauarbeitern aus EU-Ländern in Deutschland aus, darunter 135.000 auf westdeutschen Baustellen. Vgl. Knipper, M.: Die Lage der Deutschen Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 1996/1997, in: Wirtschaftsdienst 12/1996, S. 615.

¹⁹ Vgl. Presse-Information der BA Nr. 72/99 vom 14.12.1999: Erneut bundesweite Aktion zur Missbrauchsbekämpfung; Pressemitteilung des BMF vom 21.02.2000: Zoll intensiviert Bekämpfung illegaler Beschäftigung.

²⁰ Vollzeitbeschäftigung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 bis 40 Stunden bei gleichmäßiger und fester Verteilung der Arbeitszeit auf 5 Wochentage.

Schaubild 5:
Kurzfristige Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials
und ihre Einbettung in ausgewählte Varianten der langfristigen Projektion des IAB (1966 = 100)



Quelle: Aktuelle Einschätzung bis 2001 (Arbeitsbereich V / 2);
 Projektion des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland bis 2040 (vgl. IABkurzbericht 4 / 1999)

formen, dann arbeiten nach einer Untersuchung des ISO-Instituts²¹ bereits 85% aller Beschäftigten in Deutschland in einem Beschäftigungsverhältnis mit flexibler Arbeitszeit. Vor Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit ist nach dieser Umfrage die Überstundenarbeit die wichtigste Flexibilisierungsform: 56 % aller Befragten gaben an, regelmäßig Überstunden zu leisten. Damit ist der Anteil der Überstundenarbeiter seit 1989 (35 %) kontinuierlich gestiegen. Dies lässt auch darauf schließen, dass in den Unternehmen in den letzten 10 Jahren der Flexibilitätsbedarf, insbesondere die Möglichkeit der Anpassung an Nachfrageschwankungen, stark gestiegen ist. Die Nutzung von Arbeitszeitinstrumenten zur Feinsteuerung des Arbeitseinsatzes bei solchen Schwankungen hat für die Unternehmen den Vorteil, dass Fixkosten der Personalanpassung (wie z. B. Einstellungs- und Einarbeitungskosten) vermieden werden. Dann ist es aber einleuchtend, dass auch und verstärkt moderne Formen der Arbeitszeitflexibilisierung eingeführt werden.

Die wichtigste traditionelle Möglichkeit, um die Arbeitszeit zunehmendem Arbeitsanfall anzupassen, besteht wohl in bezahlten (definitiven) Überstunden. Allerdings kann mit diesem Instrument nur die tatsächliche Arbeitszeit nach oben angepasst werden. Eine Anpassung unter die tarifliche/betriebsübliche Arbeitszeit kann hiermit nicht erfolgen. Von den traditionellen Instrumenten eignet sich dazu prinzipiell nur die Kurzarbeit, diese kann jedoch wegen der rechtlichen Bedingungen nicht als regelmäßiges Instrument, z. B. zur Anpassung der Arbeitszeit an saisonbedingte Auftragsschwankungen, verwendet werden.

Werden geleistete Überstunden nun nicht bezahlt, sondern in Freizeit ausgeglichen (transitorische Überstunden), so wird eine solche Unterschreitung der Regelarbeitszeit möglich. Die Regelarbeitszeit gilt dann für jeden Beschäftigten nur im

Durchschnitt, Abweichungen nach oben oder unten werden auf einem Arbeitszeitkonto verrechnet und müssen innerhalb festgelegter Zeiträume ausgeglichen werden. Neben der symmetrischen Anpassungsmöglichkeit bietet dieses moderne Arbeitszeitinstrument den weiteren Vorteil, dass in einem gewissen Rahmen keine Zuschläge anfallen und in der Regel auch keine Genehmigung durch einen Betriebsrat notwendig ist, wenn die Konten erst einmal eingeführt sind. Damit können Arbeitszeitkonten für die Unternehmen zu einer Senkung der Arbeitskosten führen. Gleichzeitig können sie auch für die Beschäftigten Vorteile bieten, z. B. im Hinblick auf die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit.

Die Möglichkeit, Arbeitszeitkonten zu führen, ist eine notwendige Folge der Einführung flexibler Arbeitszeiten und inzwischen in vielen Tarifverträgen vorgesehen.²² Die Regelungen unterscheiden sich dabei geringfügig hinsichtlich der maximal möglichen Salden und der Fristen für den Ausgleich. Insgesamt wird nach der ISO-Umfrage (1999) in Deutschland bereits für 37 % aller Beschäftigten ein Arbeitszeitkonto geführt.

Die gestiegene Zahl von Arbeitsverhältnissen mit Arbeitszeitkonten macht es notwendig, über eine geeignete Aufnahme in die Arbeitszeitrechnung (vgl. Tabellen 3a - c) und damit den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang nachzudenken. Für die traditionellen Formen der Arbeitszeitflexibilisierung, bezahlte Überstunden und Kurzarbeit, ist dies längst geschehen. Da aber die Bedeutung der Arbeitszeitkonten schon groß ist und vermutlich noch weiter wachsen wird, ist hier eine Nachrüstung der Analysen notwendig.

Für gesamtwirtschaftliche Fragestellungen wie die Arbeitszeitrechnung sind nun nicht alle Komponenten von flexiblen Regelungen mittels Arbeitszeitkonten relevant: So ist für unsere Zwecke die Verteilung der Arbeitszeit über einen Tag oder eine Woche unerheblich. Anders sieht es aus, wenn flexible Arbeitszeitverteilungen über Quartals- oder gar Jahresgrenzen hinweg möglich sind: Solche Regelungen können durchaus (die Schwankungen von) Beschäftigung und Produktivität beeinflussen.

²¹ Vgl. Groß, H., Munz, E.: Erste Ergebnisse einer 1999 durchgeführten repräsentativen Beschäftigtenbefragung zu Arbeitszeitformen und -wünschen, Köln, 1999.

²² Einen Überblick bietet etwa Bispinck, R.: Arbeitszeitkonten, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf, 1998.

Bevor nun ein Konzept vorgestellt wird, mit dem die Bedeutung von Arbeitszeitkonten für die Arbeitszeitrechnung und den gesamtwirtschaftlichen Kontext quantifiziert werden kann, soll zunächst kurz auf die Entwicklung der bezahlten Überstunden im Zeitablauf eingegangen werden. Da die langjährige Entwicklung der bezahlten Überstunden bereits an anderer Stelle²³ ausführlich analysiert wurde, werden hier nur die Aspekte referiert, auf die später noch zurückgegriffen werden soll.

Entwicklung der traditionellen Instrumente

Betrachtet man die Zahl der definitiven bezahlten Überstunden in Westdeutschland, so erkennt man, dass diese im Zeitablauf trendmäßig zunächst stark gesunken sind: Leistete ein Arbeitnehmer in den siebziger Jahren noch durchschnittlich über 100 Überstunden im Jahr (1970 sogar 157), so waren es im Boomjahr 1990 noch nicht einmal 70 Stunden, 1999 gar nur gut 61 Stunden (Westdeutschland). Diese trendmäßige Abnahme lässt sich auch aus Struktureffekten erklären: Erstens veränderte sich die Wirtschaftsstruktur zu Gunsten von Wirtschaftszweigen mit traditionell weniger bezahlten Überstunden (insbesondere Dienstleistungsbereich), und zweitens weist die Beschäftigtenstruktur heute mehr Teilzeitarbeitskräfte und einen höheren Frauenanteil auf (mit ebenfalls traditionell weniger Überstunden).

Der Überstundenanteil an der gesamten Arbeitszeit ist bis zum Anfang der 80er Jahre ebenfalls merklich gesunken, seit dieser Zeit bleibt er aber bei etwa 4 % nahezu konstant, da die gesamte Arbeitszeit aufgrund von tariflichen Arbeitszeitverkürzungen und einer Zunahme des Teilzeitanteils im gleichen Zeitraum ebenfalls gesunken ist.

Im Zusammenhang mit der Flexibilisierungsdebatte interessieren nun weniger Niveau und Trend bei den Überstunden, sondern vielmehr ihre Reaktion auf geänderte (z. B. konjunkturelle) Rahmenbedingungen. Nach einer Umfrage im Auftrag des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums 1996²⁴ waren Überstunden mit 52,6 % die häufigste Arbeitszeitmaßnahme zur Anpassung an Produktionsschwankungen der Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe.

In den 90er Jahren wurden die Veränderungen bei den Überstunden überwiegend durch die Outputfluktuation und Kalenderunregelmäßigkeiten beeinflusst.²⁵ Allerdings führen die Überstunden nicht zu einem vollständigen Ausgleich, so dass die Entwicklung der Stundenproduktivität nicht glatt verläuft.

Die Kurzarbeit hat im Vergleich zur Vergangenheit als konjunkturelles Anpassungsinstrument stark an Bedeutung verloren. In der Rezession 1993 wurde Kurzarbeit noch stark dazu genutzt (Fallzahlen von über 750.000). Bedingt durch die Neuregelungen bei der Renten- und Krankenversicherungszahlung in den 90er Jahren, die Kurzarbeit für die Unternehmen verteuerten, gingen Fallzahlen und Ausfallvolu-

men danach stark zurück (1999: 92.000 Fälle). Der verbleibende Sockel scheint strukturelle Gründe zu haben, so dass der Schluss nahe liegt, dass Kurzarbeit von den Unternehmen nicht mehr als zeitliches Anpassungsinstrument an kurzfristige Schwankungen genutzt wird.

Die Entwicklung in Ostdeutschland ist wegen des immer noch andauernden Anpassungsprozesses bei den bezahlten Überstunden in Teilen anders als die im Westen. Zwar lässt sich auch hier ein Schwanken der bezahlten Überstunden mit Konjunktur und Saison beobachten, allerdings folgt die Überstundenentwicklung insgesamt einem noch leicht steigenden Trend bei geringerem Niveau als in den westdeutschen Bundesländern.

Bei der Kurzarbeit lässt sich derselbe quantitative Bedeutungsverlust feststellen wie in Westdeutschland. Während Kurzarbeit am Anfang der 90er Jahre mit hohen Ausfallvolumina vielfach auch als Alternative zu Entlassungen eingesetzt wurde, glichen sich Nutzung und Ausfallvolumen in den letzten Jahren an die westdeutschen Werte an. Der verbleibende Sockel von um die 30.000 Fällen pro Jahr ist damit auch hier strukturell zu erklären.

Die Entwicklung von transitorischen Überstunden und Arbeitszeitkonten(salden)

Während für die bezahlten Überstunden relativ viele Daten aus unterschiedlichen Quellen vorliegen, existieren zur Analyse transitorischer Überstunden bzw. des Auf- und Abbaus von Arbeitszeitkonten kaum empirische Erhebungen. Da aber ihre Berücksichtigung in der Arbeitszeitrechnung und in gesamtwirtschaftlichen Untersuchungen der Vollständigkeit halber wünschenswert und wegen der wachsenden Bedeutung auch für die Zukunft notwendig ist, muss versucht werden, aus dem vorhandenen Datenmaterial eine möglichst gut belegte Schätzung für diesen Bereich der Überstunden zu unternehmen. Die folgenden Ausführungen beschreiben einen Ansatz, wie vorhandene Informationen im Hinblick auf eine zukünftige Aufnahme in die Arbeitszeitrechnung des IAB verarbeitet werden können.²⁶

Für die Ermittlung der Quartals- und Jahresarbeitszeit sowie ihrer Schwankungen bei der Arbeitszeit ist es nun nicht wichtig zu wissen, wie viele Stunden die Beschäftigten insgesamt auf ihren Arbeitszeitkonten per Saldo angespart haben, sondern nur, wie sich die Salden verändern. In die Arbeitszeitrechnung werden deshalb die Veränderungen der Arbeitszeitkontensalden aufgenommen.

Es ist grundsätzlich zu vermuten, dass auf diese Veränderungen ganz ähnliche Einflussgrößen wirken, wie auf die Veränderungen bei den geleisteten bezahlten Überstunden. Wie oben schon gezeigt, kann ein Teil der Schwankungen bei den bezahlten Überstunden durch die Konjunktur erklärt werden, ein weiterer durch den Saisoneffekt. Auch die Veränderungen bei den potenziellen Arbeitstagen beeinflussen die Schwankungen bei den bezahlten Überstunden. Diese Einflussgrößen können auch für die Entwicklung der Arbeitszeitkontensalden als wichtig unterstellt werden.

Allerdings folgen, wie ebenfalls oben dargestellt, die bezahlten Überstunden einem abnehmenden Trend, während wegen der Zunahme der Nutzung von Arbeitszeitkonten bei den transitorischen mit einem ansteigenden Trend zu rechnen ist.

Bei der Schätzung des Arbeitszeitkontenauf- bzw. -abbaus gehen wir deshalb davon aus, dass diese nur dem Verlauf der

²³ Vgl. Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1997 und 1998, in MittAB 1/98, S. 36 ff.

²⁴ Vgl. Bauer, F., et. al.: Betriebszeiten 1996, Ergebnisse einer repräsentativen Betriebsbefragung zu Betriebs- und Arbeitszeiten im verarbeitenden Gewerbe, Köln, u. a. 1998.

²⁵ Zu diesem Ergebnis führt eine Regressionsanalyse auf der Basis von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes und der Arbeitszeitrechnung des IAB.

²⁶ Eine ausführliche, auch formale Darstellung des Konzepts erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Übersicht 2: Jährliche Veränderungen der Arbeitszeitkontensalden in Stunden

Wirtschaftszweige	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 1,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	+ 1,3	- 1,6	- 0,6	- 0,4	- 0,6	+ 1,5
Prod.Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 1,6	+ 0,4	- 2,4	- 0,5	+ 2,5	- 2,9	- 1,5	- 1,0	- 0,6	+ 3,1
Baugewerbe	+ 0,3	+ 0,2	- 0,5	+ 0,3	+ 1,9	- 2,3	- 1,0	- 0,7	- 0,9	+ 2,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 1,2	+ 0,3	- 1,7	- 0,2	+ 2,1	- 2,5	- 1,3	- 0,8	- 0,6	+ 2,5
Finanzierung, Vermiet., Unternehmensdienstl.	+ 1,6	+ 0,4	- 1,7	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 1,1	- 0,7	- 0,5	+ 2,3
Öffentliche und private Dienstleister	+ 1,7	+ 0,5	- 2,4	- 0,3	+ 3,0	- 3,6	- 1,8	- 1,2	- 0,9	+ 3,6
Wirtschaft insgesamt	+ 1,4	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	+ 2,4	- 2,9	- 1,4	- 0,9	- 0,7	+ 2,9
davon: Westdeutschland	+ 2,7	+ 0,6	- 2,9	- 0,6	+ 2,6	- 3,0	- 1,6	- 1,0	- 0,5	+ 3,3
Ostdeutschland	+ 1,6	- 2,3	- 0,8	- 0,7	- 1,7	+ 1,0

Quelle: Berechnungen des IAB auf der Basis von Daten des ISO-Instituts

Überstundenresiduen, die nach Abzug des (als linear unterstellten) Trends noch vorhanden sind, folgen.

Berechnet man eine solche Trendgerade auf Basis von Quartalswerten, so erhält man Residuen bei den bezahlten Überstunden, die sich in einer Bandbreite von - 2,3 bis + 2,3 Stunden pro Quartal bewegen.

Die nächste Frage, die beantwortet werden muss, ist die nach dem Größenverhältnis zwischen bezahlten und transitorischen Überstunden. Hierzu kann auf die Arbeitszeitbefragungen²⁷ des ISO-Instituts zurückgegriffen werden. Aus diesen Daten ist bekannt, wie sich in Westdeutschland die Relation der wöchentlichen bezahlten zu den transitorischen Überstunden je Arbeitnehmer geändert hat: War 1989 das Verhältnis bezahlte zu transitorische Überstunden 1:0,6, so betrug es 1999 schon 1:1,2, erstmals wurden 1999 im Durchschnitt mehr in Freizeit ausgeglichene als bezahlte Überstunden geleistet.²⁸

Unterstellt man weiter, dass die Relation zwischen bezahlten und transitorischen Überstunden auch bei einem Abbau erhalten bleibt, so kann man aus den Überstundenresiduen und der Relation den Auf- bzw. Abbau der Arbeitszeitkontensalden über die Zeit schätzen. Aus dieser Schätzung prognostizieren wir, dass für das Jahr 2000 in Westdeutschland wegen des Anziehens der Konjunktur ein Aufbau der Salden der Arbeitszeitkonten um gut 3,3 Stunden je Beschäftigten und Jahr zu erwarten ist.

Für Ostdeutschland kann prinzipiell die gleiche Vorgehensweise verwendet werden. Allerdings können hier die Saldenveränderungen erst ab 1995 ermittelt werden, da die Jahre vorher noch zu stark unter Sondereinflüssen standen und auch die ISO-Befragung 1995 erstmals für Ostdeutschland durchgeführt wurde. Weiterhin gibt es in Ostdeutschland anteilmäßig etwas weniger Beschäftigte mit Arbeitszeitkonten (32 % gegenüber 38 % im Westen). Insgesamt kann nach dieser Schätzung ein Aufbau der Salden der Arbeitszeitkonten

im Jahr 2000 um durchschnittlich etwa eine Stunde erwartet werden.

Die Entwicklung der Arbeitszeitkontensalden über die Zeit ist in Übersicht 2 abzulesen. Man erkennt, dass konjunkturelle Aufschwungsphasen mit einem Aufbau der Salden einhergehen (Im Westen etwa die Jahre 1991 und 2000), während die Salden bei schwacher Konjunktur abgebaut werden (im Westen 1993, 1996).

Für die Arbeitszeitrechnung des IAB ist es nun weiter notwendig, die Veränderung der Arbeitszeitkontensalden auch getrennt nach Wirtschaftszweigen auszuweisen. Als erste Näherung an eine solche Schätzung wird der unterschiedlichen Verbreitung der Arbeitszeitkonten in den einzelnen Wirtschaftszweigen²⁹ durch einen Umrechnungsfaktor Rechnung getragen, der aus den Anteilen der Beschäftigten mit Arbeitszeitkonten in den jeweiligen Zweigen ermittelt wird. Die Ergebnisse dieser Schätzung, Größenordnung und Verlauf betreffend, sind ebenfalls in Übersicht 2 abzulesen. In Zukunft soll die Rechnung nach Möglichkeit dahingehend erweitert und verbessert werden, dass auch die wirtschaftszweigspezifischen Relationen zwischen bezahlten und transitorischen Überstunden berücksichtigt werden.

Auswirkungen auf Produktivität und Beschäftigung

Die verstärkte Nutzung von transitorischen Überstunden und Arbeitszeitkonten hat natürlich auch Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Aggregatgrößen. Als erste Auswirkung ist die auf die durchschnittliche Arbeitszeit der Beschäftigten zu nennen. Hier sind zwei Komponenten zu unterscheiden: Zum einen dürften Arbeitszeitkonten es erleichtern, bei einer geringeren Anzahl von Arbeitstagen im Quartal oder Jahr die Arbeitszeit auszudehnen und umgekehrt. Zum anderen führen sie wegen ihrer Konjunkturreaktivität dazu, dass das Arbeitszeitaggregat insgesamt stärker auf gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwankungen reagiert. Der Verlauf der Arbeitszeit mit und ohne Arbeitszeitkontensalden findet sich in Schaubild 6. Man erkennt dort, dass die Berücksichtigung der Arbeitszeitkontensalden in der Regel die Schwankungen der Arbeitszeit erhöht.

Wirkt sich nun die verstärkte Nutzung von Arbeitszeitkonten auch auf die Beschäftigung aus und wenn ja, wie? Um diese Frage zu beantworten, ist es sinnvoll, zwei Wirkungskanäle zu unterscheiden: Erstens erhöhen Arbeitszeitkonten für sich genommen die betriebliche Flexibilität und damit die Wettbewerbsfähigkeit. Zweitens kann die Umwandlung definiti-

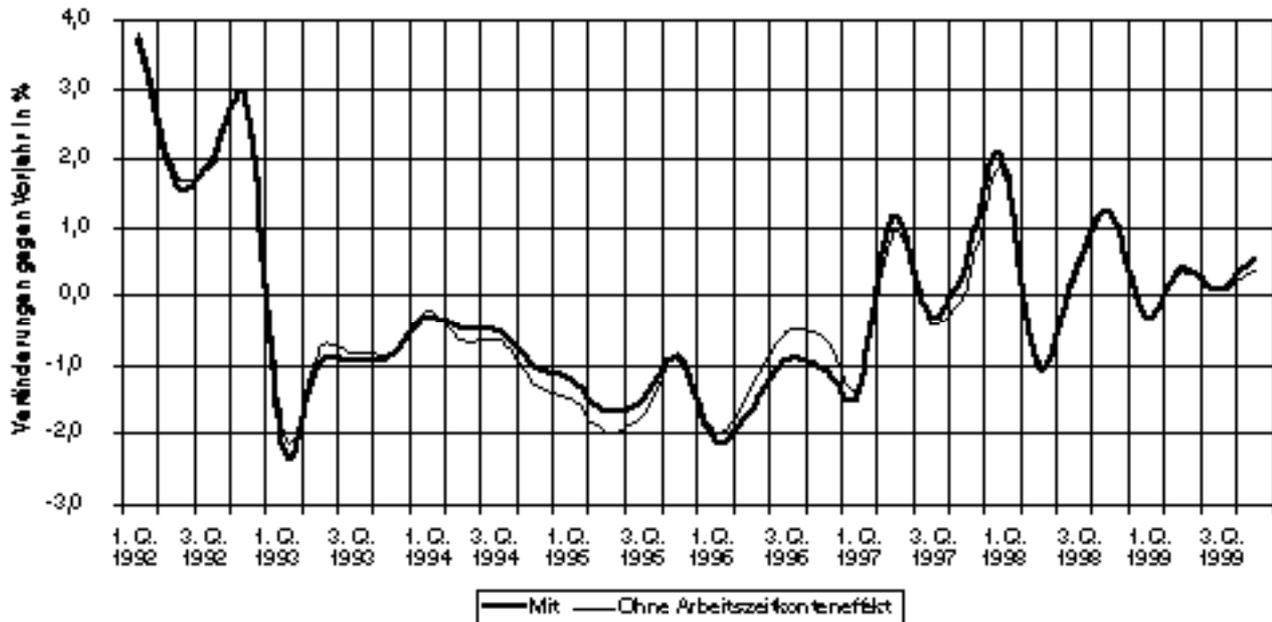
²⁷ Vgl. Groß, Munz, a. a. O., Übersicht 1.

²⁸ Zu beachten ist allerdings, dass hier nur nach der Zahl von geleisteten transitorischen Überstunden, nicht aber nach der Zahl der ausgeglichenen Stunden gefragt wurde. Man könnte deshalb eine Verzerrung der Anzahl der transitorischen Überstunden nach oben erwarten. Andererseits wird auch bei den bezahlten Überstunden nur die positive Leistung abgefragt, nicht aber, inwieweit in auftragsschwachen Zeiten weniger/langsamer gearbeitet wird. Insofern sollte die Verzerrung nach oben bei den transitorischen Überstunden nicht zu stark sein.

²⁹ Aus der Arbeitszeitbefragung 1999 des ISO-Instituts geht hervor, dass in Westdeutschland der Anteil der Beschäftigten mit Arbeitszeitkonto zwischen 27% (Handel) und 56% (Bergbau) liegt; vgl. Groß, H., Munz, E.: Arbeitszeitkonten, Verbreitung, Struktur, Nutzen, Köln, 1999.

Schaubild 6:

Entwicklung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer mit bzw. ohne Arbeitszeitkonteneffekt



Quelle: Berechnungen des IAB

ver in transitorische Überstunden beschäftigungsfördernd oder zumindest -stabilisierend wirken. Beide Komponenten werden im Folgenden ausführlicher analysiert.

Zur betrieblichen Flexibilität: Hier sind wiederum zwei Dimensionen zu unterscheiden. Zunächst kann, sieht man einmal vom Verwaltungsaufwand für Einführung und Pflege der Arbeitszeitkonten ab, die Arbeitszeit der einzelnen Beschäftigten in sehr weiten Grenzen nahezu kostenlos variiert werden. Dies bedeutet, dass es deutlich einfacher und billiger wird, die Arbeitszeit an die betrieblichen Erfordernisse anzupassen. Folglich wird der Faktor Arbeit (u. U. auch relativ zu Kapital) billiger, die Produktion lässt sich besser an die Nachfrage anpassen und die Unternehmung wird somit wettbewerbsfähiger.

Die zweite Dimension der Flexibilität betrifft den Zusammenhang von Arbeitszeit und Betriebszeit: Während die Arbeitszeiten in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gesunken sind, haben sich die Betriebszeiten, zumindest im verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1984 - 1996 erhöht.³⁰ Eine solche gegenläufige Entwicklung wurde ermöglicht durch fortschreitende Arbeitszeitflexibilisierung. Für die einzelne Unternehmung bedeutet eine Ausweitung der Betriebszeit eine Senkung der Kapitalkosten und damit eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktionsmöglichkeiten.

³⁰ Vgl. Bauer, F. et. al., a. a. O., Tabelle B.3-1.

³¹ Wie auf längere Sicht Betriebszeitflexibilisierungen die Investitionstätigkeit und damit auch das Produktionspotenzial gesamtwirtschaftlich beeinflussen, ist offen.

³² Dass eine solche Strategie für Unternehmen durchaus rational sein kann und auch betriebliche Praxis ist, zeigt eine Analyse auf Firmenebene mit Daten des IAB-Betriebspanels, die diese Annahme stützt, vgl. Kölling, A.: Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt, Eine Analyse der dynamischen Arbeitsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland, BeitrAB 217, 1998.

³³ Eine solche Umwandlung hat offensichtlich in den Betrieben (des verarbeitenden Gewerbes) bereits stattgefunden, denn in Betrieben mit Arbeitszeitkonten werden durchschnittlich deutlich weniger bezahlte Überstunden geleistet als in Betrieben, in den keine Arbeitszeitkonten geführt werden (2,8 bzw. 4,6 Stunden pro Woche, vgl. Bauer, F., et. al., a. a. O., Tabelle C.4-6).

³⁴ Vgl. o.V.: Maschinenbaukonjunktur aktuell, Dezember 1999, Abschnitt A.6.

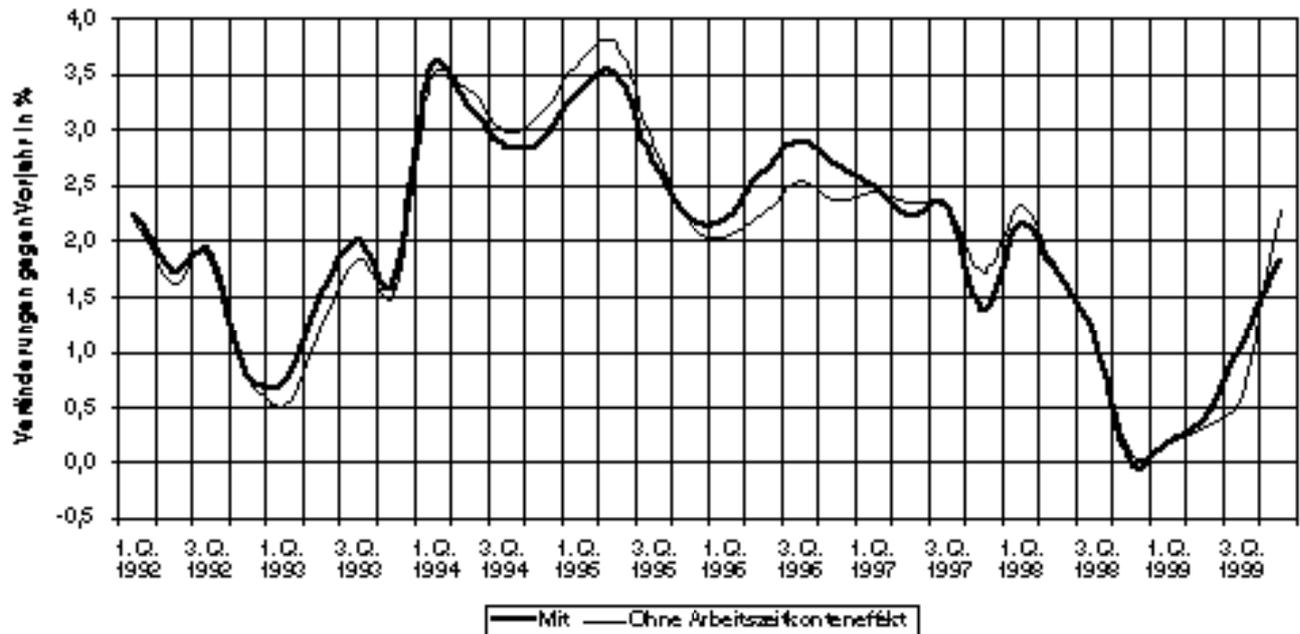
Gesamtwirtschaftlich gesehen erhöht eine Verlängerung der Betriebszeiten bei gegebenem Kapitalstock das Produktionspotenzial.³¹ Arbeitszeitkonten machen es nun den Betrieben leichter, auch ihre Betriebszeiten schnell und flexibel an veränderte Nachfragesituationen anzupassen, und machen damit die Wirtschaft insgesamt wettbewerbsfähiger.

Insgesamt kann also durch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit die Produktion und somit auch die Beschäftigung gegenüber einer Situation ohne flexible Arbeitszeitregelungen gesteigert werden.

Der zweite Wirkungskanal, über den die Nutzung von Arbeitszeitkonten Einfluss auf die Beschäftigung haben kann, ist die Umwandlung von definitiven Überstunden, die beschäftigungsschädlich wirken können, in beschäftigungsneutrale transitorische bei gegebener Produktion. Während erstere nämlich auch dazu benutzt werden können, eine dauerhafte Anpassung der Arbeitsnachfrage vorzunehmen³², verbietet sich diese Praxis bei letzteren schon durch ihre Konstruktion. Eine Umwandlung zumindest eines Teils der definitiven (bezahlten) Überstunden in transitorische³³ könnte deshalb die Beschäftigung in den Betrieben erhöhen, ohne die Flexibilität einzuschränken – im Gegenteil gewinnen die Betriebe zusätzlich die Möglichkeit, die Arbeitszeit (und damit nötigenfalls auch die Betriebszeit) nach unten anzupassen und so im Abschwung Entlassungen zu verhindern. Diese Überlegung deutet darauf hin, dass dieser Aspekt der Arbeitszeitkonten eher beschäftigungssichernd als beschäftigungsschaffend wirkt. Das legt den Schluss nahe, dass die Nutzung von Arbeitszeitkonten zu einer zunehmenden Entkopplung von Output- und Beschäftigungsschwankungen führen kann – eine Entwicklung, die sich z. B. im Maschinenbau für die Jahre 1998 und 1999 schon zeigen lässt.³⁴

Wie groß der Einfluss der Arbeitszeitflexibilisierung auf die Output- und Beschäftigungsentwicklung der neunziger Jahre (vgl. Tabelle 1, Teil A) war, lässt sich im Nachhinein natürlich nicht quantifizieren. Aus den Wirkungen auf die Arbeitszeit ergibt sich aber, dass bei der Nutzung von Arbeitszeitkonten

Schaubild 7:
Entwicklung der Stundenproduktivität mit bzw. ohne Arbeitszeitkonteneffekt



Quelle: Berechnungen des IAB

die Schwankungen der Stundenproduktivität gedämpft werden: Wenn das Arbeitsvolumen stärker mit dem gesamtwirtschaftlichen Produkt schwankt, verläuft der Quotient glatter. Während sich dieser Effekt bei einem bloßen Blick auf die Verläufe (vgl. Schaubild 7) noch nicht unbedingt zeigt, wird er deutlich, wenn man als Maß für diese Schwankungsdämpfung die mittlere quadratische Abweichung der Wachstumsraten bei den Stundenproduktivitäten heranzieht: Wie aus Übersicht 3 hervorgeht, führt die Einführung der Arbeitszeitkontenveränderungen in die Arbeitszeitrechnung bei gegebenem Outputwachstum dazu, dass die mittlere quadratische Abweichung der Quartalswachstumsraten der Stundenproduktivität kleiner wird. Dies gilt sowohl gesamtwirtschaftlich als auch für jeden der sechs Wirtschaftszweige separat.

Übersicht 3: Mittlere quadratische Abweichungen der Stundenproduktivitätswachstumsraten ¹⁾

Wirtschaftszweige	Ohne	Mit
	Arbeitszeitkonteneffekt	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48,0	46,0
Prod. Gewerbe ohne Baugewerbe	6,3	6,0
Baugewerbe	7,1	7,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,6	2,2
Finanzierung, Vermiet., Unternehmensdienstl.	3,0	3,0
Öffentliche und private Dienstleister	1,3	1,2
Wirtschaft insgesamt	1,0	0,9

¹⁾ Quartale 1991 - 2000
 Quelle: Berechnungen des IAB

Im Ganzen kann man also erwarten, dass die Nutzung von Arbeitszeitkonten mindestens beschäftigungssichernd wirkt. In dem Maße, in dem durch ihre Einführung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert wird, sind auch beschäftigungssteigernde Effekte zu vermuten, wobei eine

Quantifizierung dieses Effekts weiterer Untersuchung bedarf. Die Schwankungen der Stundenproduktivität werden wegen der besseren Anpassung des Arbeitszeitaggregats an die Outputentwicklung in jedem Fall verringert.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sind derzeit gut. Gleichwohl gibt es auch Unsicherheiten und Schattenseiten. Deshalb liegt unserer Arbeitsmarktprojektion 2000 eine Bandbreite von Annahmen für das reale Wirtschaftswachstum zugrunde. Sie schließt die Möglichkeit einer langsamen konjunkturellen Gangart (Bruttoinlandsprodukt + 2 %) ebenso wenig aus wie eine Beschleunigung des Aufschwungs (+ 3 %).

Die größte Eintreffenswahrscheinlichkeit geben wir heute aber der mittleren Variante (BIP + 2^{1/2} %). Denn günstige Bedingungen auf der Nachfrageseite und auf der Angebotsseite der Gütermärkte lassen im Jahr 2000 ein anhaltend kräftiges Wirtschaftswachstum erwarten. Dies dürfte eine Wende des bisherigen Beschäftigungstrends herbeiführen. Der allmähliche, beschleunigte Anstieg der Erwerbstätigenzahl wird unterstützt durch den Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit, denn die kalenderbedingt geringere Zahl von Arbeitstagen wird nur zum Teil durch Arbeitsintensivierung oder Mehrarbeit ausgeglichen. Anders als im Vorjahr, in dem die Beschäftigung übers Jahr stagnierte und sich der jahresdurchschnittliche Anstieg allein aus einem statistischen Übergang ergeben hatte, folgt die Zunahme 2000 ganz aus der Dynamik im Jahresverlauf. Wir rechnen mit einer Zunahme der Erwerbstätigen um 0,4 % bzw. + 160.000 Personen im Jahresdurchschnitt.

Die Belegung der Arbeitskräftenachfrage konzentriert sich allerdings auf die alten Bundesländer. In Ostdeutschland werden positive Entwicklungen von dämpfenden Einflüssen überlagert. Zwar ist auch in Ostdeutschland mit einer wirtschaftlichen Belebung zu rechnen, aber das Wachstum bleibt infolge der anhaltenden Baurezession erneut hinter dem Wes-

ten zurück (BIP + 2 %). Dennoch könnte der jahrelange Rückgang der nicht durch ABM und SAM gestützten Beschäftigung allmählich auslaufen. Diese Maßnahmen dürften sich zwar auf etwas niedrigerem Niveau einpendeln. Sie bilden aber nach wie vor eine starke Stütze der ostdeutschen Beschäftigungslage.

Der Arbeitsmarkt 2000 wird in West und Ost erneut auf der Angebotsseite entlastet, denn das Erwerbspersonenpotenzial nimmt um insgesamt 0,2 Mio. Personen ab. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte dann um 225.000 auf rd. 3,88 Mio. im Jahresdurchschnitt sinken. Von jahreszeitlichen Schwankungen abgesehen, dürfte diese Tendenz übers Jahr anhalten. Zum Ende hin könnte sie den Vorjahresstand um rd. 0,3 Mio. unterschreiten. Die Stille Reserve dürfte jahresdurchschnittlich um rd. 0,1 Mio. Personen abnehmen.

Für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität (je Stunde) erwarten wir in der mittleren Variante eine Zunahme um rd. 3 %. Eine Bereinigung um Auslastungs- und Arbeitstageeffekte führt zu einer Rate in Höhe von 2¹/₂ %. Diese Rate könnte als eine gesamtwirtschaftliche Orientierungsgröße in den Lohnfindungsprozess einbezogen werden.

Das zurückhaltende Szenario dieser Alternativrechnung (BIP + 2 %) führt zwar zu einer spürbar schwächeren Entwicklung der Erwerbstätigenzahl (+ 0,2 % bzw. + 90.000 Personen). In Verbindung mit der Angebotsentlastung ergibt sich aber dennoch ein kräftiger Rückgang der Arbeitslosenzahl (um - 160.000 auf 3,94 Mio).

Das optimistische Szenario nimmt eine kräftige Wachstumsbeschleunigung an (BIP + 3 %) und führt zu einer starken Beschäftigungsdynamik im Jahresverlauf 2000, die allmählich auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt erfasst. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland könnte dann um gut 0,2 Mio. zunehmen. Bei anhaltendem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials würde die Zahl der Arbeitslosen um knapp 0,3 Mio. auf rd. 3,83 Mio. im Jahresdurchschnitt abnehmen.

Aus heutiger Sicht halten wir allerdings eine Entwicklung oberhalb der von uns präferierten *mittleren* Variante für wahrscheinlicher als eine im unteren Bereich, vor allem, weil die Signale aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld auf eine anhaltende Aufwärtsbewegung hindeuten.

Sowohl Weltproduktion als aus Welthandelsvolumen wachsen beschleunigt, nicht zuletzt weil die konjunkturelle Entwicklung in den Krisenregionen der jüngsten Vergangenheit sich stabilisiert bzw. deutlich verbessert hat. Neue Krisenherde mit weltweit rezessiven Konjunktureffekten sind zurzeit nicht auszumachen. Dies dürfte die Arbeitskräftenachfrage in Deutschland weiter beleben.

Auf der Angebotsseite wurde der deutsche Arbeitsmarkt in den letzten Jahren entlastet. Nach hohen Zunahmen bis Mitte der 90er Jahre stagnierte das Erwerbspersonenpotenzial und nimmt seitdem kräftig ab. Hauptursache dafür ist die demografische Komponente. Nach zunächst unterschiedlichen Entwicklungslinien in West- und Ostdeutschland zeigen sich allmählich gleichgerichtete Gesamttendenzen. Dieser Trend wird aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren anhalten.

Schließlich dürfte auch die zunehmende Flexibilisierung durch Arbeitszeitkonten die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessern: Arbeitszeitkonten wirken zumindest beschäftigungsstabilisierend, da sie eine bessere Anpas-

sung der Arbeitszeit an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ermöglichen. Daraus entstehende Kostensenkungen erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und können so zu einer Steigerung der Produktion sowie der Beschäftigung beitragen.

Ausblick auf das Jahr 2001

Die Chancen auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung sind groß. Es mehren sich die Signale aus dem Inland wie aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld, die über das Jahr 2000 hinaus auf anhaltend kräftiges Wirtschaftswachstum hoffen lassen. Dennoch sollten auch für das Jahr 2001 die Risiken nicht aus dem Blickfeld geraten. Allerdings werden sie derzeit allgemein gering eingeschätzt. So enthalten vorliegende Wirtschaftsprognosen namhafter Institute und Institutionen Wachstumsraten um die 3 %. Ausgehend von dieser Annahme stellen wir erste, vorläufige Überlegungen zur Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 2001 an.

Bei einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 3 % rechnen wir mit einer weiter, zunehmenden Stärkung der Arbeitsnachfrage: Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um rd. 250.000 Personen (+ 0,7 %) im Jahresdurchschnitt ansteigen. Dies gibt dem Arbeitsmarkt weitere positive Impulse. Das Arbeitsangebot wird 2001 erneut entlastet, denn das Erwerbspersonenpotenzial dürfte um rd. 100.000 Personen abnehmen. Allerdings fällt die Entlastung schwächer aus als im laufenden Jahr.

Die Arbeitsmarktbilanz könnte sich dann weiter deutlich verbessern: Wir rechnen mit rd. 3,6 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2001. Das wären fast 250.000 weniger als der von uns für die mittlere Variante 2000 erwartete Bestand. Die Stille Reserve dürfte 2001 ebenfalls weiter abschmelzen (- 110.000 Personen).

Allerdings betrifft diese Besserung wiederum vor allem Westdeutschland. Wir haben deshalb unterstellt, dass die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland nur behutsam zurückgenommen werden. Ostdeutschland könnte allerdings Anschluss an die Beschäftigungsentwicklung finden, denn die expansiven Kräfte des ersten Arbeitsmarktes dürften allmählich die Oberhand gewinnen.

Methodische Anmerkungen

Der Arbeitsmarktprojektion seien *folgende methodischen* Anmerkungen nachgestellt:

- Die Analyse und die Vorausschau der Arbeitsmarktentwicklung sind derzeit mit größeren Schwierigkeiten behaftet als früher, denn die (revidierte) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes liefert nur gesamtdeutsche Daten. Für Produktion und Beschäftigung gibt es vorläufig keine nach West und Ost gegliederten Zeitreihen mehr. Insbesondere auf der Nachfrageseite der Arbeitsmarktbilanz zwingt die Datenlage derzeit zu Fortschreibungen anhand bruchstückhafter Informationen aus Bereichsstatistiken sowie Plausibilitätserwägungen. Die hier vorgelegten Erwerbstätigenzahlen für West- und Ostdeutschland sind das Ergebnis eigener Berechnungen auf Grundlage der gesamtdeutschen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, der Ost/West-Verteilungen nach der alten VGR (vor der großen Revision) und der Beschäftigtenstatistik der BA sowie des Mikrozensus. Mangels entsprechender Daten bezüglich der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts kann keine Zeitreihe der Produktivitätsentwicklung für West und Ost aus-

Übersicht 4: Registrierte Arbeitslose (BA) und Erwerbslose (VGR)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Jahresdurchschnitte in 1000									
Registrierte Arbeitslose ¹⁾	2.602	2.979	3.419	3.698	3.612	3.965	4.384	4.279	4.099
Erwerbslose ²⁾	2.208	2.621	3.112	3.315	3.198	3.498	3.907	3.710	3.563
Differenz in 1000	+ 394	+ 358	+ 307	+ 383	+ 414	+ 467	+ 477	+ 569	+ 536
Erwerbslose in % der Arbeitslosen	85	88	91	90	89	88	89	87	87

¹⁾ Bundesanstalt für Arbeit

²⁾ Statistisches Bundesamt; Abgrenzung nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

gewiesen werden. Die Angaben für 1999 beruhen auf Produktionsschätzungen anderer Institutionen.

- Die hier verwendete Definition der „registrierten Arbeitslosen“ entspricht der Abgrenzung nach dem § 118 SGB III, die auch den Zahlen der Geschäftsstatistik der BA zugrunde liegt. Die Zahl der „Erwerbslosen nach der ILO-Definition“, die auch vom Statistischen Bundesamt verwendet wird, liegt um rd. 1/2 Mio. Personen niedriger (vgl. Übersicht 4). Diese Differenz ergibt sich aus Unterschieden in Konzept und Methode der Erhebung, größtenteils aber aus der Nichterfassung von geringfügig beschäftigten arbeitslos gemeldeten Personen.

Nach der herrschenden Definition ist dieser Personenkreis zugleich in der Erwerbstätigenzahl des Statistischen Bundesamtes erfasst. Insoweit überschneiden sich also diese Aggregate. Die Frage nach der richtigen Zuordnung ist letztlich nur wertend zu beantworten. Betrachtet man den Wunsch eines arbeitslos gemeldeten legal geringfügig Beschäftigten nach einer anderen Voll- und Teilzeitarbeit als dominant, dann wäre seine Zuordnung zu den Arbeitslosen adäquat. Hält man den formalen Status („ist wie auch immer beschäftigt“) für entscheidend, dann wäre die Zuordnung zu den Erwerbstätigen richtig.

Diese Sachverhalte haben Konsequenzen für die absolute Höhe des Erwerbspersonenpotenzials. Da dieses (ex post) ad-

ditiv entsteht (Erwerbstätige + Arbeitslose + Stille Reserve), führt die o. g. Überschneidung in unseren Arbeitsmarktbalancen zu einer relativ geringen Überhöhung des Potenzials um knapp 0,5 %. Für die Vorausrechnungen spielt diese Überhöhung ohnehin keine Rolle, da es bei der Herleitung der Ergebnisse um *Veränderungen*, nicht um absolute Größen geht.

Dennoch ist zu vermerken, dass auch in den Arbeitslosenzahlen für 2000 und 2001 die o. g. zugleich geringfügig Beschäftigten enthalten sind.

Die Arbeitslosenstatistik der BA lässt keine Quantifizierung der Zahl der in ihr enthaltenen geringfügig Beschäftigten zu. Der Mikrozensus erlaubt eine Abschätzung dieser Personen: So werden für 1998 als „geringfügig beschäftigt und arbeitslos“ 168.000 Personen ausgewiesen (wobei „arbeitslos“ nicht mit „beim Arbeitsamt gemeldet“ gleichzusetzen ist), weitere 199.000 Personen sind „mehr als geringfügig beschäftigt und arbeitslos“. Die letztere Gruppe dürfte nicht in der Zahl der registrierten Arbeitslosen enthalten sein.

Berücksichtigt man gewisse Unschärfen im Antwortverhalten der im Mikrozensus befragten Personen, so kann man die Gesamtzahl der „geringfügig beschäftigten und arbeitslosen Personen“ 1998 mit 200.000 Personen ansetzen. Um diese Größenordnung ist demnach das von uns ausgewiesene Arbeitskräfteangebot durch doppelte Ausweisung überhöht.

Tabellenanhang

Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 2000

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000			
										Var. I	Var. II	Var. III	
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften													
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
Bruttoinlandsprodukt (real)	West	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,0
	Ost	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,8
	Insg.	+ 2,2	- 1,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,0
Bundesprodukt (BIP)	West	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 0,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,0
	Ost	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,8	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,8
	Insg.	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,2
Arbeitsnachfrage	West	+ 1,5	- 2,5	- 1,3	- 1,8	- 1,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,4	- 0,8	- 0,8
	Ost	- 3,0	- 1,8	+ 1,0	- 0,8	- 2,2	- 2,2	+ 0,8	+ 0,8	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 1,0
	Insg.	+ 0,9	- 2,4	- 0,9	- 1,3	- 1,8	- 0,7	+ 0,8	+ 0,8	- 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,2
Durchschnittliche Arbeitszeit	West	+ 0,3	- 1,3	- 0,4	- 1,1	- 0,7	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,8	- 1,1	- 0,9	- 0,7	- 0,7
	Ost	+ 11,8	+ 1,4	- 1,2	- 2,0	- 0,8	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2	- 1,2
	Insg.	+ 2,2	- 0,9	- 0,8	- 1,2	- 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,8	- 1,2	- 1,0	- 0,8	- 0,8
dav. Arbeitszeitgehalt	West	+ 1,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 1,3
	Ost	+ 1,4	+ 0,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 0,8	+ 1,2	+ 0,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8
	Insg.	+ 1,4	+ 0,1	- 0,8	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 1,3
Tägliche Arbeitszeit	West	- 1,1	- 1,4	- 0,0	- 0,7	- 0,6	+ 0,2	- 0,8	- 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8
	Ost	+ 10,0	+ 0,9	- 0,8	- 1,8	- 0,8	+ 0,4	- 0,8	- 0,8	- 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
	Insg.	+ 0,8	- 1,0	- 0,1	- 0,8	- 0,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8
Erwerbstätige	West	+ 1,3	- 1,8	- 0,8	- 0,4	- 0,8	- 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
	Ost	- 13,1	- 2,9	+ 2,2	+ 1,4	- 1,4	- 2,3	- 0,8	- 0,8	- 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,2
	Insg.	- 1,8	- 1,8	- 0,3	- 0,1	- 0,8	- 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8
Personen in 1000 bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000													
Erwerbstätige	West	30.770	30.338	30.128	29.888	29.888	29.888	29.788	29.888	30.020	30.020	30.120	30.120
	Ost	6.388	6.187	6.328	6.432	6.343	6.381	6.200	6.288	6.170	6.188	6.188	6.188
	Insg.	37.158	36.525	36.456	36.320	36.231	36.088	35.988	36.108	36.200	36.208	36.308	36.308
	West	+ 388	- 381	- 280	- 188	- 188	- 188	+ 188	+ 188	+ 181	+ 188	+ 188	+ 188
Ost	- 980	- 188	+ 188	+ 88	- 88	- 188	- 1	- 14	- 188	0	+ 188	+ 188	
Insg.	- 592	- 569	- 121	- 37	- 277	- 287	+ 188	+ 188	+ 188	+ 188	+ 218	+ 218	
Sobaldtätige und Mitarbeitende	West	3.187	3.187	3.244	3.288	3.388	3.377	3.372	3.372	3.382	3.382	3.382	3.382
	Ost	448	488	544	688	671	597	622	640	660	660	660	660
	Insg.	3.635	3.675	3.788	3.976	4.058	3.974	3.992	4.012	4.042	4.042	4.042	4.042
	West	+ 11	0	+ 47	+ 24	0	+ 48	+ 16	0	+ 18	+ 18	+ 18	+ 18
Ost	+ 51	+ 47	+ 52	+ 20	+ 7	+ 28	+ 28	+ 18	+ 18	+ 18	+ 18	+ 18	
Insg.	+ 62	+ 47	+ 99	+ 44	+ 7	+ 76	+ 46	+ 18	+ 18	+ 18	+ 18	+ 18	
Beschäftigte Arbeitsnehmer insgesamt	West	27.372	27.152	26.884	26.728	26.848	26.348	26.417	26.548	26.658	26.658	26.738	26.738
	Ost	8.848	8.798	8.792	8.888	8.778	8.884	8.878	8.848	8.848	8.848	8.848	8.848
	Insg.	36.220	35.950	35.676	35.616	35.626	35.232	35.295	35.396	35.506	35.506	35.586	35.586
	West	+ 348	- 381	- 387	- 187	- 188	- 184	+ 81	+ 121	+ 121	+ 121	+ 121	+ 121
Ost	- 1811	- 288	+ 87	+ 78	- 88	- 188	- 28	- 32	- 32	- 32	- 32	- 32	
Insg.	- 1463	- 669	- 200	- 81	- 284	- 302	+ 58	+ 89	+ 89	+ 89	+ 89	+ 89	
1. "Ester" Arbeitsmarkt (insg. insgesamt ohne ABM und BAM)	West	27.488	27.141	26.888	26.887	26.484	26.278	26.388	26.488	26.588	26.588	26.638	26.638
	Ost	5.552	5.448	5.612	5.588	5.488	5.278	5.281	5.188	5.188	5.188	5.188	5.188
	Insg.	33.040	32.589	32.500	32.475	31.972	31.556	31.669	31.676	31.776	31.776	31.826	31.826
	West	+ 380	- 384	- 318	- 171	- 188	- 188	+ 77	+ 80	+ 80	+ 80	+ 80	+ 80
Ost	- 1218	- 188	+ 88	+ 44	- 81	- 125	- 188	- 78	- 78	- 78	- 78	- 78	
Insg.	- 838	- 468	- 230	- 137	- 265	- 318	- 32	+ 14	+ 14	+ 14	+ 14	+ 14	
2. "Zweiter" Arbeitsmarkt (insg. ABM und BAM)	West	78	81	87	71	78	87	71	81	77	77	77	77
	Ost	288	288	288	312	277	284	217	248	288	288	288	288
	Insg.	366	369	375	383	355	361	288	329	366	366	366	366
	West	- 8	- 27	+ 8	+ 14	- 8	- 8	+ 4	+ 10	+ 10	+ 10	+ 10	+ 10
Ost	+ 288	- 188	+ 21	+ 32	- 36	- 48	+ 82	+ 31	+ 31	+ 31	+ 31	+ 31	
Insg.	+ 280	- 167	+ 29	+ 46	- 44	- 44	+ 86	+ 41	+ 41	+ 41	+ 41	+ 41	
dav. Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen (ABM)	West	78	81	87	70	70	80	80	88	82	82	82	82
	Ost	388	237	192	208	181	184	188	188	188	188	188	188
	Insg.	466	318	279	278	251	264	268	276	270	270	270	270
Strukturanpassungsmaßnahmen (BAM)	West	-	-	-	1	0	8	12	15	15	15	18	18
	Ost	-	22	88	108	88	80	188	188	188	188	188	188
	Insg.	-	22	88	107	88	88	177	188	188	188	188	188
3. Außerhalb: Aus Sofortprogrammen Jugendberufshilfe	West	-	-	-	-	-	-	-	-	18	28	28	28
	Ost	-	-	-	-	-	-	-	-	18	22	22	22
	Insg.	-	-	-	-	-	-	-	-	36	50	50	50
Wechs.: Kurzarbeiter	West	282	187	218	128	288	138	81	82	80	70	60	60
	Ost	370	181	87	71	71	48	34	27	28	20	18	18
	Insg.	652	368	305	199	277	186	115	109	108	90	78	78

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 2000

		1992	1993	1994	1994	1995	1997	1999	1999	2000			
										Var. I	Var. II	Var. III	
El. Das Arbeitskräfteangebot													
Rechnen in 1000 bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000													
Erwerbspersonenpotenzial insgesamt	Wert	33.898	34.889	34.193	34.204	34.983	34.712	34.978	34.948	34.223	34.223	34.223	
	Öst	8.834	8.798	8.919	8.903	8.923	8.980	8.918	8.918	8.834	8.834	8.834	
	Insg.	43.873	43.788	43.859	43.787	43.788	43.718	43.889	43.891	43.287	43.287	43.287	
	Wäsl	+ 400	+ 348	+ 88	+ 103	+ 81	+ 47	+ 34	+ 82	+ 88	+ 88	+ 88	
	Öst	- 151	- 125	- 91	- 118	- 80	- 124	- 84	- 100	- 82	- 82	- 82	
	Insg.	+ 328	+ 123	+ 6	- 15	+ 2	- 77	- 118	- 182	- 178	- 175	- 175	
	dav. Demographie	Wäsl	- 90	- 112	- 128	- 180	- 182	- 190	- 120	- 178	- 218	- 218	- 218
		Öst	- 38	- 37	- 30	- 48	- 48	- 28	- 21	- 38	- 38	- 38	- 38
		Insg.	- 118	- 139	- 167	- 228	- 237	- 188	- 141	- 207	- 243	- 243	- 243
	Verhaltenskomponente	Wäsl	+ 11	+ 20	+ 61	+ 73	+ 80	+ 77	+ 77	+ 87	+ 87	+ 87	+ 87
		Öst	+ 14	+ 113	+ 34	+ 70	+ 81	+ 88	+ 44	+ 44	+ 38	+ 35	+ 35
		Insg.	+ 3	+ 61	+ 7	+ 3	+ 18	+ 11	+ 39	+ 61	+ 61	+ 61	+ 61
Wanderungen	Wäsl	+ 475	+ 327	+ 177	+ 187	+ 180	+ 81	0	+ 22	+ 36	+ 38	+ 38	
	Öst	- 88	+ 2	+ 5	+ 22	+ 22	+ 8	- 12	- 20	- 20	- 20	- 20	
	Insg.	+ 407	+ 329	+ 182	+ 189	+ 188	+ 89	- 12	+ 2	+ 16	+ 18	+ 18	
Veränderung Passivsaldo	Wäsl	+ 108	+ 4	+ 16	+ 43	+ 3	+ 18	+ 8	+ 4	+ 1	+ 1	+ 1	
	Öst	- 89	+ 13	- 1	- 14	+ 4	- 18	- 7	- 4	- 1	- 1	- 1	
	Insg.	+ 37	+ 17	+ 15	+ 29	+ 8	+ 3	+ 1	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	
Erwerbspersonenpotenzial Deutsche	Wert	30.888	30.888	30.887	30.888	30.884	30.884	30.878	30.883	30.870	30.870	30.870	
	Öst	6.734	6.877	6.880	6.828	6.823	6.181	6.821	7.834	7.848	7.848	7.848	
	Insg.	39.280	39.178	39.997	39.898	39.188	39.884	39.881	39.877	39.187	39.187	39.187	
	Wäsl	+ 139	+ 43	- 1	- 29	- 44	- 20	- 34	- 89	- 82	- 82	- 82	
	Öst	- 177	- 187	- 117	- 122	- 98	- 132	- 78	- 88	- 78	- 78	- 78	
	Insg.	- 38	- 114	- 118	- 161	- 140	- 182	- 113	- 184	- 170	- 170	- 170	
	dav. Demographie	Wäsl	- 144	- 171	- 214	- 238	- 218	- 187	- 180	- 220	- 248	- 248	- 248
		Öst	- 38	- 24	- 39	- 88	- 47	- 32	- 28	- 38	- 28	- 28	- 28
		Insg.	- 170	- 195	- 253	- 286	- 265	- 219	- 208	- 258	- 276	- 276	- 276
	Verhaltenskomponente	Wäsl	+ 24	+ 81	+ 89	+ 87	+ 89	+ 89	+ 89	+ 89	+ 82	+ 82	+ 82
		Öst	+ 4	+ 130	+ 73	+ 70	+ 88	+ 88	+ 44	+ 44	+ 38	+ 35	+ 35
		Insg.	+ 28	+ 39	+ 17	+ 17	+ 32	+ 5	+ 39	+ 61	+ 61	+ 61	+ 61
Wanderungen	Wäsl	+ 176	+ 129	+ 108	+ 82	+ 82	+ 88	+ 84	+ 66	+ 80	+ 80	+ 80	
	Öst	- 88	- 26	- 4	+ 3	+ 8	+ 4	- 8	- 18	- 14	- 14	- 14	
	Insg.	+ 91	+ 104	+ 104	+ 85	+ 87	+ 70	+ 81	+ 48	+ 48	+ 48	+ 48	
Veränderung Passivsaldo	Wäsl	+ 83	+ 4	+ 18	+ 27	- 0	+ 18	+ 8	+ 4	+ 1	+ 1	+ 1	
	Öst	- 70	+ 12	- 3	- 18	+ 4	- 18	- 7	- 4	- 1	- 1	- 1	
	Insg.	+ 13	+ 16	+ 15	+ 19	+ 4	+ 2	+ 2	+ 1	+ 0	+ 0	+ 0	
Erwerbspersonenpotenzial Ausländer	Wert	3.382	3.487	3.383	3.736	3.841	3.888	3.888	3.874	3.413	3.413	3.413	
	Öst	100	132	198	174	191	199	194	190	186	188	188	
	Insg.	3.382	3.618	3.763	3.891	4.079	4.087	4.082	4.084	4.088	4.088	4.088	
	Wäsl	+ 341	+ 208	+ 87	+ 131	+ 128	+ 87	+ 1	+ 7	- 1	- 1	- 1	
	Öst	+ 28	+ 32	+ 28	+ 17	+ 18	+ 8	+ 8	+ 4	- 4	- 4	- 4	
	Insg.	+ 369	+ 238	+ 123	+ 148	+ 146	+ 75	+ 8	+ 3	- 5	- 5	- 5	
	dav. Demographie	Wäsl	+ 54	+ 59	+ 89	+ 88	+ 84	+ 87	+ 80	+ 48	+ 29	+ 29	+ 29
		Öst	- 2	- 9	0	+ 2	+ 2	+ 3	+ 4	+ 3	+ 2	+ 2	+ 2
		Insg.	+ 52	+ 50	+ 89	+ 90	+ 86	+ 90	+ 84	+ 48	+ 31	+ 31	+ 31
	Verhaltenskomponente	Wäsl	- 38	- 82	- 28	- 15	- 10	- 8	- 6	- 8	- 8	- 8	- 8
		Öst	+ 10	+ 7	+ 18	- 5	- 3	0	0	0	0	0	0
		Insg.	- 28	- 48	- 10	- 20	- 13	- 8	- 6	- 8	- 8	- 8	- 8
Wanderungen	Wäsl	+ 298	+ 198	+ 71	+ 75	+ 78	+ 15	- 54	- 33	- 28	- 28	- 28	
	Öst	+ 17	+ 27	+ 7	+ 19	+ 17	+ 8	- 9	- 7	- 8	- 8	- 8	
	Insg.	+ 315	+ 225	+ 78	+ 94	+ 95	+ 20	- 63	- 40	- 31	- 31	- 31	
Veränderung Passivsaldo	Wäsl	+ 23	+ 1	- 2	+ 19	+ 4	+ 1	- 1	- 0	0	0	0	
	Öst	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	0	0	0	0	0	0	0	
	Insg.	+ 24	+ 2	- 1	+ 17	+ 4	+ 1	- 1	- 0	0	0	0	

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 2000

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000		
										Var. I	Var. II	Var. III
C. Die Arbeitsmarktbilanz												
Personen in 1000 bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000												
Registrierte Arbeitslose	West	1.599	2.279	2.999	2.999	2.799	3.021	2.904	2.799	2.919	2.902	2.899
	Ost	1.179	1.149	1.143	1.017	1.199	1.391	1.375	1.349	1.329	1.314	1.302
	Insg.	2.979	3.419	3.999	3.912	3.999	4.395	4.279	4.199	3.947	3.979	3.927
	Veränd.	+ 119	+ 462	+ 265	0	+ 231	+ 295	- 117	- 149	- 140	- 194	- 231
Arbeitslosenquoten (%) (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	West	8,9	7,3	8,2	8,3	8,1	9,8	9,4	8,8	8,4	8,2	8,1
	Ost	16,4	15,1	15,2	14,0	16,7	18,1	18,2	17,8	17,4	17,3	17,1
	Insg.	7,7	8,9	9,8	9,4	9,4	11,4	11,1	10,8	10,1	10,0	9,8
	Veränd.	- 0,8	- 1,6	- 1,6	- 1,1	+ 1,3	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,7	- 0,8	- 0,7
Stille Reserve insgesamt	West	1.260	1.427	1.497	1.723	1.761	1.729	1.675	1.619	1.597	1.691	1.679
	Ost	1.279	1.363	1.140	1.024	911	735	649	629	622	694	699
	Insg.	2.939	2.790	2.837	2.747	2.672	2.464	2.324	2.248	2.419	2.149	2.179
	Veränd.	+ 0	+ 167	+ 70	+ 285	+ 39	- 33	- 65	- 89	- 83	+ 89	+ 89
dav. Stille Reserve in engeren Sinne	West	602	689	1.012	1.209	1.257	1.299	1.299	1.212	1.179	1.174	1.169
	Ost	89	172	235	225	229	263	247	229	269	287	299
	Insg.	670	1.009	1.247	1.434	1.486	1.562	1.546	1.441	1.439	1.461	1.467
	Veränd.	+ 7	+ 124	+ 86	+ 197	+ 29	+ 29	- 0	- 94	- 34	- 36	- 49
Stille Reserve in Maßnahmen	West	458	201	485	514	224	482	409	429	489	409	409
	Ost	1.210	1.191	905	642	472	362	299	297	277	277	277
	Insg.	1.868	1.892	1.390	1.156	696	844	708	726	766	686	686
	Veränd.	+ 12	+ 43	- 10	+ 29	+ 10	- 82	- 89	+ 19	+ 19	- 19	- 19
Vollqualifizierung (FuU) 1)	West	235	214	203	231	248	201	179	182	185	185	185
	Ost	363	311	217	219	207	189	149	141	136	135	136
	Insg.	608	625	420	450	455	390	328	323	321	320	321
	Veränd.	- 41	- 44	- 40	- 37	- 34	- 27	- 22	- 21	- 20	- 20	- 20
Deutschlehrgänge 1)	West	2	3	6	6	7	9	6	6	6	6	6
	Ost	43	49	48	42	41	38	29	27	26	26	26
	Insg.	45	52	54	48	48	47	35	33	32	32	32
	Veränd.	+ 1	+ 7	+ 8	- 6	- 1	- 1	- 2	- 2	- 2	- 2	- 2
Reha 2)	West	25	24	29	28	29	29	29	29	24	24	24
	Ost	4	5	4	4	5	6	7	8	6	6	6
	Insg.	29	29	33	32	34	35	36	37	30	30	30
	Veränd.	+ 1	+ 1	+ 5	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	- 7	- 7	- 7
Leistungsimpl. § 125 SGB II 3)	West	12	16	17	17	19	19	17	18	17	17	17
	Ost	0	2	8	11	13	13	10	11	11	11	11
	Insg.	12	18	25	28	32	32	27	29	28	28	28
	Veränd.	+ 0	+ 6	+ 7	+ 3	+ 4	+ 0	- 5	+ 2	- 1	- 1	- 1
Leistungsimpl. § 125 SGB II 4)	West	30	38	41	42	43	49	45	43	40	40	40
	Ost	9	13	15	21	24	29	27	27	26	25	25
	Insg.	39	51	56	63	67	78	72	70	66	65	65
	Veränd.	+ 6	+ 13	+ 5	+ 7	+ 4	+ 11	- 6	- 2	- 2	- 3	- 3
Leistungsimpl. § 42a SGB III 5)	West	82	127	139	149	139	130	111	112	104	104	104
	Ost	1	1	2	7	30	79	89	88	87	87	87
	Insg.	83	128	141	156	169	209	200	201	191	191	191
	Veränd.	+ 1	+ 45	+ 12	+ 7	- 30	- 39	- 89	- 89	- 87	- 87	- 87
Altersübergangsgeld	West	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0	0
	Ost	519	539	524	341	188	89	1	1	0	0	0
	Insg.	520	541	527	343	190	90	1	1	0	0	0
	Veränd.	+ 1	+ 19	- 13	- 102	- 102	- 81	- 89	- 89	- 89	- 89	- 89
Vorrückentgelt	West	12	8	3	1	-	-	-	-	-	-	-
	Ost	293	214	123	33	-	-	-	-	-	-	-
	Insg.	305	222	126	34	-	-	-	-	-	-	-
	Veränd.	- 10	- 87	- 103	- 31	-	-	-	-	-	-	-
Außerdem Aus BoBri-Programmen Jugendberufshilfen (JBH)	West	-	-	-	-	-	-	-	-	7	8	8
	Ost	-	-	-	-	-	-	-	-	8	8	8
	Insg.	-	-	-	-	-	-	-	-	14	14	14
	Veränd.	-	-	-	-	-	-	-	-	14	14	14

1) Die tagesgenaue Erfassung ab 1998 führte bei FuU zu einer Bestandsabsenkung von ca. 10 %, bei Deutschlehrgängen um ca. 20 %. Um die Vergleichbarkeit mit den früheren Beständen zu erhalten, wurden diese ebenfalls entsprechend abgesenkt.
 2) Rehabilitanden in berufl. fördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der berufl. Weiterbildung.
 3) Nahtlosigkeitsleistungen (bis Ende 1997 § 105 a AFG)
 4) Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall (bis Ende 1997 § 105 b AFG)
 5) 58jährige und ältere Empfänger von Alg. Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105 c AFG)

Tabelle 2a: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials für Westdeutschland

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
A. Wohnortkonzept (Vorjahresveränderung in 1000)									
Deutsche	+ 69	+ 38	- 18	- 58	- 44	- 38	- 43	- 73	- 69
Demographie (ohne Wanderungen)	- 144	- 171	- 214	- 235	- 216	- 167	- 150	- 220	- 245
Verhaltenskomponente 1)	+ 24	+ 81	+ 89	+ 67	+ 90	+ 63	+ 85	+ 92	+ 62
Wanderungseffekte insgesamt	+ 179	+ 128	+ 109	+ 82	+ 82	+ 98	+ 54	+ 68	+ 60
davon Aus Zuzügen aus Ostdeutschland	+ 157	+ 111	+ 83	+ 72	+ 75	+ 73	+ 77	+ 88	+ 63
Aus Fortzügen nach Ostdeutschland	- 62	- 58	- 62	- 61	- 64	- 68	- 59	- 65	- 64
Aus Zuzügen von Ausländern 2)	+ 89	+ 87	+ 84	+ 88	+ 80	+ 67	+ 49	+ 43	+ 47
Aus sonstigem Wanderungssaldo	- 15	- 11	- 8	- 7	- 7	- 6	- 3	- 6	- 6
Ausländer	+ 318	+ 208	+ 99	+ 118	+ 122	+ 68	0	+ 7	- 1
Demographie (ohne Wanderungen)	+ 54	+ 58	+ 58	+ 55	+ 54	+ 67	+ 80	+ 48	+ 29
Verhaltenskomponente 1)	- 36	- 62	- 28	- 15	- 10	- 6	- 6	- 5	- 5
Wanderungseffekte insgesamt	+ 299	+ 198	+ 71	+ 75	+ 78	+ 15	- 34	- 39	- 25
davon Aus Wanderungssaldo ohne Asylbew.	+ 77	+ 29	- 2	+ 25	+ 28	- 19	- 58	- 33	- 25
Aus Asylbewerberungen 2)	+ 222	+ 189	+ 73	+ 60	+ 60	+ 34	+ 2	0	0
Deutsche und Ausländer	+ 374	+ 244	+ 69	+ 89	+ 79	+ 28	- 43	- 68	- 94
B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)									
Einpendler aus Ostdeutschland	428	432	439	456	474	489	616	632	644
Auspender nach Ostdeutschland	84	103	108	112	132	141	188	169	175
Auspender in das Ausland	142	126	110	88	94	82	90	88	88
Pendlersaldo Deutsche	+ 199	+ 203	+ 221	+ 249	+ 247	+ 265	+ 276	+ 275	+ 260
Vorjahresveränderung in 1000	+ 85	+ 4	+ 18	+ 27	- 0	+ 18	+ 9	+ 4	+ 1
Einpendler aus dem Ausland	133	132	130	147	150	151	150	150	150
Pendlersaldo Ausländer	+ 132	+ 132	+ 130	+ 147	+ 150	+ 161	+ 150	+ 160	+ 160
Vorjahresveränderung in 1000	+ 28	+ 1	- 2	+ 19	+ 4	+ 1	- 1	- 0	0
Pendlersaldo insgesamt	+ 331	+ 335	+ 351	+ 394	+ 397	+ 415	+ 425	+ 429	+ 420
Vorjahresveränderung in 1000	+ 106	+ 4	+ 16	+ 43	+ 3	+ 19	+ 9	+ 4	+ 1
C. Beschäftigungskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)									
Deutsche	+ 139	+ 43	- 1	- 28	- 44	- 29	- 34	- 69	- 82
Ausländer	+ 341	+ 208	+ 87	+ 121	+ 126	+ 67	- 1	+ 7	- 1
Deutsche und Ausländer	+ 480	+ 248	+ 86	+ 102	+ 81	+ 47	- 34	- 62	- 83
D. Netto: Wanderungsaufnahmen 3) (Jahressummen bzw. -salde in 1000)									
Zuzüge von Ausländern	196	174	171	162	134	107	82	84	84
Zuzüge (Deutsche) aus Ostdeutschland	180	158	147	148	146	147	182	170	160
Fortzüge (Deutsche) nach Ostdeutschland	102	109	120	124	134	138	139	126	130
Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche	- 32	- 13	- 22	- 7	- 21	- 5	- 7	- 13	- 13
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylbew.)	+ 139	- 25	+ 18	+ 62	+ 31	- 108	- 115	- 18	- 85
Asylbewerberungen	394	269	192	102	83	64	79	76	74

1) Bis 1996 rechnerische Restgröße, ab 1997 Vorgabe Langfristprojektion (untere EQ-Variante)

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

3) Bevölkerung.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 2b: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials für Ostdeutschland

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
A. Wohnortkonzept (Vorjahresveränderung in 1000)									
Deutsche	- 187	- 168	- 116	- 117	- 130	- 118	- 72	- 82	- 77
Demographie (ohne Wanderungen)	- 28	- 24	- 39	- 60	- 47	- 32	- 25	- 36	- 28
Verfallenskomponente 1)	+ 4	- 120	- 72	- 70	- 55	- 68	- 44	- 44	- 35
Wanderungseffekte insgesamt	- 55	- 28	- 4	+ 3	+ 6	+ 4	- 3	- 15	- 14
davon Aus Zuzügen aus Westdeutschland	+ 82	+ 68	+ 82	+ 61	+ 54	+ 65	+ 89	+ 66	+ 64
Aus Fortzügen nach Westdeutschland	- 157	- 111	- 83	- 72	- 73	- 73	- 77	- 83	- 88
Aus Zuzügen von Ausländern 2)	+ 12	+ 22	+ 20	+ 28	+ 29	+ 19	+ 12	+ 11	+ 12
Aus sonstigen Wanderungseffekten	- 2	- 4	- 9	- 15	- 15	- 10	- 7	- 7	- 7
Ausländer	+ 25	+ 31	+ 28	+ 18	+ 18	+ 8	- 8	- 4	- 4
Demographie (ohne Wanderungen)	- 2	- 5	0	+ 2	+ 2	+ 3	+ 4	+ 3	+ 2
Verfallenskomponente 1)	+ 10	+ 7	+ 10	- 5	- 3	0	0	0	0
Wanderungseffekte insgesamt	+ 17	+ 27	+ 7	+ 19	+ 17	+ 6	- 8	- 7	- 6
davon Aus Wanderungseffekten ohne Asylzuv.	- 8	- 15	- 11	+ 6	+ 8	- 4	- 9	- 7	- 6
Aus Asylzuwanderungen 2)	+ 25	+ 42	+ 18	+ 13	+ 12	+ 9	0	0	0
Deutsche und Ausländer	- 63	- 136	- 80	- 101	- 84	- 106	- 77	- 90	- 81
B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)									
Einpendler aus Westdeutschland	84	105	108	112	132	141	163	183	175
Auspendler nach Westdeutschland	425	432	459	486	474	489	518	532	644
Auspendler in das Ausland	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pendlersaldo Deutsche	- 341	- 329	- 351	- 346	- 342	- 357	- 365	- 369	- 389
Vorjahresveränderung in 1000	- 70	+ 12	- 2	- 16	+ 4	- 16	- 7	- 4	- 1
Einpendler aus dem Ausland	3	4	5	8	8	6	6	8	8
Pendlersaldo Ausländer	+ 3	+ 4	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8
Vorjahresveränderung in 1000	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	0	0	0	0	0
Pendlersaldo insgesamt	- 338	- 325	- 326	- 340	- 334	- 349	- 359	- 367	- 381
Vorjahresveränderung in 1000	- 68	+ 13	- 1	- 14	+ 4	- 16	- 7	- 4	- 1
C. Beschäftigungskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)									
Deutsche	- 177	- 167	- 117	- 133	- 86	- 133	- 79	- 88	- 78
Ausländer	+ 25	+ 32	+ 26	+ 17	+ 16	+ 8	- 8	- 4	- 4
Deutsche und Ausländer	- 151	- 135	- 91	- 116	- 70	- 125	- 84	- 92	- 82
D. Nicht: Wanderungssalden 3) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)									
Zuzüge von Ausländern	84	48	82	68	44	28	21	22	21
Zuzüge (Deutsche) aus Westdeutschland	102	108	130	124	124	139	138	128	130
Fortzüge (Deutsche) nach Westdeutschland	180	158	147	149	145	147	162	170	180
Sonstige Wanderungssalden Deutsche	- 4	- 12	- 24	- 36	- 24	- 10	- 18	- 15	- 15
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuv.)	+ 18	- 21	+ 9	+ 16	+ 3	- 18	- 17	- 9	- 18
Asylzuwanderungen	44	65	25	28	23	21	20	19	19

1) Bis 1996 Schätzung, ab 1997 Vorgabe Langfristprojektion (bis 1999 untere, ab 2000 obere EQ-Variante)

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

3) Bevölkerung.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3a: Durchschnittliche Jahresarbeitszeit und ihre Komponenten in Westdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ¹⁾
1. Personen											
Beschäftigte Arbeitnehmer	1.000	27.234	27.573	27.963	28.088	28.728	29.648	30.348	30.427	30.648	30.654
Volzeit	"	22.970	23.066	23.628	22.088	21.798	21.401	21.031	20.803	20.828	20.888
Teilzeit	"	4.264	4.507	4.335	4.884	4.888	4.888	4.888	4.888	4.888	4.888
Teilzeitquote	%	15,6	16,3	15,5	17,4	16,9	16,4	16,1	16,0	15,9	15,9
2. Potenzielle Arbeitstage											
Kalenderstage	Tage	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300
Samstage und Sonntage	"	104	104	104	104	104	104	104	104	104	104
Ferien	"	12,7	12,1	12,1	12,1	12,1	11,7	11,2	11,1	10,9	10,9
Potenzielle Arbeitstage	Tage	283,3	283,8	283,8	283,8	283,8	283,8	283,8	283,8	283,8	283,8
3. Tarifliche / Betriebsübliche Arbeitszeit											
Wachstumsrate der Vollzeitbeschäftigten	"	24,31	24,12	23,88	23,81	23,70	23,58	23,54	23,54	23,54	23,54
Teilzeit in % von Vollzeit	%	48,7	48,4	48,8	48,4	47,2	48,8	48,2	48,8	48,8	48,8
TARL / Betriebsübli. Arbeitszeit	Mio St	47.416	48.488	47.416	48.488	45.488	44.816	43.888	44.181	44.888	44.181
TARL / Betriebsübli. Arbeitszeit	Std	1.742,1	1.788,8	1.742,1	1.788,8	1.742,1	1.742,1	1.742,1	1.742,1	1.742,1	1.742,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	+ 0,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	- 0,8
4. Urlaub											
Urlaubstage	Tage	30,8	30,8	31,2	31,2	31,2	31,2	31,1	31,0	31,1	31,0
Urlaubsvolumen	Mio St	8.608	8.607	8.671	8.792	8.888	8.888	8.488	8.448	8.487	8.488
Urlaubsberechtigte Arbeitnehmer	Tage	217,6	221,1	220,8	218,8	218,7	218,8	218,8	220,8	222,1	218,8
Urlaubsberechtigte Arbeitszeit	Std	1.288,7	1.288,3	1.288,7	1.288,3	1.288,3	1.288,3	1.288,3	1.288,3	1.288,3	1.288,3
5. Krankenzustand											
Krankenzustand der Personen	%	2,31	2,18	2,01	2,08	2,15	2,07	2,14	2,08	2,21	2,30
Krankenzustand in Arbeitstagen	Tage	11,8	11,8	10,8	10,8	11,3	10,2	9,8	9,8	9,4	9,4
Krankenzustand in Arbeitsstunden	Std	61,1	60,0	78,0	78,0	78,0	68,7	68,4	68,9	61,9	62,3
Ausfallstunden durch Krankenzustand	Mio St	2.208	2.207	2.088	1.888	2.048	1.888	1.888	1.888	1.888	1.888
Krankenzustand in Arbeitsstunden	Std	1.447,8	1.448,3	1.447,8	1.448,3	1.411,7	1.408,3	1.408,3	1.408,3	1.408,3	1.408,3
6. Effektive Arbeitszeit											
Arbeitszeit ohne Urlaub u. Krankenzustand	Tage	203,8	203,8	210,8	203,8	207,4	203,8	203,7	211,8	212,8	203,8
7. Besondere Überstunden											
Überstunden pro Zeitraum 2)	Std	68,7	68,4	68,8	61,8	68,8	68,7	68,2	68,8	61,8	64,7
Überstundenvolumen	Mio St	1.708	1.692	1.488	1.697	1.698	1.698	1.698	1.611	1.587	1.688
Arbeitszeit durch Überstunden 3)	Std	1.214,2	1.214,7	1.214,2	1.214,2	1.214,2	1.214,2	1.214,2	1.214,2	1.214,2	1.214,2
8. Kurzarbeit											
Kurzarbeiter	1.000	188	284	288	278	128	288	188	21	88	70
Arbeitszeit je Kurzarbeiter	%	34,0	38,1	31,1	34,2	38,8	38,4	43,8	48,8	42,8	43,8
Arbeitszeit je Kurzarbeiter	Std	638,8	810,7	474,4	618,4	688,8	688,8	638,8	688,8	638,8	638,8
Ausfallstunden	Mio St	68	148	288	148	78	117	84	88	87	44
Kurzarbeiterstunden	Std	3,0	8,3	12,4	8,3	2,8	4,4	3,2	2,1	2,8	1,8
9. Erziehungsurlaub											
Erziehungsurlaub (Personen)	1.000	184	248	248	288	288	288	361	368	380	372
Ausfallstunden	Mio St	288	288	284	248	441	421	488	488	488	488
Beschäftigtenquote	Std	9,8	12,1	12,3	12,3	18,6	18,2	19,8	18,7	18,8	17,8
10. Schließender, Tarifkammerübergreifender, Akkumulierte Teilzeit											
Teilzeit	Std	2,7	3,0	3,7	4,1	3,8	4,1	3,6	3,7	3,7	3,7
11. Arbeitszeit in Nebenberufstätigkeit											
PfM	1.000	428	414	462	488	644	667	668	768	788	788
Arbeitszeit	Std	438,3	438,4	418,3	488,3	370,1	368,7	368,8	383,8	428,8	403,4
Arbeitsstunden	Mio St	181	182	188	187	201	248	268	298	314	318
12. Arbeitszeitkonditioneffekte											
Effekt	Std	+ 3,3
13. Tatsächliche Arbeitszeit											
Arbeitszeit	Std	1.200,8	1.200,1	1.488,2	1.277,3	1.487,3	1.442,4	1.441,3	1.440,7	1.483,7	1.483,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	+ 0,8	- 0,8	- 0,8	- 1,4	- 1,4	- 1,0	- 0,1	+ 0,5	+ 0,3	- 1,1
Nichttarifliche Arbeitszeitanteil	%	+ 1,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	- 1,2
Teilzeitanteil	%	- 0,8	- 1,8	- 0,1	- 0,9	- 0,9	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 0,2
14. Veränderung der Arbeitszeit in Mio. Std.											
Personen	1.000	3.188	3.187	3.187	3.244	3.288	3.288	3.377	3.378	3.378	3.377
Arbeitszeit	Std	2.282,8	2.178,8	2.178,8	2.188,1	2.184,8	2.178,8	2.184,8	2.172,0	2.173,1	2.178,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,1	- 0,8	- 0,7	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	- 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Personen	1.000	20.714	20.778	20.778	20.778	20.778	20.778	20.778	20.778	20.778	20.778
Arbeitszeit	Std	1.874,2	1.878,7	1.888,1	1.888,1	1.888,1	1.888,1	1.888,1	1.888,1	1.888,1	1.888,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2

1) Variante II 2) Arbeitnehmer ohne Auszubildende und Personen in Erziehungsurlaub 3) Alle Arbeitnehmer
 Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3b: Durchschnittliche Jahresarbeitszeit und ihre Komponenten in Ostdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
A. Beschäftigte in Ostdeutschland											
1. Personen											
Beschäftigte Arbeitnehmer	1.000	6.931	5.940	5.703	5.762	5.868	5.772	5.904	5.976	6.048	6.153
Vollzeit	-	5.492	4.490	4.261	4.306	4.310	4.023	4.180	4.787	4.854	4.833
Teilzeit	-	488	444	484	487	488	690	715	911	962	903
Teilzeitquote	%	7,0	7,5	8,0	10,1	11,2	11,8	12,1	15,4	16,1	14,3
2. Potenzielle Arbeitstage											
Kalenderstage	Tage	365	365	365	365	365	365	365	365	365	365
Samstage und Sonntage	-	104	104	104	104	104	104	104	104	104	104
Ferien	-	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8
Potenzielle Arbeitstage	Tage	248,2	248,2	248,2	248,2	248,2	248,2	248,2	248,2	248,2	248,2
3. Tarifliche / Betriebsvertragliche Arbeitszeit											
Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten	h	41,40	41,18	41,00	41,00	41,44	41,36	41,36	41,36	41,18	41,18
Teilzeit in % von Vollzeit	%	69,8	61,8	61,8	69,3	69,5	69,4	61,8	69,3	59,4	69,3
Tarifl. / Betriebsvertr. Arbeitszeit	Std	1.098,0	1.076,1	1.098,0	1.098,1	1.098,0	1.071,8	1.098,0	1.098,0	1.098,2	1.098,6
Veränderung gegen Vorjahr	%		+ 0,7	- 0,2	- 2,2	- 1,8	- 1,8	- 1,4	+ 0,6	- 0,1	- 1,8
4. Urlaub											
Urlaubstage	Tage	27,8	28,0	28,1	28,3	28,3	28,4	28,1	28,2	28,2	28,3
Urlaubsvolumen	Std	1.518	1.347	1.385	1.318	1.348	1.311	1.348	1.238	1.221	1.217
Urlaubstage pro Arbeitnehmer	Tage	221,2	228,8	224,2	222,0	228,2	226,8	218,4	222,2	224,2	222,2
Urlaubsvolumen pro Arbeitnehmer	Std	1.745,0	1.748,4	1.748,8	1.698,8	1.698,8	1.644,7	1.623,1	1.632,4	1.633,0	1.630,0
B. Konstantenstand											
Konstantstand der Personen	%	4,98	4,28	4,18	4,80	5,11	4,81	4,86	4,29	4,18	4,18
Konstantstand in Arbeitstagen	Tage	10,4	8,8	10,0	10,2	11,2	10,8	8,8	8,8	10,1	8,8
Konstantstand in Arbeitsstunden	Std	81,8	74,8	77,8	78,2	88,1	80,8	70,7	70,0	73,2	71,7
Ausgleichung durch Konstantenstand	Std	597	441	443	453	498	497	398	390	409	397
Konstantenstand pro Arbeitnehmer	Std	1.288,8	1.274,1	1.288,4	1.289,3	1.287,8	1.288,8	1.288,8	1.288,4	1.288,7	1.288,0
6. Effektive Arbeitszeit											
Arbeitszeit ohne Urlaub u. Konstantenstand	Tage	218,8	214,1	214,2	211,8	208,8	208,1	208,1	213,7	214,2	210,4
7. Zusätzliche Überstunden											
Überstunden pro Zeileum 2)	Std	48,8	81,1	88,1	83,8	84,4	81,1	83,0	83,4	88,8	88,8
Überstunden pro Arbeitnehmer	Std	304	290	297	296	291	278	278	278	278	298
Arbeitszeit abnehm. Überstunden 2)	Std	1.728,1	1.728,8	1.717,8	1.715,8	1.718,8	1.714,8	1.708,8	1.718,8	1.714,7	1.708,8
8. Kurzarbeit											
Kurzarbeiter	1.000	1.207	208	183	197	211	211	28	34	27	20
Arbeitsverlust in Kurzarbeiter	%	88,4	83,7	47,8	48,2	57,5	69,8	62,8	80,9	48,2	48,1
Arbeitsverlust in Kurzarbeiter	Std	288,8	238,7	238,8	238,1	288,1	213,8	287,8	238,2	287,7	288,2
Ausgleichungen	Std	1.200	208	183	197	211	211	28	34	27	20
Kurzarbeiterstand	Std	287,8	88,1	88,8	14,0	11,8	11,2	7,8	8,1	2,8	2,8
9. Erziehungsurlaub											
Inanspruchnahme (Personen)	1.000	14	28	34	28	38	38	48	38	47	68
Ausgleichungen	Std	22	88	88	47	88	88	78	84	88	88
Inanspruchnahme pro Arbeitnehmer	Std	2,2	10,8	8,7	8,2	8,8	18,2	18,1	18,0	18,8	18,8
10. Betriebsratgeber, Tarifvertragsänderungen, Akzeptierte Teilzeit											
Stichtag	Std	0,8	1,8	8,8	2,8	2,8	2,8	1,1	2,1	2,1	2,1
11. Arbeitszeit in Nebenverdienstmöglichkeit											
Fälle	1.000	74	37	37	31	48	88	87	88	88	88
Arbeitszeit	Std	882,8	788,8	488,4	882,8	387,8	418,8	474,8	474,8	478,8	470,8
Arbeitsstunden	Std	45	28	18	17	18	27	32	32	32	32
12. Arbeitszeit in Nebenverdienstmöglichkeit											
Veränderung	Std	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 1,0
13. Tarifvertragliche Arbeitszeit											
Arbeitszeit	Std	1.478,7	1.098,8	1.078,8	1.098,7	1.011,8	1.082,1	1.088,3	1.088,7	1.088,2	1.088,7
Veränderung gegen Vorjahr	%		+ 12,8	+ 1,1	- 1,8	- 8,2	- 1,8	- 0,4	+ 0,7	- 0,2	- 1,7
Rechnerisch Arbeitszeit-Effekt	%		+ 1,8	+ 8,8	- 8,8	- 8,8	+ 0,1	- 0,8	+ 1,2	+ 0,8	- 1,8
Tägliche Arbeitszeit	h		+ 18,4	+ 0,7	- 0,8	- 1,8	- 1,3	+ 0,1	- 0,8	- 1,0	- 0,1
Personen ohne Ausbildungsstellen und Personen in Erziehungsurlaub											
Personen	1.000	288	428	488	548	608	671	687	688	688	681
Arbeitszeit	Std	2.214,1	2.288,2	2.288,0	2.287,8	2.288,1	2.284,0	2.282,4	2.288,0	2.284,0	2.282,2
Veränderung gegen Vorjahr	%		- 0,6	+ 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 1,8	+ 0,8	- 0,7	- 0,1	- 0,1
Personen ohne Ausbildungsstellen											
Personen	1.000	7.288	6.288	6.187	6.288	6.488	6.388	6.481	6.588	6.188	6.187
Arbeitszeit	Std	1.288,8	1.284,7	1.284,8	1.288,8	1.288,8	1.288,8	1.288,8	1.288,8	1.288,8	1.288,8
Veränderung gegen Vorjahr	%		+ 11,8	+ 1,4	- 1,2	- 2,0	- 0,8	- 0,1	+ 0,8	- 0,8	- 1,4

1) Variante II 2) Arbeitnehmer ohne Auszubildende und Personen in Erziehungsurlaub 3) Alle Arbeitnehmer
 Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3c: Durchschnittliche Jahresarbeitszeit und ihre Komponenten in Deutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ¹⁾
1. Personen											
Beschäftigte Arbeitnehmer	1.000	34.179	33.619	32.997	32.677	32.699	32.912	31.950	32.000	32.094	32.234
Vollzeit	"	20.436	20.281	27.778	27.209	28.888	28.494	28.619	28.000	28.490	28.539
Teilzeit	"	4.743	4.952	5.118	5.288	5.597	6.028	6.021	6.340	6.904	6.895
Teilzeitquote	%	13,6	14,8	15,5	16,2	17,2	18,3	18,8	19,8	21,6	21,5
2. Potenzielle Arbeitsdays											
Kalenderdays	Days	365	365	365	365	365	365	365	365	365	365
Sonntage und Sonntage	"	104	104	104	105	105	104	104	104	104	105
Ferien	"	19,8	19,8	19,8	19,8	19,8	11,5	11,2	9,0	7,8	9,9
Potenzielle Arbeitsdays	Days	241,4	241,1	240,4	240,1	240,1	240,4	240,8	252,0	253,4	250,1
3. Tarifliche / Betriebsübliche Arbeitszeit											
Nichtarbeiterszeit der Vollzeitbeschäftigten	"	36,59	36,91	36,91	36,16	36,04	37,99	37,99	37,96	37,83	37,53
Teilzeit in % von Vollzeit	%	80,0	80,7	80,8	80,2	80,1	81,7	81,2	81,0	80,5	80,5
Tarifl. / Betriebsüb. Arbeitsstunden	Mio St	61.149	60.222	60.916	67.491	68.922	68.444	65.329	64.628	64.771	64.214
Tarifl. / Betriebsüb. Arbeitszeit	Std	1.768,9	1.747,0	1.782,7	1.788,1	1.758,9	1.719,9	1.688,8	1.703,7	1.706,6	1.561,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	-	+ 0,0	- 0,8	- 1,2	- 1,2	- 1,2	+ 0,2	+ 0,2	- 1,4	-
4. Urlaub											
Urlaubstage	Days	30,1	30,9	30,9	30,9	31,1	31,1	30,9	30,9	30,9	30,9
Urlaubstage	Mio St	7.415	7.384	7.177	7.081	7.028	6.899	6.717	6.884	6.878	6.808
Urlaubstage in Arbeitsstunden	Days	218,9	221,8	221,6	222,2	218,9	218,9	219,9	221,1	222,6	219,2
Urlaubstage in Arbeitszeit	Std	1.472,1	1.471,8	1.465,4	1.465,4	1.460,4	1.458,9	1.458,9	1.464,9	1.469,9	1.476,1
5. Krankenstand											
Krankenstand der Personen	%	6,17	6,39	6,92	6,94	6,14	6,71	6,19	6,12	6,28	6,34
Krankenstand in Arbeitsstunden	Days	11,9	11,1	10,7	10,7	11,3	10,3	9,1	8,1	9,5	9,9
Krankenstand in Arbeitsstunden	Std	61,2	78,9	78,4	74,9	78,1	70,8	82,2	81,9	83,9	83,9
Auswirkungen durch Krankenstand	Mio St	2.779	2.928	2.928	2.439	2.517	2.298	1.899	1.979	2.098	2.090
Krankenstandquote in Arbeitszeit	Std	1.492,9	1.692,9	1.661,1	1.361,1	1.457,9	1.301,9	1.097,1	1.131,1	1.211,9	1.319,9
6. Ergänzende Arbeitsdays											
Arbeitsdays ohne Urlaub u. Krankenstand	Days	207,0	210,8	210,8	209,2	207,7	209,8	209,7	212,0	213,0	209,7
7. Besondere Überstunden											
Überstunden pro Zeitraum 2)	Std	82,3	81,3	87,8	88,2	83,2	87,4	89,0	88,8	85,9	83,2
Überstunden	Mio St	2.016	1.992	1.782	1.882	1.837	1.741	1.784	1.787	1.798	1.809
Arbeitszeit ohne Überstunden 3)	Std	1.686,9	1.660,8	1.694,9	1.699,9	1.675,7	1.641,5	1.609,8	1.624,9	1.620,7	1.478,7
8. Kurzarbeit											
Kurzweiliger	1.000	1.781	1.653	1.618	1.72	1.89	2.77	1.89	1.18	1.19	80
Arbeitsstunden je Kurzarbeiter	%	80,0	47,8	34,8	28,8	47,4	43,8	48,8	46,7	44,3	44,7
Arbeitsstunden je Kurzarbeiter	Std	942,6	792,6	649,8	699,8	739,1	694,1	692,8	706,6	693,9	699,1
Arbeitsstunden	Mio St	1.488	981	818	222	143	181	127	84	78	88
Kurzweiliger	Std	49,8	14,7	18,7	8,8	4,4	8,8	4,0	2,8	2,8	1,8
9. Erziehungsurteile											
Erziehungsurteile (Personen)	1.000	208	294	292	298	278	279	448	442	438	430
Erziehungsurteile	Mio St	298	398	398	392	487	489	676	679	676	666
Erziehungsurteile in Arbeitszeit	Std	8,9	11,6	11,8	12,8	18,3	18,3	18,8	18,1	17,8	17,2
10. Betriebsübliche Tarifvereinbarstellungen, Akkordarbeitszeit											
Arbeitszeit	Std	2,0	2,6	4,1	4,8	2,7	3,8	2,1	3,4	3,4	3,4
11. Arbeitszeit in Nebenerwerbstätigkeit											
Fälle	1.000	497	491	498	491	582	722	788	257	257	257
Arbeitszeit	Std	400,1	400,8	418,8	411,7	371,6	372,6	400,0	391,0	414,9	408,8
Arbeitsstunden	Mio St	229	211	208	204	328	388	300	327	347	343
12. Arbeitszeitkontenverfahren											
Stellenveränderung	Std										+ 2,9
13. Tatsächliche Arbeitszeit											
Arbeitszeit	Std	1.488,4	1.538,2	1.545,2	1.507,8	1.488,1	1.488,2	1.488,8	1.478,1	1.477,8	1.488,4
Veränderung gegen Vorjahr	%		+ 2,8	- 1,1	- 0,7	- 1,8	- 1,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	- 1,2
Nichttarifliche Arbeitsdays	%		+ 1,8	+ 0,1	- 0,8	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	- 1,3
Tägliche Arbeitszeit	"		+ 1,1	- 1,2	- 0,2	- 1,1	- 1,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	+ 0,2
14. Veränderung der Arbeitszeit											
Personen	1.000	3.700	3.703	3.699	3.700	3.699	3.699	3.694	3.694	3.694	3.694
Arbeitszeit	Std	2.182,8	2.182,2	2.182,2	2.182,2	2.170,4	2.182,2	2.184,7	2.182,0	2.182,2	2.182,0
Veränderung gegen Vorjahr	%		- 1,0	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,4	- 0,8	+ 0,0	+ 0,1
15. Veränderung der Arbeitszeit											
Personen	1.000	37.029	37.189	36.929	36.499	36.429	36.181	36.094	36.099	36.109	36.299
Arbeitszeit	Std	2.182,2	1.882,2	1.882,2	1.879,2	1.887,2	1.882,2	1.882,2	1.882,2	1.882,2	1.882,2
Veränderung gegen Vorjahr	%		+ 2,8	- 0,6	- 0,6	- 1,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,2	- 1,0

1) Variante II 2) Arbeitnehmer ohne Auszubildende und Personen in Erziehungsurlaub 3) Alle Arbeitnehmer
 Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 4a: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Westdeutschland

- Personen in 1000 -

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999				2000	2001
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr
A. Inanspruchnahme															
Kurzzeit	86	145	283	787	272	138	208	132	81	121	104	72	88	92	70
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	41	47	41	84	30	44	7	3	8	17	-	-	3	8	8
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	65	83	78	81	86	72	78	68	71	63	67	62	75	82	77
Allgemeine ABM 2)	63	82	78	81	88	70	70	69	68	68	71	67	80	88	82
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	8	8	12	15	18	18	18	18	15
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	0	0	2	8	8	10	10	10	10	11	10	12
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	0	0	0	0	0	0	0	0	2	5	8	8	7	8	3
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FBW) 5)	164	219	288	214	208	231	248	201	179	164	209	188	184	192	188
Reise 6)	48	48	85	64	40	38	38	37	35	34	38	34	34	38	34
Teilnehmer an Sprachkursen	85	80	41	54	40	37	34	27	22	24	22	18	18	21	20
Vorruhestandsgeld 7)	38	23	12	8	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	0	0	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Altersrente (ARZ)	0	0	0	0	0	0	0	2	0	10	11	14	17	19	23
Summe	641	890	738	1391	681	682	618	471	368	483	483	458	488	438	414
Außerdem: Personen nach § 43b SGB III 9)	89	89	82	127	130	140	130	130	111	113	119	119	111	119	104
Insgesamt	730	979	820	1518	811	822	748	601	479	596	602	577	599	557	518
B. Beschäftigungskoeffizient															
Kurzzeit	20	43	88	238	88	48	74	66	38	60	58	29	30	37	28
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	31	27	50	20	29	7	3	8	17	-	-	3	8	8
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	117	136	108	71	81	100	108	84	88	108	113	107	88	107	103
Allgemeine ABM 2)	117	136	108	71	81	98	97	82	81	84	90	83	89	82	88
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	8	12	13	14	14	14	15	14	17
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	0	0	2	8	12	13	14	14	14	18	14	17
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FBW) 5)	184	213	228	214	208	231	248	201	179	184	209	188	184	192	188
Reise 6)	48	48	85	64	40	38	38	37	38	34	38	34	34	38	34
Teilnehmer an Sprachkursen	85	80	41	54	40	37	34	27	22	24	22	18	18	21	20
Vorruhestandsgeld 7)	38	23	12	8	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	0	0	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Altersrente (ARZ)	0	0	0	0	0	0	0	1	0	5	6	7	8	8	12
Summe	623	839	688	1191	478	486	618	478	371	433	418	382	378	488	387
Außerdem: Personen nach § 43b SGB III 9)	89	89	82	127	130	140	130	130	111	113	119	119	111	119	104
Insgesamt	712	928	770	1318	608	626	748	608	482	546	537	499	489	599	491
C. Entlastung der Arbeitslosigkeit															
Kurzzeit	13	28	59	152	80	32	50	30	24	34	26	20	20	25	18
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	31	27	50	20	29	7	3	8	17	-	-	3	8	8
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	106	106	89	64	73	91	88	88	80	99	102	97	89	87	83
Allgemeine ABM 2)	106	106	89	64	78	89	85	79	74	88	90	84	78	83	78
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	8	11	12	13	13	13	14	13	18
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	0	0	2	8	11	12	13	13	13	14	13	18
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FBW) 5)	172	188	188	187	183	220	240	194	188	188	188	181	178	185	178
Reise 6)	83	87	42	41	31	30	31	30	28	29	26	27	28	26	27
Teilnehmer an Sprachkursen	85	80	41	44	40	37	34	27	22	24	22	18	18	21	20
Vorruhestandsgeld 7)	38	23	12	8	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	0	0	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Altersrente (ARZ)	0	0	0	0	0	0	0	1	0	5	6	7	8	8	12
Summe	476	478	480	428	418	448	488	377	337	391	381	348	342	388	384
Außerdem: Personen nach § 43b SGB III 9)	89	89	82	127	130	140	130	130	111	113	119	119	111	119	104
Insgesamt	565	567	562	555	548	588	618	507	448	504	499	467	453	507	488

*) Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG; ab 1998 Winterausfallgeld nach 214 SGB III.

Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollbeschäftigten“ errechnet. Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter ist statistisch nicht belegt.

2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; 1993 einschließlich ABM-Stabil.progr. des Bundes

3) §§ 272-279, 415 SGB III, bis Ende 1997 produktive Arbeitsförderung (Lohnkostenzuschüsse) nach § 242 s AFG.

4) Bei LKZ für Wirtschaftsunternehmen [Ausnahmeregelung für Berlin (West)] derzeit keine Quantifizierung möglich

5) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41 a AFG).

6) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

7) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).

8) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger; Altersübergangsgeld im Westen ist durch Umzüge bedingt

9) 58jährige und ältere Empf. von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105 c AFG).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Tabelle 4b: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland

- Personen in 1000 -

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999				2000	2001
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr
A. Inanspruchnahme															
Kurzzeit	768	1018	870	101	67	71	71	80	54	37	31	21	18	27	20
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	3	9	18	9	18	3	0	2	8	-	-	0	2	2
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	3	188	368	298	261	312	278	238	217	390	379	353	301	348	306
Allgemeine ABM 2)	3	183	369	237	193	208	191	154	122	183	183	155	143	168	168
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	22	68	107	88	80	160	188	188	178	188	180	180
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	22	68	107	88	84	48	47	47	49	52	48	60
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	0	0	0	0	0	0	0	18	117	181	143	128	108	131	100
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FHW) 5)	6	152	363	311	217	218	207	190	147	184	148	131	138	141	138
Reha 6)	0	1	4	5	4	4	5	8	7	7	8	6	8	8	8
Teilnehmer an Sonstigeinitiativen	0	0	2	8	6	8	7	8	6	7	8	6	6	8	8
Vorruhestandsgeld 7)	180	368	266	214	128	98	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altenübergangsgeld 8)	10	188	816	638	824	341	188	88	1	1	1	0	0	1	0
Altenarbeit (AG)	0	0	0	0	0	0	0	1	2	4	4	6	8	5	7
Summe	817	2408	1884	1623	1283	1003	788	618	817	608	608	583	474	637	483
Anfänger: Personen nach § 126 SGB III 9)	0	0	1	1	2	7	30	78	82	81	88	88	88	88	87
Insgesamt	817	2408	1884	1623	1283	1003	788	618	817	608	608	583	474	637	483
B. Beschäftigungsaliquivalent															
Kurzzeit	341	398	184	66	48	43	36	26	17	17	14	10	8	13	9
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	2	4	12	6	11	3	0	2	8	-	-	0	2	2
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	6	267	548	384	378	418	360	298	268	314	308	270	258	267	271
Allgemeine ABM 2)	6	267	543	323	287	273	259	208	188	248	237	221	188	218	201
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	31	123	148	121	80	68	68	68	68	78	68	70
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	31	123	148	121	88	88	88	88	88	78	68	70
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FHW) 5)	6	152	363	311	217	218	207	190	147	184	148	131	138	141	138
Reha 6)	0	1	4	5	4	4	5	8	7	7	8	6	8	8	8
Teilnehmer an Sonstigeinitiativen	0	0	2	8	6	8	7	8	6	7	8	6	6	8	8
Vorruhestandsgeld 7)	180	368	266	214	128	98	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altenübergangsgeld 8)	10	188	816	638	824	341	188	88	1	1	1	0	0	1	0
Altenarbeit (AG)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2	2	2	3	2	4
Summe	342	794	1884	1623	1283	1003	788	618	817	608	608	583	474	637	483
Anfänger: Personen nach § 126 SGB III 9)	0	0	1	1	2	7	30	78	82	81	88	88	88	88	87
Insgesamt	342	794	1884	1623	1283	1003	788	618	817	608	608	583	474	637	483
C. Entlastung der Arbeitslosenzahl															
Kurzzeit	341	398	184	66	48	43	36	26	15	14	11	8	6	10	9
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	2	4	12	6	11	3	0	2	8	-	-	0	2	2
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	6	267	548	384	388	382	368	298	268	300	290	268	247	274	260
Allgemeine ABM 2)	6	267	540	322	288	282	242	187	188	239	227	193	178	208	184
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	30	117	136	112	84	64	62	68	68	68	68	67
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	30	117	136	112	84	64	62	68	68	68	68	67
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FHW) 5)	6	152	363	311	217	218	207	190	147	184	144	128	132	138	138
Reha 6)	0	1	4	4	3	4	5	8	8	7	7	7	8	7	8
Teilnehmer an Sonstigeinitiativen	0	0	2	8	6	8	7	8	6	7	8	6	6	8	8
Vorruhestandsgeld 7)	180	368	266	214	128	98	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altenübergangsgeld 8)	10	188	816	638	824	341	188	88	1	1	1	0	0	1	0
Altenarbeit (AG)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2	2	2	3	2	4
Summe	342	794	1883	1627	1282	1002	788	618	816	607	607	581	474	636	482
Anfänger: Personen nach § 126 SGB III 9)	0	0	1	1	2	7	30	78	82	81	88	88	88	88	87
Insgesamt	342	794	1883	1627	1282	1002	788	618	816	607	607	581	474	636	482

*) Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG; ab 1998 Winterausfallgeld nach 214 SGB III.

Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollbeschäftigten“ errechnet.

Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der durchschnittlichen Zahl der Teilnehmer ist statistisch nicht belegt.

2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; 1993 einschließlich ABM-Stabil.progr. des Bundes

3) §§ 272-279, 415 SGB III, bis Ende 1997 produktive Arbeitsförderung (Lohnkostenzuschüsse) nach § 249 h AFG.

4) Bei LKZ für Wirtschaftsunternehmen derzeit keine Quantifizierung möglich

5) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41 a AFG).

6) Rehabilitanden in berufl. fördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

7) Das Vorruhestandsgeld Ost wird aus Haushaltsmitteln des Bundes getragen

8) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger

9) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105 c AFG).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Tabelle 4c: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland

- Personen in 1000 -

	1992	1991	1990	1989	1988	1987	1986	1985	1984	1999				2000	2001
	Jahr	1. VI	2. VI	3. VI	4. VI	Jahr	Jahr								
A. Inanspruchnahme															
Kurzzeit	814	778	853	848	772	799	877	103	118	108	128	94	88	119	99
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	41	39	47	72	28	60	10	3	6	23	-	-	3	6	8
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	87	288	488	318	389	384	384	308	388	473	467	418	378	430	382
Allgemeine ABM 2)	67	288	488	288	281	278	291	214	211	280	284	222	263	234	217
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	22	68	108	88	88	177	214	288	193	173	188	166
Ohne LKZ für Wirtschaftsuntern.	0	0	0	0	0	0	0	72	80	82	88	88	87	84	88
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	0	0	0	0	0	0	0	16	117	161	140	128	108	131	108
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FBW) 5)	300	308	308	328	480	480	480	580	328	347	348	319	318	338	328
Reise 6)	43	48	68	88	43	42	44	42	41	41	44	41	43	42	42
Teilnehmer an Sprachkursen	68	81	88	88	48	48	48	34	28	31	28	23	24	27	28
Vorruhestandsgeld 7)	210	388	307	220	138	34	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	10	188	817	842	827	343	187	80	1	1	1	0	0	1	0
Alterskredit (AKG)	0	0	0	0	0	0	0	3	8	16	15	18	23	17	30
Gesamt	1488	2128	2700	2824	1884	1484	1387	887	813	1088	1028	811	814	878	887
Außerdienstliche Personen nach § 438 SGB III 9)	82	88	88	128	142	182	188	208	204	204	222	201	187	201	191
Gesamt	1570	2216	2788	2952	2026	1666	1595	1095	1017	1292	1250	1012	1001	1079	1078
B. Beschäftigungsequivalent															
Kurzzeit	381	641	282	312	128	88	112	80	53	68	83	38	40	82	38
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	39	32	48	28	40	10	3	8	23	-	-	3	6	8
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	121	373	683	438	480	618	488	382	388	422	418	377	367	388	374
Allgemeine ABM 2)	121	373	683	403	387	388	381	278	278	343	338	294	288	310	287
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	31	128	161	130	101	81	78	88	83	88	83	87
Ohne LKZ für Wirtschaftsuntern.	0	0	0	31	128	161	132	101	81	78	88	83	88	83	87
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FBW) 5)	200	208	208	228	480	480	488	380	328	347	348	319	318	338	328
Reise 6)	48	48	68	88	43	42	44	42	41	41	44	41	43	42	42
Teilnehmer an Sprachkursen	68	81	88	88	48	48	48	34	28	31	28	23	24	27	28
Vorruhestandsgeld 7)	218	388	307	220	138	34	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	10	188	817	842	827	343	187	80	1	1	1	0	0	1	0
Alterskredit (AKG)	0	0	0	0	0	0	0	1	4	7	6	8	11	8	18
Gesamt	1387	2388	2888	2388	1787	1488	1388	873	813	1088	1028	812	814	878	887
Außerdienstliche Personen nach § 438 SGB III 9)	82	88	88	128	142	182	188	208	204	204	222	201	187	201	191
Gesamt	1469	2476	2976	2516	1929	1670	1596	1081	1017	1292	1250	1013	1001	1079	1069
C. Entlastung der Arbeitslosenwelt															
Kurzzeit	388	627	248	227	88	62	78	68	37	48	37	28	28	38	27
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	39	32	48	28	40	10	3	8	23	-	-	3	6	8
Beschäftigungserhaltende Maßnahmen	110	382	890	418	438	480	388	328	328	398	383	335	338	371	354
Allgemeine ABM 2)	110	382	890	318	342	380	271	282	284	317	277	263	263	272	
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	30	117	140	94	78	78	78	78	83	78	82	
Ohne LKZ für Wirtschaftsuntern.	0	0	0	30	117	140	94	78	78	78	78	83	78	82	
LKZ für Wirtschaftsunternehmen 4)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FBW) 5)	178	341	881	482	387	437	448	352	314	337	340	310	308	324	311
Reise 6)	33	38	48	48	38	34	38	34	34	34	38	38	38	38	38
Teilnehmer an Sprachkursen	68	81	88	48	48	48	34	28	28	31	28	23	24	27	28
Vorruhestandsgeld 7)	218	388	307	220	138	34	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	10	188	817	842	827	343	187	80	1	1	1	0	0	1	0
Alterskredit (AKG)	0	0	0	0	0	0	0	1	4	7	6	8	11	8	18
Gesamt	1818	2538	2712	2128	1884	1474	1387	807	783	888	842	718	747	887	774
Außerdienstliche Personen nach § 438 SGB III 9)	82	88	88	128	142	182	188	208	204	204	222	201	187	201	191
Gesamt	1900	2626	2800	2256	2026	1656	1595	1015	987	1092	1064	919	944	1080	965

*) Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA
 1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG; ab 1998 Winterausfallgeld nach 214 SGB III.
 Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollbeschäftigten“ errechnet.
 Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter ist statistisch nicht belegt.
 2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; 1993 einschließlich ABM-Stabil.progr. des Bundes
 3) §§ 272-279, 415 SGB III, bis Ende 1997 produktive Arbeitsförderung (Lohnkostenzuschüsse) nach § 242 s bzw. 249 h AFG.
 4) Bei LKZ für Wirtschaftsunternehmen derzeit keine Quantifizierung möglich
 5) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41 a AFG).
 6) Rehabilitanden in berufl. fördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
 7) Das Vorruhestandsgeld Ost wird aus Haushaltsmitteln des Bundes getragen
 8) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger
 9) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105 c AFG).
 Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Tabelle 5: Eckdaten zur internationalen Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung

	Preisindex (Bruttoinlandsprodukt)				Inflationsrate 1)				Erwerbstätige				Arbeitslosenquote 2)			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %				Veränderung gegenüber Vorjahr in %				Veränderung gegenüber Vorjahr in %				Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
	1999	1998	2000	2001	1999	1998	2000	2001	1999	2000	2001	2001	1999	2000	2001	
Belgien	2,8	1,8	2,7	2,8	0,8	0,8	1,2	1,8	1,0	0,9	1,0	1,0	8,0	8,0	8,9	8,0
Deutschland	2,7	1,5	2,8	2,7	1,9	0,8	1,3	1,4	0,4	0,2	0,3	0,3	9,4	9,0	9,8	9,0
Frankreich	5,9	3,9	4,9	4,9	2,7	1,4	1,2	1,1	1,8	2,2	2,0	1,2	11,4	10,4	9,4	8,8
Italien	3,2	2,5	2,9	3,9	0,9	0,8	1,3	1,8	1,2	1,3	1,4	1,3	11,7	11,1	10,5	9,8
Japan	1,9	1,1	2,2	2,8	2,8	1,7	1,8	1,8	0,7	0,8	0,8	0,8	11,8	11,7	11,3	11,0
USA	4,9	7,9	6,8	6,6	8,9	3,9	4,3	3,8	6,9	4,2	3,2	2,4	7,9	8,4	8,9	8,9
Ungarn	6,0	6,0	6,9	6,8	1,5	1,1	1,4	1,3	4,4	4,5	3,5	3,8	2,8	2,8	2,4	2,2
Polen	3,7	3,8	3,2	3,9	1,9	1,8	2,8	2,6	2,8	2,9	2,1	2,2	4,8	3,9	2,8	2,4
Portugal	3,9	2,1	2,9	2,8	0,9	0,7	1,1	1,1	0,9	1,0	0,8	0,8	4,7	4,2	3,9	3,4
Spanien	3,8	3,1	3,3	3,3	4,1	2,7	2,8	2,8	2,8	1,4	0,9	0,9	6,1	4,8	4,5	4,4
Schweden	4,0	3,8	3,8	3,5	2,3	2,7	2,4	2,1	3,8	3,2	2,8	2,4	19,7	16,7	13,9	12,3
EUWU	2,7	2,1	2,8	2,8	1,7	1,3	1,7	1,2	1,9	1,2	1,1	1,1	9,8	9,0	8,4	8,5
Österreich	2,7	1,8	1,8	2,1	2,1	2,2	2,7	2,8	2,1	0,2	-0,2	0,0	3,1	4,3	4,6	4,8
Griechenland	3,7	3,4	3,8	3,8	4,5	3,9	2,3	2,1	3,4	1,3	1,3	1,4	8,8	8,4	8,8	8,8
Irland	2,1	1,8	1,4	3,8	2,5	2,2	2,4	2,9	1,8	1,4	1,4	1,3	8,3	8,0	8,8	8,3
Niederlande	2,8	3,7	3,5	2,8	1,1	0,1	1,4	1,8	1,8	2,8	1,7	0,7	8,3	7,3	8,6	8,1
EU	2,8	2,1	3,0	3,0	1,9	1,5	1,8	1,8	1,9	1,2	1,2	1,1	8,9	8,2	8,8	8,8
USA	4,3	3,8	2,9	2,9	1,2	1,3	1,8	2,8	1,8	1,7	1,3	1,8	4,8	4,3	4,4	4,7
Japan	-2,8	-1,3	1,8	2,1	0,3	-0,4	0,4	0,9	-0,7	-0,8	0,6	0,7	4,1	4,9	5,0	4,7

Quelle: Europäische Kommission: Europäische Wirtschaft, Bericht A. Wirtschaftsanalyse, Nr. 10/11 - Okt/Nov 1999

Kanada	3,1	3,7	3,5	2,7	-0,8	1,5	2,8	2,1	2,8	2,7	1,7	1,8	8,3	7,8	7,7	7,7
Australien	6,1	3,9	3,9	4,9	0,3	1,3	2,8	2,5	1,8	1,8	1,7	1,8	8,9	7,9	8,8	8,9
Republik Tschechien	-2,3	-0,5	1,4	2,3	11,0	2,7	3,9	4,4	-4,4	-2,3	-1,2	-0,8	8,8	8,8	10,1	11,0
Ungarn	6,1	3,8	3,5	3,7	14,2	6,9	8,0	6,9	1,8	2,1	1,2	1,4	6,9	7,0	8,8	8,4
Korea	-0,8	0,0	6,8	4,7	5,3	-0,8	2,5	2,7	-0,3	0,4	2,9	2,9	8,8	8,4	8,9	8,8
Mexiko	4,8	1,4	3,3	4,0	19,8	10,0	11,0	8,8	4,9	2,9	2,8	2,7	3,2	2,8	2,8	2,7
Norwegen	-0,7	2,7	3,6	3,9	1,8	1,4	2,8	1,7	-0,9	1,2	1,8	2,8	7,3	7,1	6,8	6,1
Polen	4,8	3,8	3,2	5,8	11,7	8,2	8,8	3,0	1,2	0,0	1,8	1,3	10,8	11,4	10,8	10,3
Türkei	2,8	-2,3	4,8	3,8	74,8	61,4	61,2	28,0	2,8	1,7	2,5	2,0	8,9	8,8	6,1	6,1
Republik Slowakei	2,8	3,4	3,8	3,8	10,8	8,1	7,2	5,0	1,3	1,8	1,8	1,8	8,0	7,8	7,1	6,8
OECD	2,4	2,2	2,8	2,8	8,2	3,8	2,7	2,4	1,8	1,1	1,1	1,0	8,9	8,7	8,4	8,3

Quelle: OECD Wirtschaftsausblick, Dezember 1999

1) Preisdeflator des Bruttoinlandsprodukts

2) Auf Erwerbspersonen bezogen. Zur näheren Methodik vgl. Quellenangaben